

Holger Fischer

**Die Studierenden in Hamburg 1919 bis 2020
Demographische, soziale und ökonomische Aspekte**

Hamburg 2022

1. Einleitung

Seit ihrer Gründung zu Beginn der 1920er Jahre bestand das weite Spektrum der Aktivitäten der Studierendenwerke und ihrer Vorläufer an den deutschen Hochschulen aus vielfältigen Leistungen zur sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung und Förderung der Studierenden. Heute in einer Periode, in der jedes Unternehmen ein Motto oder sogar ein Leitbild meint kreieren zu müssen, drückt sich die mit diesem Leistungsspektrum verbundene Aufgabe des Studierendenwerks in Hamburg in Mottos wie „Service für Studierende“, „...damit Studieren gelingt!“ oder „Studieren zu ermöglichen und zu sichern – das ist unser Auftrag!“ aus.¹ Diese ursprünglich aus bitterer sozialer und ökonomischer Notlage heraus resultierende Aufgabenstellung ist eine Reaktion auf die Erkenntnis, dass ein Studium unter sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen mit höchst unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für den einzelnen Studierenden stattfindet.² Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sind Folge des im Kern noch heute gültigen sozialpolitischen Grundprinzips, dass eine Primärverpflichtung der Familie zur Unterstützung des Studierenden besteht sowie dessen Pflicht zur Selbstversorgung, somit die Gesellschaft lediglich die Aufgabe übernimmt, ihn subsidiär zu unterstützen.³

Wer also waren die Studierenden, denen diese Leistungen zugutekommen sollten, und wie haben sie sich in den hundert Jahren verändert? Gab es demographische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl, die sie in unterschiedlichen historischen Perioden charakterisierten? Über welche Vorbildung verfügten die Studierenden? Wie war ihre soziale Herkunft geprägt? Was waren die vorherrschenden Wohnformen, in denen sie lebten? Über welche ökonomischen Mittel verfügten die Studierenden, und wer stellte sie zur Verfügung? Welche Beziehungen bestehen zwischen diesen Faktoren?

Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden, wobei der rote Faden darin besteht, die verschiedenen Aspekte möglichst über die gesamten hundert Jahre hinweg kontinuierlich zu verfolgen.

Im Vergleich zur politischen Geschichte der Studierenden ist deren Sozialgeschichte bisher nur ansatzweise in der wissenschaftlichen Literatur behandelt worden und dies in der Regel als Ergänzung zur politischen Geschichte.⁴ Auf der Ebene der allgemeinen

¹ Ich danke dem Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg AöR, Herrn Jürgen Allemeyer, und seinen Mitarbeitern Matthias Voit und Mirijam Wenzel für die mannigfaltige Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Beitrags. Einige zentrale Ergebnisse wurden in die Publikation zum 100-jährigen Bestehen des Studierendenwerks 2022 aufgenommen sowie in einer Broschüre des Studierendenwerks gesondert veröffentlicht.

² Middendorff, Elke/Apolinarski, Beate/Poskowsky, Jonas/Kandula, Maren/Netz, Nicolai: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung. Bonn/Berlin 2013, S. 1 [Sozialerhebung 2012], auch abrufbar unter <https://www.sozialerhebung.de/archiv>.

³ Eine fundamentale Kritik an dieser sozialpolitischen Prämisse wurde bereits 1967 vom damaligen Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Studentenwerks Prof. Thomas Ellwein in seinem Vorwort zur Sozialerhebung 1967 geäußert, in: Kath, Gerhard in Zusammenarbeit mit Herbert Wolf: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wintersemester 1967/68. Bonn 1969, S. 4-6 [Sozialerhebung 1967], auch abrufbar unter: <https://www.sozialerhebung.de/archiv>.

⁴ Ein Hinweis auf dieses Desiderat erfolgte zuletzt in dem grundlegenden Beitrag von Sylvia Paletschek: Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 19 (2011), S. 169-189, hier S. 173. Auch die jüngst erschienenen Beiträge von Gunnar B.

Studierendengeschichte Deutschlands sind hier vor allem die Arbeiten von Geoffrey J. Giles,⁵ Michael Grüttner,⁶ Konrad H. Jarausch,⁷ Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller⁸ anzuführen, die mehr als lediglich knappe Hinweise zu sozialgeschichtlichen Fragen geben. Auch zur Sozialgeschichte der Studierenden in Hamburg sind bisher nur wenige Beiträge, vorwiegend im Rahmen von Qualifikationsarbeiten, veröffentlicht worden; diese beschränken sich zwar auf bestimmte Zeiträume, liefern aber doch wertvolle Erkenntnisse und Beschreibungen sozialer Probleme. Zu nennen sind hier die Veröffentlichungen von Peter Figge,⁹ Nina Holsten,¹⁰ Uta Krukowska,¹¹ Nina Katrin Mehrmann,¹² Fenja Britt Mens,¹³ Gerhard Oberbeck und Ursula Wolfram-Seifert,¹⁴ Lilja Schopka-Brasch¹⁵, Thomas Reimann¹⁶

Zimmermann und Holger Fischer, die grundlegende Einsichten in die politische Geschichte der Hamburger Studierendenschaft bzw. in den Zusammenhang von Studierendengeschichte und Geschichte von Studium und Lehre behandeln, liefern zahlreiche Hinweise auf dieses Desiderat in Blick auf die Hamburger Universität. Gunnar B. Zimmermann: Zwischen großdeutscher Sendung und basisdemokratischem Abwehrkampf. Ansätze zu einer Studierendengeschichte der Hamburger Universität von der Gründung 1919 bis 1994. In: 100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Hg. v. Rainer Nicolaysen/Eckart Krause/Gunnar B. Zimmermann. Band 1: Allgemeine Aspekte und Entwicklungen. Göttingen 2020, S. 252-306; Holger Fischer: Zwischen starrem Beharren und radikaler Reform. 100 Jahre Lehre, Studium und Studienreform an der Universität Hamburg. In: 100 Jahre Universität Hamburg (wie Anm. 4), S. 211-251.

⁵ Giles, Geoffrey J.: Students and National Socialism in Germany. Princeton 1985. Bei dieser wichtigen Monographie handelt es sich im Wesentlichen um eine Hamburger Regionalstudie.

⁶ Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich. Paderborn 1995. Auch Grüttner greift auf zahlreiche Hamburger Beispiele zurück.

⁷ Jarausch, Konrad H.: Deutsche Studenten 1800-1970 (edition suhrkamp, N.F. Band 258). Frankfurt a. M. 1984.

⁸ Krönig, Waldemar/Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit. Stuttgart 1990.

⁹ Figge, Peter: Veränderungen in den Lebenslagen von Studierenden: Zur Situation studentischer Erwerbstätigkeit an der Universität Hamburg. In: Universität im Gespräch: „Kaum Zeit zu studieren?“ Studentische Erwerbstätigkeit und Studienreform. Bericht zu einer Tagung der Universität Hamburg am 30. Oktober 1998 über die Auswirkungen veränderter Lebenslagen von Studierenden auf das Studium und die Universität. Hg. v. Peter Figge. Hamburg 1999, S. 3-14.

¹⁰ Holsten, Nina: Studentinnen an der Hamburgischen Universität zwischen 1919 und 1933. Geschichtswissenschaftliche Staatsexamensarbeit Universität Hamburg 1993.

¹¹ Krukowska, Uta: Die Studierenden an der Universität Hamburg in den Jahren 1945-1950. Phil.-Diss. Universität Hamburg 1993. Ihre Arbeit stellt eine vergleichsweise einfache statistische Auswertung der Immatrikulationskarten von rund 10.500 Studierenden in den Jahren 1945 bis 1950 dar. In dem 2019 unter dem Titel Hamburger Nachkriegsstudierende. Ergebnisse einer Auswertung von Immatrikulationsunterlagen der Jahre 1945 bis 1950. Norderstedt 2019 erschienenen nahezu unveränderten Nachdruck hat es die Autorin leider versäumt, das vorliegende umfangreiche statistische Datenmaterial mit modernen Methoden empirischer Sozialwissenschaften auszuwerten.

¹² Mehrmann, Nina Katrin: Studentinnen an der Hamburger Universität in den fünfziger Jahren. Studienbedingungen und Studierverhalten unter Einbeziehung von Interviews. Geschichtswissenschaftliche Magisterarbeit Universität Hamburg 2000.

¹³ Mens, Fenja Britt: Zur „Not der geistigen Arbeiter“: Die soziale und wirtschaftliche Lage von Studierenden der Weimarer Republik am Beispiel Hamburgs (GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Beiheft 12). Köln 2001. Hierbei handelt es sich um eine 1999 im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg angefertigte sozial- und wirtschaftshistorische Magisterarbeit.

¹⁴ Oberbeck, Gerhard/Wolfram-Seifert, Ursula: Studenten in Hamburg. Erste Ergebnisse einer geographischen Untersuchung. In: uni hh 11 (1980), Nr. 1, S. 1-5; uni hh 11 (1980), Nr. 2, S. 6-10; uni hh 11 (1980), Nr. 3, S. 3-10; uni hh 11 (1980), Nr. 4, S. 5-10; uni hh 11 (1980), Nr. 6/7, S. 9-14; uni hh 12 (1981), Nr. 1, S. 17-20; uni hh 13/14 (1982/1983), Nr. 5/1, S. 14-16.

¹⁵ Schopka-Brasch, Lilja: „Die Frau im Lebensraum des Mannes.“ Studentinnen an der Universität Hamburg in der Weimarer Republik. Geschichtswissenschaftliche Magisterarbeit Universität Hamburg 1998; Schopka-Brasch, Lilja: „Ich wollte keine Hausfrau sein, ich wollte Ärztin sein!“ Studentinnen in Hamburg und Oslo zwischen den Weltkriegen (HBzWG, Bd. 20). Berlin/Hamburg 2012. Hierbei handelt es sich um die Veröffentlichung der 2009 an der Universität Hamburg verteidigten geschichtswissenschaftlichen Dissertation.

¹⁶ Reimann, Thomas: Die Entwicklung der Studentenzahlen von der Gründung der Universität 1919 bis 1949. Unveröff. Ms. Hamburg 1984. Ein Exemplar des Manuskripts befindet sich in der Bibliothek der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Hamburg.

sowie Ursula Schütt-Burmester und Thomas Reimann.¹⁷ Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse mehrerer medizinischer Dissertationen zur sozialen und gesundheitlichen Lage der Studierenden in Hamburg zu Ende der 1940er und Beginn der 1950er Jahre erfolgte durch den „Sozialhygieniker“ und Bevölkerungswissenschaftler Hans Harmsen.¹⁸ Auch die hochschulpolitische Vertretung der Studierenden, der AStA, sieht zwar die elementare Bedeutung der sozialpolitischen Fragen, hat hieraus aber bisher keine Konsequenzen für seine Veröffentlichungspolitik gezogen.¹⁹ Im Gegensatz zu den oben aufgeführten Arbeiten, deren Quellengrundlage im Wesentlichen historisches Aktenmaterial, Befragungen von Zeitzeugen und empirische Erhebungen bilden, stützt sich die vorliegende Studie insbesondere auf amtliche – veröffentlichte und unveröffentlichte – Statistiken sowie auf die periodischen Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks. Auf Hamburg bezogene hochschulstatistische Daten der amtlichen Statistik in der Zwischenkriegszeit wurden vor allem in den vom Statistischen Landesamt in Hamburg herausgegebenen *Hamburger statistischen Monatsberichten* und ab März 1927 in deren Nachfolgeorgan *Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft* veröffentlicht, für die Zeit nach dem „Dritten Reich“ in den ebenfalls vom Statistischen Landesamt Hamburg herausgegebenen *Statistischen Berichten der Freien und Hansestadt Hamburg, Reihe B. Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen* – allerdings seit Ende der 1960er Jahre mit einem immer eingeschränkteren thematischen Umfang und später nur noch sporadisch.²⁰

¹⁷ Schütt-Burmester, Ursula/Reimann, Thomas: Die Struktur der Studentenschaft an der Universität Hamburg im Sommersemester 1928. Unveröffentlichte Seminararbeit im Fach Geschichte der Universität Hamburg. Hamburg 1983. Ein Exemplar des Manuskripts befindet sich in der Bibliothek der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Hamburg. In dieser anspruchsvollen Seminararbeit wird anhand der statistischen Daten des SS 1928 die Sozialstruktur der Studierenden in den drei Fächergruppen Volkswirtschaft, Medizin/Zahnmedizin und Philosophie/Pädagogik herausgearbeitet.

¹⁸ Harmsen, Hans: Gegenwartsnöte unserer studierenden Jugend. Ergebnis sozialhygienischer Untersuchungen. In: *Ärztliche Wochenschrift* 8 (1953), Heft 20, S. 488-492. Ein Sonderdruck befindet sich in: Staatsarchiv Hamburg [StA HH] 364-5 Universität I, L 70.04, Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Teil II, Blatt o. Nr.

¹⁹ So schreibt Stefan Micheler in der „studentischen Gegenfestschrift“ anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Universität Hamburg 1994: „Die Hauptsorge der Studierenden dürfte während der gesamten Geschichte der Hamburger Universität die materielle Absicherung gewesen sein. Die Schaffung von Studierendenwerken, die Einrichtung von Mensen, verbilligte Karten für kulturelle Veranstaltungen, Forderungen nach verbilligten Fahrausweisen und Forderungen zur Ausbildungsförderung sind Ausdruck dieser materiellen Bedürfnisse. Zu fast allen Zeiten war die Mehrheit der Studierenden auf Arbeit neben dem Studium angewiesen. Selbst bis heute hat es eine der reichsten Industrienationen der Welt nicht geschafft, ihr Bildungssystem derart auszubauen, dass eine optimale Ausbildung möglich ist. Der Erhalt von sozialen Privilegien und deren Ausbau bestimmte daher zu allen Zeiten die Sozialpolitik des AStA. Mehrfach finanzierte die Hamburger Studierendenschaft Projekte, für die der Staat kein oder zu wenig Geld gab, selbst. Auch als in den 60er Jahren Zahlungen nach dem Honnefer Modell verspätet beim AStA eingingen, sicherte die Studierendenschaft durch eigene Geldmittel die Auszahlung der Förderung. Die Sozialberatung ist bis heute eine Tätigkeit des AStA, die von vielen Studierenden genutzt wird.“ Zitat aus: Micheler, Stefan: Gedanken zu 75 Jahren studentischer Vertretung an der Universität Hamburg. In: Micheler, Stefan/Michelsen, Jakob (Hg.): *Der Forschung? Der Lehre? Der Bildung? – Wissen ist Macht! 75 Jahre Hamburger Universität. Studentische Gegenfestschrift zum Universitätsjubiläum 1994.* Hamburg 1994, S. 237-259, hier S. 257.

²⁰ *Hamburger statistische Monatsberichte.* Hg. v. Statistischen Landesamt. Hamburg 1-3 (1924-1926); *Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft.* Monatsschrift des Statistischen Landesamts. Hamburg 4-15 (1927-1938). Die hierin veröffentlichten Statistiken zur Hamburgischen Universität sind inhaltlich identisch mit den in der Deutschen Hochschulstatistik im Zeitraum 1928 bis 1936 aufgeführten Statistiken. In der Preußischen Hochschulstatistik für den Zeitraum 1924 bis 1927 wurden keine Daten von Universitäten veröffentlicht, die außerhalb Preußens lagen. *Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Reihe B. Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen.* Hg. v. Statistischen Landesamt in Hamburg. Hamburg 1947-2002; *Der Besuch der Hamburgischen Universität während ihres zehnjährigen Bestehens.* In: *Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft.* Monatsschrift des Statistischen Landesamts 6 (1929), Nr. 4, S. 97-104; *Die Universität Hamburg 1919-1958 im Spiegel ihrer Hörerzahlen.* In: *Hamburg in Zahlen.* Hg. v. Statistischen Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg 1958, Heft 12, S. 165-184.

Neben diesen veröffentlichten Daten lässt sich in zahlreichen archivalischen Quellen des Hamburger Universitätsarchivs unveröffentlichtes amtliches Statistikmaterial finden mit einem deutlichen Schwerpunkt für die frühen 1920er Jahre und für die Zeit unmittelbar nach der NS-Diktatur bis in die 1950er Jahre hinein.²¹ Häufig wurden Daten zwar erhoben, aber lediglich in handschriftlichen Listen zusammengefasst.

Unter den empirischen Erhebungen zur Sozialgeschichte der Studierenden sind insbesondere die seit 1951 in regelmäßigen Abständen von etwa drei Jahren durchgeführten Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks. Die unter dem Titel *Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin*, seit 1967 *Das soziale Bild der Studentenschaft der Bundesrepublik Deutschland* und seit 2012 *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland* bisher veröffentlichten 21 dieser Sozialerhebungen stellen einen unschätzbaren Wert dar, weil sie nicht nur in einem umfangreichen Textteil die empirischen Ergebnisse präsentieren, interpretieren und zeitliche Entwicklungen darstellen, sondern in einem weiteren Teil auch die statistischen Grunddaten zu den behandelten Fragen abdrucken.²² Aus den Daten der jeweiligen Sozialerhebungen wurden vielfach zusätzlich jeweils auf einzelne Länder bzw. Hochschulen bezogene Sonderauswertungen erstellt.²³ Für Hamburg stehen diese Sonderauswertungen für die Jahre 1976, 1985 und regelmäßig seit 1991 zur Verfügung.²⁴ Frühere Sonderauswertungen, die es auf Grund mehrerer Hinweise gegeben haben muss, konnten weder im Archiv der Universität Hamburg noch im Archiv des Deutschen Studentenwerks bzw. des jetzigen Projektträgers Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) gefunden werden. Die statistischen Quellen selbst bedingen zahlreiche Einschränkungen, die die Verfolgung einer Verlaufsentwicklung stark erschweren: So wurden einige Daten nur zeitweise erhoben, bei fast allen Daten wurden nur deutsche Studierende und ggf. Bildungsinländer einbezogen, eine Differenzierung nach dem Geschlecht wurde nur teilweise vorgenommen, die Definition von Items wurde mehrfach geändert, Daten wurden in unterschiedlicher Weise und auf unterschiedlichen Ebenen aggregiert, es kam mehrfach zu methodischen Änderungen im Erhebungsverfahren, Daten für Studienanfänger liegen nur eingeschränkt vor, obgleich diese

²¹ Als besonders ergiebig haben sich erwiesen: StA HH 364-5 Universität I, L 70.1, Heft 1 Bd. I-II: Hochschulstatistik, Allgemeines 1919-1961; StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, SS 1919 – WS 1963/64; StA HH 364-5 Universität I, L 70.3: Aufgabe von statistischem Material an Ämter, Behörden und sonstige Stellen, 1919-1965, Bd. I-VI; StA HH 364-5 Universität I, L 70.6, Bd. I-II: Statistische Angaben für die Militärregierung – Situationsberichte des Rektors, 1945-1955. Wenig ergiebig dagegen StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik, 1920-1960.

²² Ein umfassender Überblick über die Sozialerhebungen wird von der derzeitigen Projektleiterin der Erhebung vermittelt, siehe Middendorff, Elke: Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks 1951 - 2016. Ein historischer Überblick über Akteure, Methoden, Themen und projektbezogene Publikationen der Untersuchungsreihe (Working Paper Juni 2019). Hannover 2019, abrufbar unter: https://www.dzhw.eu/pdf/pub_wp/2019_06_24_wp_middendorff.pdf. Alle bisher 21 Sozialerhebungen und dazugehörige weitere Materialien wie Grundauszählungen sind abrufbar unter: <https://www.sozialerhebung.de/archiv>.

²³ Zum großen Teil abrufbar unter: <https://www.sozialerhebung.de/archiv>.

²⁴ Zur sozialen Lage der Studenten an der Universität Hamburg 1976. Sonderauswertung für die Universität Hamburg auf der Basis der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. im Sommersemester 1976. Bearbeitet von Uwe Bork. Unveröff. Ms. Hamburg 1977 [Sozialerhebung HH 1976]; Klee, Manfred/Thevis, Ursula: Zur sozialen Situation der Studierenden an Hamburger Hochschulen. Sonderauswertung der 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. im Sommersemester 1985 für die Studierenden der Universität Hamburg und der Fachhochschule Hamburg. Hamburg 1987 [Sozialerhebung HH 1985]; Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1991. Sonderauswertung der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (DSW) im Sommersemester 1991. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 1992 [Sozialerhebung HH 1991]; Grundauszählung zur 13. Sozialerhebung 1991. Auszählungsreihe: Hamburg, abrufbar unter: https://www.sozialerhebung.de/archiv/soz_13_auszaehlung. Ab 1991 wurden die Hamburger Sonderauswertungen regelmäßig publiziert, die lediglich die bloßen Zahlen enthaltenden Grundauszählungen sind unter <https://www.sozialerhebung.de/archiv> zu finden.

besonders deutlich Veränderungen anzeigen, das Sample der einbezogenen Hochschulen unterlag ebenso wie die Art der Erhebung (Vollerhebung, Stichprobe, Online-Survey) Änderungen.²⁵ Eine weitere grundsätzliche Einschränkung resultiert daraus, dass sich die Studierendenschaft aus heterogenen, nur schwer miteinander vergleichbaren Gruppen wie den „Normalstudierenden“ (ledig, nicht bei den Eltern wohnend, im Erststudium befindlich), „Elternwohnern“ (Studierende, die noch bei den Eltern wohnen), verheirateten Studierenden und Studierenden im Zweit- oder Aufbaustudium zusammensetzt.

Trotz dieser Unzulänglichkeit des statistischen Quellenmaterials soll im Folgenden versucht werden, einzelne demographische, soziale und ökonomische Merkmale möglichst über alle Perioden der 100-jährigen Geschichte des Hochschulwesens in Hamburg zu verfolgen und auf dieser Grundlage Aussagen über demographische, soziale und ökonomische Strukturen der Studierendenschaft zu treffen. Hierbei sollen gerade auch Spezifika herausgearbeitet werden, die für die Studierendenschaft in Hamburg besonders typisch sind. Bei den untersuchten Faktoren handelt es sich im Einzelnen um Anzahl, Geschlecht, Alter, Familienstand und Zahl der Kinder, schulische Vorbildung, Wohnort und Wohnform, Beruf und Beschäftigungsstand der Eltern, Ausbildung der Eltern, Einnahmen der Studierenden bzw. Finanzierung des Studiums, Erwerbstätigkeit und Ausgaben der Studierenden. Bei den in der Statistik betrachteten Studierenden in Hamburg handelt es sich bis Ende der 1960er Jahre ausschließlich um Studierende der Hamburger Universität, danach kamen Studierende der 1970 gegründeten Fachhochschule und der anderen Hamburger staatlichen Hochschulen hinzu. Gleichwohl machen die Studierenden der Universität auch heute noch etwa 59 Prozent der Studierenden an allen staatlichen Hochschulen bzw. 78 Prozent an den staatlichen Hochschulen mit Universitätsstatus aus. Generell handelt es sich bei betrachteten Studierenden um die deutschen Studierenden und Bildungsinländer; ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, werden wegen ihres besonderen Status und ihrer spezifischen Probleme weder in den Quellen noch in dieser Studie berücksichtigt.

2. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer sozialen Öffnung: Studierende der Hamburgischen Universität zur Zeit der Weimarer Republik

Die Hamburgische Universität begann ihren Lehrbetrieb im Sommersemester 1919 mit 1.729 Studierenden.²⁶ Die Zahl stieg sehr schnell an und erreichte im Sommersemester 1923 ihren Höhepunkt mit 4.571 Studierenden. Danach nahm sie ebenso schnell wieder ab mit einem Tiefpunkt von 1.992 Studierenden im Sommersemester 1926. Ab dem folgenden Semester erholte sich die Zahl und erreichte im Sommersemester 1931 wieder 4.010 Studierende, fiel dann aber kontinuierlich auf 3.594 im Wintersemester 1932/33, dem letzten Semester dieser Periode. Der Anteil weiblicher Studierender betrug anfangs 12,3 Prozent und bewegte sich zunächst zwischen rund 10 und 13 Prozent. Erst ab dem Wintersemester 1923/24 wuchs er

²⁵ Auf diese aus den statistischen Erhebungen resultierenden Einschränkungen wird in den folgenden Kapiteln jeweils konkret hingewiesen. Zu dieser Problematik für den Bereich der Sozialerhebungen siehe Middendorf 2019 (wie Anm. 22).

²⁶ Als Quelle für alle statistischen Daten in diesem Kapitel dienen die Hamburger statistische Monatsberichte 1-3 (1924-1926) und Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft 4-10 (1927-1933). Des Weiteren StA HH 364-5 Universität I, L 70.1.1: Hochschulstatistik, Allgemeines, Bd. I 1919-1947, sowie StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 1 (WS 1919/20) - 30 (WS 1932/33 und SS 1933), und StA HH 364-5 Universität I, L 70.4 Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Bl. 23-27. Daten genereller Natur (Zahl, Geschlecht, Ausländer, Studienanfänger, Studienabschlüsse, Verteilung auf die Fakultäten) befinden sich in: 100 Jahre Hochschulstatistische Daten der Universität Hamburg. Zusammengestellt von Christian Scholz, Stabsstelle Datenmanagement und Quantitative Analyse. Hamburg 2019, abrufbar unter: <https://www.uni-hamburg.de/einrichtungen/zentrale-einrichtungen/arbeitsstelle-fuer-universitaetsgeschichte/statistiken.html>.

kontinuierlich von 13,0 Prozent auf 25,3 Prozent im WS 1932/33.²⁷ Dieses Wachstum war in erster Linie der 1927 erfolgten Integration der Volksschullehrerausbildung in die Universität zu verdanken. In Hamburg lag der Anteil der Studentinnen stets deutlich über dem Wert auf Reichsebene.

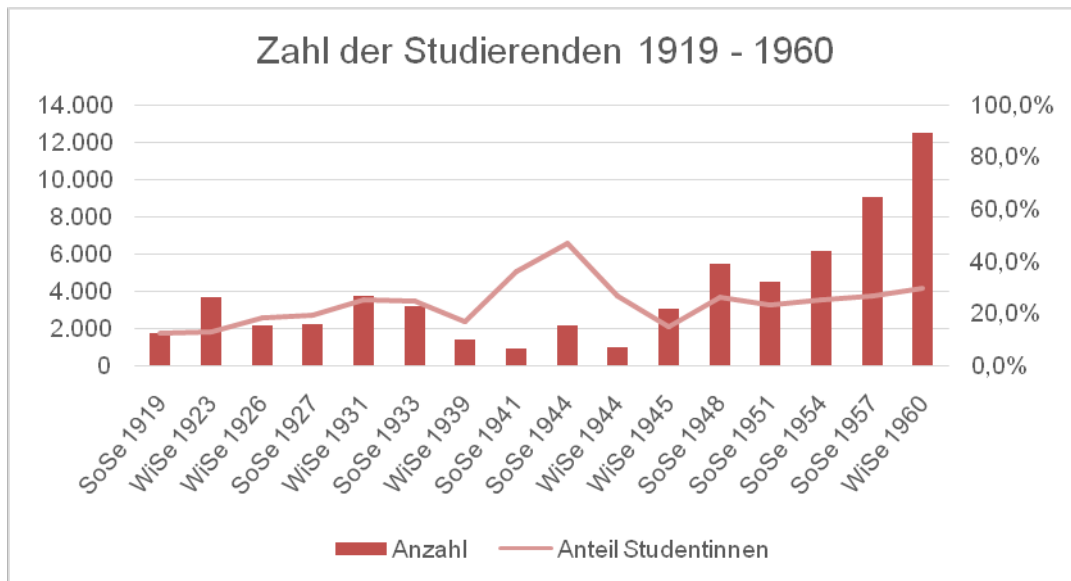


Abbildung 1

Zum Alter und Studienalter (Semesterzahl) stehen Daten erst ab dem WS 1923/24 zur Verfügung, ab WS 1927/28 verschlechtert sich die Aussagekraft der Daten, weil sie auf geschlechtsspezifische Angaben verzichten. Ein statistisches Durchschnittsalter kann wegen unterschiedlicher Zusammenfassung von mehreren Jahrgängen nur näherungsweise ermittelt werden. Zusammen mit einer Betrachtung der Alterskohorten ergeben sich aber dennoch aussagekräftige Ergebnisse. Im WS 1923/24 betrug das Durchschnittsalter noch 24,5 Jahre, es sank in den folgenden Semestern sehr schnell auf Werte um 23 Jahre (SS 1926) und fiel dann kontinuierlich weiter auf 22,0 Jahre im SS 1930 und 21,9 Jahre im SS 1931, dem letzten Semester, für das Daten vorliegen. Eine entsprechende Entwicklung zeigt auch die Untersuchung des Anteils der Kohorte der Altersjahrgänge von jünger als 20 Jahre. Deren Anteil betrug im WS 1923/24 lediglich 9,9 Prozent und stieg langsam auf Werte zwischen 12 und 16 Prozent an. Im SS 1928 wurde zum ersten Mal ein Anteil von 20 Prozent überschritten und erreichte ein Jahr später, im SS 1929, den Höchststand von 24,4 Prozent. Danach ging der Wert wieder auf 20,2 Prozent im SS 1931 zurück. Es lässt sich also eine deutliche Verjüngung der Studierendenschaft feststellen, was auch durch die Betrachtung des anderen Endes der Altersstruktur bestätigt wird. Die Gruppe der 25- bis unter 30-jährigen Studierenden hatte im WS 1923/24 einen Anteil von 17,9 Prozent, der zunächst nur langsam auf Werte um die 15 Prozent fiel, zum SS 1927 sogar wieder auf 20,4 Prozent anstieg und danach erneut relativ schnell auf Werte zwischen 11 und 12 Prozent sank. Noch deutlicher zeigt sich diese Verjüngungstendenz in der Entwicklung der Alterskohorte über 30 Jahre. Deren Anteil betrug

²⁷ Zum Frauenstudium in dieser Periode siehe vor allem Bauer, Helga: Die studentische Selbstverwaltung und die studentischen Gruppierungen an der Universität Hamburg 1919-1933. Organisation und Entwicklung unter Berücksichtigung des Einflusses der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse der Freien und Hansestadt Hamburg. Diplomarbeit Universität Hamburg 1971, S. 54-56; Dageförde, Astrid: Frauen an der Hamburger Universität 1933 - 1945. Forschungsbericht vorgelegt im Auftrag der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Freie und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1987, S. 88-91, 124-127; Fischer, Ole: Universität und Gender. Frauen, Männer und Geschlechtervorstellung an der Universität Hamburg. In: 100 Jahre Universität Hamburg (wie Anm. 4), S. 373-397; Mens 2001 (wie Anm. 13); Schopka-Brasch 2012 (wie Anm. 15).

im WS 1923/24 noch 18,3 Prozent, sank aber kontinuierlich auf Werte um die 10 Prozent und fiel ab dem WS 1929/30 auf Werte von fünf bis sechs Prozent.

Im Zeitraum von WS 1923/24 bis SS 1927, für den geschlechtsspezifische Daten zur Verfügung stehen, zeigen sich signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede. Die männlichen Studierenden sind in ihrem Durchschnittsalter um über ein halbes Jahr jünger als ihre Kommilitoninnen. Dies zeigt sich in der jungen Alterskohorte der unter 18- bis 20-Jährigen, in der der Anteil der Männer um fünf bis sechs Prozentpunkte über dem Anteil der Frauen liegt. In der Alterskohorte der zwischen 25- und unter 30-Jährigen ist der Anteil der Frauen um Werte zwischen zwei und fünf Prozentpunkten größer, bei den über 30-Jährigen sogar um deutlich über fünf Prozentpunkte. Der Grund hierfür liegt eindeutig nicht in einer längeren Studiendauer; im Gegenteil, die Anteile der Frauen in den höheren Studiensemestern (neun und mehr Semester) liegen regelhaft um zwei bis fünf Prozentpunkte unter denen der Männer. Stattdessen könnte ein Grund hierfür in einer längeren schulischen Ausbildungsdauer liegen oder aber, wie in der wissenschaftlichen Literatur behauptet, darin, dass Frauen in einem größeren Umfang als Männer nach dem Erwerb der Hochschulreife zunächst eine berufliche Tätigkeit ausübten und deshalb erst später mit dem Studium begannen.²⁸ Dies könnte sicherlich auf viele Frauen zutreffen, die als Volksschullehrerinnen bereits im Schuldienst gestanden und damit die Berechtigung zum Studium an der Universität erworben hatten. Allerdings kann diese Vermutung sofort in Zweifel gezogen werden, denn statistische Daten zur beruflichen Ausbildung vor dem Studium, die geschlechtsspezifisch zwar nur für zwei spätere Semester – SS 1928 und SS 1929 – vorliegen, zeigen, dass der Anteil der Männer, die vor dem Studium eine berufliche Ausbildung ausgeübt haben, mit 35,8 Prozent bzw. 29,3 Prozent um 5,3 bzw. 6,4 Prozentpunkte über dem der Frauen liegt.

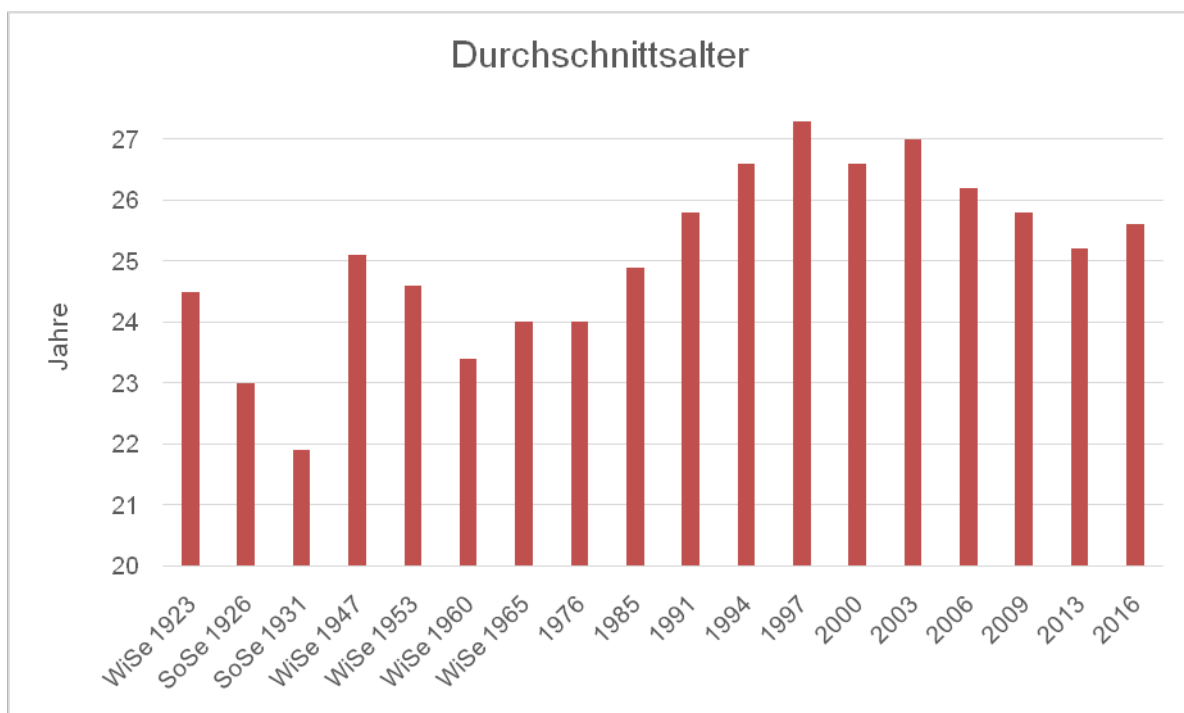


Abbildung 2

Zum Familienstand und zur Zahl eigener Kinder liegen für diese Periode keine Aussagen vor. Es steht aber zu vermuten, dass verheiratete Studierende und eigene Kinder eine absolute Ausnahme darstellten.

²⁸ So etwa von Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 12-13; Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 42; Schütt-Burmester/Reimann 1983 (wie Anm. 17), S. 5-6, 13.

Hinsichtlich der schulischen Vorbildung, also der Art der Hochschulzugangsberechtigung der Studierenden sind mehrere Erscheinungen in der Periode der Weimarer Republik auffällig. Zunächst ist es die Vielzahl an Schultypen, die einen direkten Zugang zur Hamburgischen Universität erlaubten: Neben den drei Haupttypen Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule gab es zahlreiche andere höhere Schulen wie Oberschule, Studienanstalten gymnasialer Richtung, realgymnasialer Richtung, oberrealer Richtung, Aufbauschule und Oberlyzeum. Über einen schulischen Abschluss in den drei Haupttypen verfügten etwa 70 bis 75 Prozent aller Studierenden. Bemerkenswert ist die vergleichsweise geringe und zudem schwindende Bedeutung des klassischen (humanistischen) Gymnasiums.²⁹ Lediglich gut 20 Prozent aller Studierenden besaßen diesen Schulabschluss, ab 1928 sank der Anteil unter 20 Prozent, ab 1930 waren es lediglich noch etwa 15 Prozent. Im gleichen Atemzug nahm die Bedeutung der Oberrealschule zu, deren Anteil stieg von 25 Prozent an, erreichte bereits im WS 1925/26 die 30-Prozent-Marke und kletterte sehr schnell auf Werte von über 38 Prozent. Das Realgymnasium verblieb relativ konstant bei einem Anteil von etwas über 20 Prozent. Aus der Vielfalt der anderen höheren Schulen, die ein Reifezeugnis ausstellten, entstammten zusammen zwischen 10 und 15 Prozent der Studierenden. Mit anderen Nachweisen einer Reifeprüfung wie Ersatzreifeprüfung, verkürzte Reifeprüfung, Ergänzungsprüfung, gleichwertige ausländische Prüfung gelangten etwa vier bis sechs Prozent an die Hamburgische Universität. Besonders auffällig in der Periode der Weimarer Republik ist der hohe Anteil von Studierenden, die ohne ein Reifezeugnis an die Universität kamen. In den ersten Semestern, für die es entsprechende Daten gibt, ab WS 1923/24, betrug der Anteil über 25 Prozent, fiel dann aber schnell auf Werte unter 20 Prozent und bis WS 1927/28 auf 10 Prozent. Ein Jahr später waren es nur noch fünf Prozent und danach sogar nur noch etwa drei Prozent. Die Hälfte bis Dreiviertel dieser Studierenden hatte vorher einen Abschluss als Volksschullehrer oder -lehrerin an einem Lehrerseminar erworben. Im Ergebnis kann dies als ein Merkmal der programmatisch gewollten sozialen Öffnung der Hamburgischen Universität betrachtet werden.

Die statistischen Daten offenbaren für die Semester (WS 1923/24 bis SS 1927), für die entsprechende Zahlen existieren, ebenfalls signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der schulischen Vorbildung.³⁰ Das klassische Gymnasium war die eindeutige Domäne der männlichen Studierenden – dessen Anteil bei den Männern lag regelhaft um mehr als 20 Prozentpunkte über dem der weiblichen Studierenden, während umgekehrt die Frauen ihr Reifezeugnis größtenteils auf einer der vielen anderen höheren Schulen (Studienanstalten, Oberlyzeum) erworben hatten, die teilweise eine längere Schulzeit erforderten. Bei den Studierenden ohne Reifezeugnis, die als Volksschullehrer oder Volksschullehrerin das Studium an der Hamburgischen Universität aufgenommen hatten, sind geschlechtsspezifische Unterschiede nicht relevant. Die jeweiligen Anteilswerte differieren nur geringfügig und in beide Richtungen.

Hinsichtlich des Herkunftsortes bzw. der Staatsangehörigkeit sowie des Wohnortes der Studierenden lassen sich aus den amtlichen Statistiken mehrere Feststellungen ableiten. Ohne Berücksichtigung der relativ geringen Zahl ausländischer Studierender kamen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre etwa 45 Prozent aus Hamburg und rund 42 Prozent aus Preußen.³¹

²⁹ Zu der Entwicklung auf Reichsebene siehe Jarausich 1984 (wie Anm. 7), S. 132-133. Im Vergleich wird deutlich, dass die Entwicklung in Hamburg noch wesentlich stärker verlief.

³⁰ Vergleiche hierzu auch Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 11-12. Zum höheren Mädchenschulwesen in Hamburg siehe Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 42-46; Schütt-Burmester/Reimann 1983 (wie Anm. 17), S. 9, 62.

³¹ Die Bezeichnung „Hamburg“ bezieht sich in dieser Periode auf das Gebiet Hamburgs vor dem 1937 erlassenen Groß-Hamburg-Gesetz, durch das zahlreiche umliegende preußische Städte und Gemeinden wie Altona, Wandsbek, Harburg und Wilhelmsburg nach Hamburg eingemeindet wurden.

Die restlichen Studierenden kamen mit zusammen vier bis fünf Prozent aus Mecklenburg, Bremen und Lübeck sowie etwa acht bis neun Prozent aus den anderen deutschen Ländern. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre stieg der Anteil der aus Hamburg stammenden Studierenden leicht auf einen Wert um die 47 Prozent, entsprechend sank der Anteil der preußischen Studierenden, während die Anteile der anderen Länder nur sehr geringfügig schwankten. Für zwei Semester (WS 1921/22 und WS 1922/23) liegen auch detaillierte Daten für den jeweils aktuellen Wohnort der Studierenden vor. Hiernach wohnten rund 75 Prozent in Hamburg und weitere ca. 15 Prozent in den Randgemeinden, der Rest in weiter entfernt gelegenen Orten Preußens bzw. in Bremen und Lübeck. Geht man davon aus, dass die in Hamburg und den preußischen Randgemeinden ortsansässigen Studierenden weiterhin bei den Eltern wohnen blieben, und berücksichtigt man zudem den Zuzug von Studierenden aus anderen Regionen, ergibt sich aus diesen Daten ein Anteil von etwa 62 bis 65 Prozent aller Studierenden, die aus Hamburg und den Umlandgemeinden stammten und während des Studiums bei den Eltern wohnten.³² Nur etwa zwei bis fünf Prozent der Studierenden lebten in einem Wohnheim, da es nur ein einziges mit rund 110 Plätzen ausschließlich für männliche Studierende gab.³³ Die restlichen gut 30 Prozent wohnten zur Untermiete. Für diese war die von der Abteilung Wohnraumvermittlung der Studentenhilfe geleistete Unterstützung von großer Bedeutung. Jährlich wurden etwa 250 bis 500 Zimmer vermittelt.³⁴

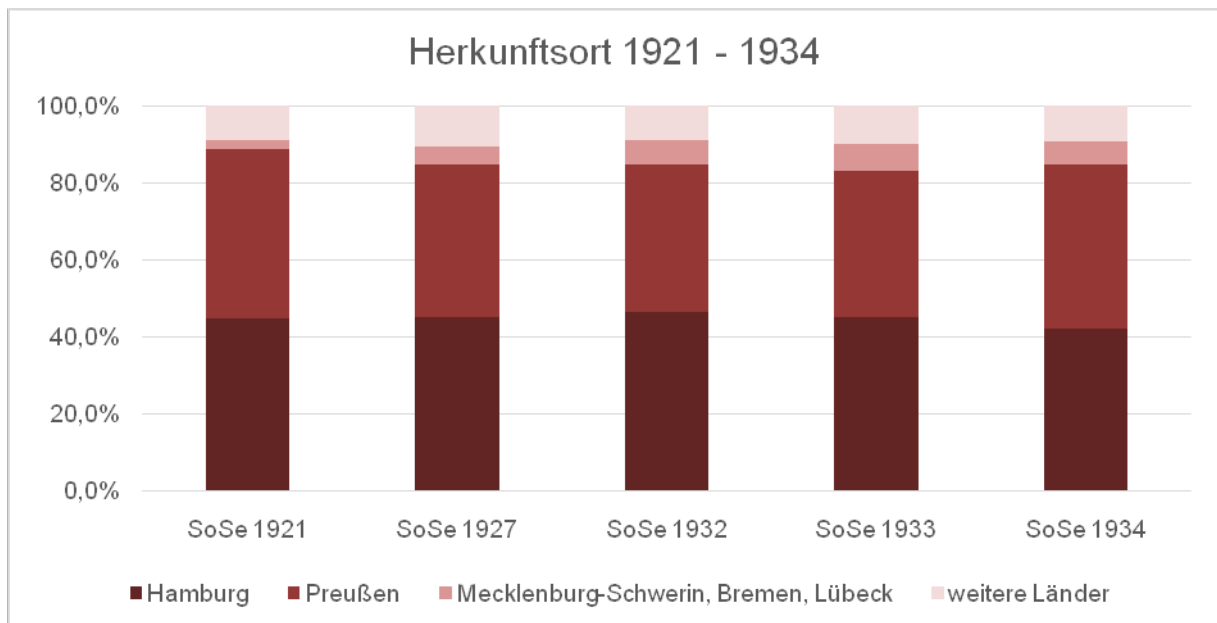


Abbildung 3

In Bezug auf geschlechtsspezifische Erkenntnisse zeigen die mit kleinen Lücken für den Zeitraum SS 1921 bis SS 1927 vorliegenden Daten, dass der Anteil der aus Hamburg

³² Diese Größenordnung wird auch von Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 50, und Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 141-142, angegeben. Dagegen erscheint die in Bauer 1971 (wie Anm. 27), S. 52, Giles 1985 (wie Anm. 5), S. 19-20, und Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 31, genannte Zahl von etwa 40 Prozent aus Hamburg und weiteren 10 Prozent aus den umliegenden Gemeinden als deutlich zu niedrig. In Übereinstimmung mit Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 118-121, erscheint angesichts des im Vergleich zu anderen Universitäten sehr hohen Anteils von Studierenden der Hamburgischen Universität, die bei den Eltern wohnten, auch die generelle Feststellung von Jarasch 1984 (wie Anm. 7), S. 142, dass „die Wohnungsverhältnisse der Studierenden katastrophal [waren] ... In den Großstädten wurde die Knappheit [an Wohnräumen, der Verf.] so schlimm, dass manche Studierenden in Wartesälen, Schuppen und Kanalrohren schliefen“ für die Situation in Hamburg kaum zutreffend.

³³ Siehe hierzu und zu der Frage, ein Wohnheim auch für Studentinnen einzurichten, Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 14, 20-24, und Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 73-78, 120-121.

³⁴ Ausführliche Angaben hierzu bei Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 64 f.

stammenden weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden aus Hamburg von rund 15 Prozent im SS 1921 auf 22 Prozent im SS 1925 und dann weiter bis zum SS 1927 auf fast 25 Prozent stieg. Im gleichen Zeitraum betrug der Anteil der nicht aus Hamburg stammenden weiblichen Studierenden an allen Nicht-Hamburger Studierenden zunächst über viele Semester nur etwa 10 Prozent, stieg erst ab SS 1926 auf knapp 13 Prozent und erreichte im SS 1927 16 Prozent. Frauen waren demnach deutlich geringer mobil. Sie studierten wesentlich häufiger an ihrem Heimatort und blieben im größeren Umfang bei den Eltern wohnen. Dies gilt auch für die Studentinnen der Hamburgischen Universität.³⁵

Zur sozialen Herkunft der Studierenden lassen sich zwar keine Aussagen treffen, die den Ansprüchen an moderne Sozialschichtungsmodelle bzw. an der Definition von sozialen Gruppen genügen, gleichwohl existieren relativ zahlreiche Informationen über die Berufe und den Berufsstand der Väter, zeitweise sogar der Großväter, sowie über den „höchsten“ Bildungsabschluss der Väter.³⁶ Allerdings unterliegen diese Daten erheblichen Interpretationseinschränkungen, weil sich die Klassifizierungsmerkmale und Aggregationsebenen häufig ändern, die Daten manchmal für alle und manchmal nur für die neu immatrikulierten Studierenden vorliegen, manchmal auf der Ebene der Fakultäten gegliedert, manchmal dagegen nur auf universitärer Ebene vorliegen, oder aber für einzelne Semester nicht veröffentlicht werden. Offenkundig wurden auch relativ häufig die ausgefüllten Fragebögen von einer größeren Zahl von Studierenden nicht abgegeben.³⁷ Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen und auch der Tatsache, dass praktisch alle Studierenden in dieser Periode noch in den zwei Jahrzehnten vor Beginn des Ersten Weltkriegs geboren wurden, die Eltern also die Sozialstruktur des späten Kaiserreichs widerspiegeln, können folgende Aussagen getroffen werden:³⁸

Die soziale Struktur der Studierenden ist während der Weimarer Republik relativ stabil geblieben, zeigt aber erkennbare spezifische Entwicklungszüge. Die Anteile einzelner Berufsgruppen bzw. sozialer Gruppen haben sich um maximal fünf bis sieben Prozentpunkte verändert. Der Anteil derjenigen Berufe, die eine akademische Ausbildung voraussetzen,³⁹ schwankte in den 1920er Jahren zwischen 15 und 17 Prozent und stieg erst in den Semestern ab 1930 auf Werte von über 19 Prozent. Dieses Wachstum ist insbesondere auf die Gruppe der höheren Beamten einschließlich der Lehrer an höheren Schulen zurückzuführen, deren Anteil von rund sechs Prozent Mitte der 1920er Jahre auf 12 Prozent 1932 stieg. Rechnet man

³⁵ Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 52-54; Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 153-157.

³⁶ Die Fragen hiernach befanden sich standardmäßig auf den Fragebögen bzw. Zählkarten, die die Studierenden teils in jedem Semester, teils bei der Erstimmatrikulation auszufüllen hatten. Beispiele für den Fragebogen in der Zeit der Weimarer Republik befinden sich in: StA HH 364.5 Universität I, L 70.1.1: Hochschulstatistik, Allgemeines, Bd. I 1919-1947, Bl. 52, 54, 155.

³⁷ Auf die grundsätzlichen Probleme mit den statistischen Grundlagen wird auch in der wissenschaftlichen Literatur hingewiesen, so bei Bauer 1971 (wie Anm. 27), S. 52-53. Allerdings ist in der Literatur hinsichtlich statistischer Angaben auch eine deutliche Beschränkung auf nur sehr wenige und zudem sekundäre Quellen, etwa auf Rektoratsreden, festzustellen, wodurch diese Problematik noch zusätzlich erheblich verschärft wird.

³⁸ Allgemein zur Entwicklung der Sozialstruktur der Studierenden in der Weimarer Republik siehe insbesondere Jaraus 1984 (wie Anm. 7), S. 132-136. Zur Entwicklung der Sozialstruktur in der Hamburgischen Universität siehe insbesondere das sich auf reiches Quellenmaterial stützende Kapitel „Soziale Rekrutierung der Studierenden“ in Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 19-49, hier insbesondere S. 31-34, sowie zusammenfassend S. 143-145, sowie Reimann 1984 (wie Anm. 16), S. 4-6. Schütt-Burmester/Reimann 1983 (wie Anm. 17), S. 12 und 14-50, ist von besonderem Interesse, weil hier die Sozialstruktur der Studierenden aus drei Fächern bzw. Fächergruppen (Medizin/Zahnmedizin, Volkswirtschaftslehre, Philosophie/Pädagogik) exemplarisch am Beispiel der Daten des SS 1928 vergleichend dargestellt wird. Hier und im Folgenden werden die Begriffe „obere“, „mittlere“ und „untere“ Schicht verwendet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um sozialwissenschaftlich-statistische Kategorien handelt. Mit den Begriffen ist keine Wertaussage verbunden – weder explizit noch implizit!

³⁹ In der amtlichen Statistik wurden zu den akademischen Berufen gezählt: Theologen, Juristen, höhere Beamte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Lehrer an höheren Schulen, Hochschullehrer, Ingenieure.

die in führender Position in Handel und Gewerbe Tätigen sowie Offiziere und Großlandwirte hinzu, wird ein Anteil für die obere soziale Schicht von etwa 30 Prozent im SS 1931 ermittelt, der schätzungsweise in den gesamten 1920er Jahren sich in einer vergleichbaren Größenordnung bewegte. Bereits ein Jahr später, im SS 1932, schnellte der Anteil der oberen sozialen Schicht auf einen Wert von über 37 Prozent. Dagegen betrug der Anteil der Studierenden, deren Väter Arbeiter waren, bis zur Mitte der 1920er Jahre weniger als ein Prozent und stieg nur sehr langsam auf einen Spitzenwert von 6,8 Prozent im WS 1930/31 an. Von dort ging er wieder zurück auf einen Wert von deutlich unter sechs Prozent. Zusammen mit den unteren Beamten, deren Anteil sich zwischen ein und zwei Prozent bewegte, und einfachen Angestellten bilden die Arbeiter definitionsgemäß die untere soziale Schicht. Der Anteil dieser drei Gruppen an der Gesamtzahl der Studierenden machte über einen langen Zeitraum rund zwei Prozent aus, stieg dann langsam, vor allem bedingt durch die Einführung der Volksschullehrerausbildung, auf knapp unter fünf Prozent im Jahr 1927, weiter auf bis zu 14 Prozent im Jahr 1930 und fiel danach erneut auf unter zehn Prozent zurück. Dennoch zeigte sich in diesem Wert eine deutliche Abweichung von dem Durchschnitt auf Reichsebene, der nicht einmal halb so groß war. Die Studierendenschaft der Hamburgischen Universität war somit durch eine erkennbar größere soziale Öffnung als die der anderen deutschen Universitäten in der Weimarer Republik gekennzeichnet.⁴⁰ Die größte Gruppe bildeten die Studierenden, deren Väter der sogenannten Mittelschicht zugeordnet wurden. Hierzu zählten die mittleren Beamten einschließlich der Volksschullehrer mit Werten von maximal 30 Prozent zu Beginn 1919/20 und später um die 25 Prozent, sowie eine große Zahl von Handel- und Gewerbetreibenden mit anfänglich über 45 Prozent Anteil, welcher allerdings etwas größeren Schwankungen unterworfen war und zu Beginn der 1930er Jahre auf Werte um die 40 Prozent fiel. Damit entstammte die Mehrheit aller Studierenden der mittleren Schicht. Diese Schicht nahm zu Beginn der 1920er Jahre einen Anteil von rund 70 Prozent ein. Erst gegen Ende des Jahrzehnts fiel der Wert mit dem Wachstum insbesondere der unteren Schicht um etwa fünf Prozentpunkte. Das Schrumpfen des Anteils setzte sich verstärkt zu Beginn der 1930er Jahre fort und erreichte im WS 1932/33 seinen Tiefpunkt mit etwa 53 Prozent. Der Anstieg des Anteils der Studierenden, die aus der oberen und der unteren Schicht entstammten, geschah also eindeutig zu Lasten des Mittelstandes. Interessante Erkenntnisse liefert eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Sozialstruktur der Studierenden, auch wenn geschlechtsspezifische Daten erst ab dem WS 1923/24 und auch dann nicht für alle Semester dieses Zeitraums und alle Kategorien vorliegen.⁴¹ Es sind allerdings keine Gründe zu sehen, dass die Situation in den ersten vier Jahren nach Gründung der Universität gravierend von der Situation ab dem WS 1923/24 abwich, sodass die folgenden Aussagen im Kern auch für die ersten Jahre gültig sind. Während der Anteil der männlichen Studierenden, deren Väter einen akademischen Beruf ausübten oder über eine abgeschlossene Hochschulbildung verfügten, sich in den 1920er Jahren zwischen 13 und 15 Prozent bewegte und erst zu Beginn der 1930er Jahre auf Werte von über 17 Prozent anstieg, lag der Anteil der weiblichen Studierenden mit diesem Merkmal stets deutlich höher. Er bewegte sich praktisch immer zwischen 20 und 25 Prozent. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen für einzelne Berufsgruppen wider. So lag der Anteil der weiblichen Studierenden z. B. in der Gruppe der höheren Beamten einschließlich der Lehrer an höheren Schulen und Professoren immer um mindestens zwei Prozentpunkte, häufig sogar um fünf Prozentpunkte

⁴⁰ Grüttner, Michael: „Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat“. Die Studentenschaft 1930 bis 1945. In: Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945. Hg. von Eckart Krause, Ludwig Huber und Holger Fischer. 3 Teile (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 3). Berlin/Hamburg 1991, Teil I, S. 201-236, hier S. 201 f.

⁴¹ Hierzu siehe auch die allerdings nur sehr knappen Ausführungen in Dageförde 1987 (wie Anm. 27), S. 124; Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 13 f., zusätzlich auch Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 16-25, und Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 49 f.

über den Anteil ihrer männlichen Kommilitonen. Für die vier Semester vom SS 1931 bis WS 1932/33 hat die amtliche Statistik in Hamburg ein Drei-Schichten-Modell veröffentlicht. Hiernach stieg der Anteil der männlichen Studierenden aus der oberen Schicht in diesen vier Semestern von 28 auf 35 Prozent, der Anteil der weiblichen Studierenden dagegen von 37 auf 43 Prozent. Lediglich rund fünf bis sechs Prozent der weiblichen Studierenden gehörten der aus unteren Beamten, einfachen Angestellten und Arbeitern zusammengesetzten unteren Schicht an, dieser Anteil bewegte sich bei den männlichen Studierenden zwischen neun und zehn Prozent. Von den weiblichen Studierenden hatten anfänglich lediglich 0,4 Prozent einen Arbeiter zum Vater, dieser Anteil stieg langsam auf etwas über ein Prozent und erreichte Ende der 1920er Jahre einen Wert knapp unter vier Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Im WS 1923/24 waren es zwei, dann fünf bis acht und schließlich im SS 1929 um die 30 Studentinnen, die aus einer Arbeiterfamilie stammten. Die weiblichen Studierenden entstammten also in einem signifikant höheren Umfang der oberen, akademisch geprägten Schicht als die männlichen Studierenden. Als Grund für diese Erscheinung führten die amtlichen Statistiken nahezu unverändert in ihren Veröffentlichungen an, „daß in den Familien, in denen aus wirtschaftlichen Gründen nicht allen Kindern die gleiche teure Ausbildung zuteil werden kann, die Söhne meist den Vorzug erhalten“.⁴²

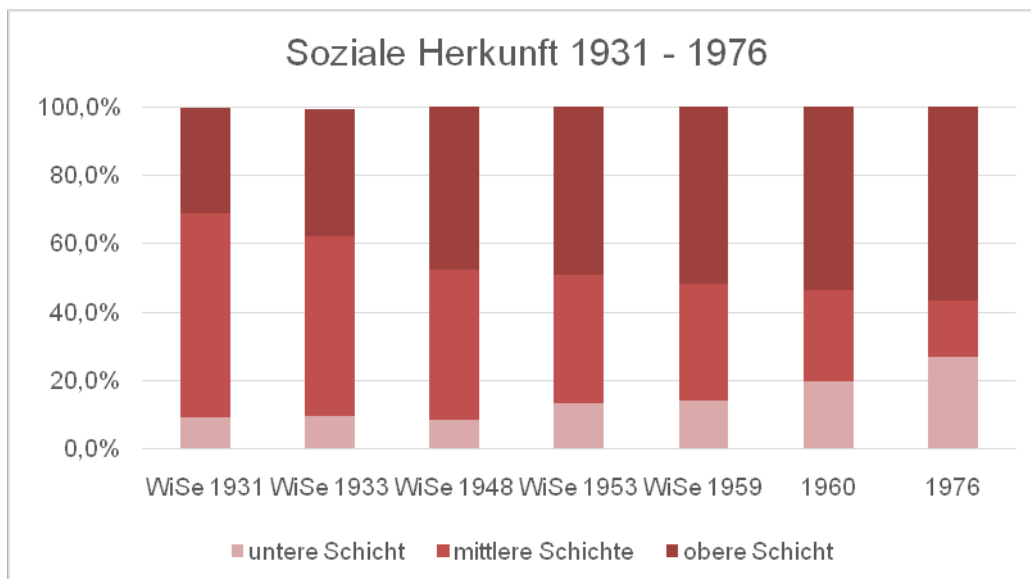


Abbildung 4

Die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zu beobachtende soziale Öffnung in einem geringen, im Vergleich zu den Daten im Reich aber dennoch bemerkenswertem Umfang ist in erster Linie eine Folge der 1927 erfolgten Integration der Volksschullehrerausbildung in die Universität. Diese von Michael Grüttner bereits 1991 aufgestellte These⁴³ wird durch eine im Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität im Mai 1927 durchgeführte Analyse der für dieses Lehramt im Sommersemester 1927 neu eingeschriebenen 72 Studierenden bestätigt.⁴⁴ Hiernach gehörten nur rund 12 Prozent der oberen Schicht an (Gesamtheit der Studierenden: etwa 20 Prozent), nur eine einzige Volksschullehrerstudentin (1,4 Prozent) hatte einen höheren Beamten zum Vater (Gesamtheit der Studierenden: über 10 Prozent). Andererseits war die untere Schicht stärker vertreten: 5,6 Prozent entstammten einer

⁴² Als Beispiel hier zitiert aus: Der Besuch der Hamburgischen Universität im Sommer 1932. In: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft 9 (1932), Nr. 8, S. 159-162, hier S. 162.

⁴³ Grüttner 1991 (wie Anm. 40), S. 202.

⁴⁴ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 19: SS 1927, Bl. o. Nr.: Übersicht über die im Sommer-Semester 1927 in die Ausbildung für den Volksschullehrerberuf eingetretenen Studierenden an der Hamburgischen Universität vom 20./25. Mai 1927.

Arbeiterfamilie und weitere 1,4 Prozent einer Familie des unteren Beamtentums, also zusammen sieben Prozent. Diese Schicht nahm in der Gesamtheit aller Studierenden in dem betreffenden Semester einen Anteil von lediglich knapp 5 Prozent ein. Die Eltern von rund 80 Prozent der Studierenden des Volksschullehramtes gehörten zur mittleren Schicht. Die größte Gruppe aus dieser mittleren Schicht waren kaufmännische Angestellte, Handwerker und Gewerbetreibende sowie insbesondere Lehrer.

Da praktisch keine öffentliche Förderung des teuren Studiums existierte bzw. eine solche sich im Wesentlichen auf den (teilweisen) Erlass der Studiengebühren beschränkte,⁴⁵ waren die Studierenden auf die Finanzierung des Studiums durch ihre Eltern und, falls diese nicht auskömmlich war, auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen. Zudem versuchten auch private Einrichtungen wie etwa Akademikerinnenverbände oder auch Privatpersonen, Studierende materiell zu unterstützen.⁴⁶ Die wirtschaftliche Lage nahezu der gesamten Bevölkerung war aber unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und dann auch während der gesamten Zeit der Weimarer Republik ausgesprochen schwierig. Selbst die Zugehörigkeit der Mehrheit der Studierenden zur mittleren Schicht und eines großen Teils zur oberen Schicht bedeutete keineswegs, dass diese mehrheitlich oder gar in Gänze über ausreichend Mittel zur Finanzierung des Studiums verfügten, denn viele Eltern hatten ihr Vermögen durch die Inflation und/oder ihre Arbeit in der Weltwirtschaftskrise verloren und versuchten unter großen Anstrengungen, ihren sozialen Status beizubehalten. Die Studierenden befanden sich in einer Situation, die einer „erschreckenden materiellen Verelendung“ glich, viele Studierende lebten unterhalb des Existenzminimums und hatten monatlich deutlich weniger Geld zur Verfügung als ein Arbeiter.⁴⁷ Diese allgemein äußerst schwierige Situation traf in Hamburg auf einen Standort, der hinsichtlich der Lebenshaltungskosten von Beginn an als einer der teuersten Studienorte im Deutschen Reich galt. Für 1921, also zu Beginn der Inflation, wurden die monatlichen Lebenshaltungskosten auf 600 Mark geschätzt im Vergleich zu Berlin mit 390 Mark und Tübingen mit 210 Mark, was vor allem an den hohen Wohnungskosten lag.⁴⁸ Für das Jahr 1929 wurden die Lebenshaltungskosten auf etwa 150 bis 160 RM pro Monat geschätzt, davon allein ein Drittel für die Miete, sofern man nicht bei den Eltern wohnte.⁴⁹ Hinzu kamen die Kosten für das eigentliche Studium, die in Relation zu den Lebenshaltungskosten einen erheblichen Kostenfaktor bildeten. Die Studienkosten setzten sich aus mehreren einmaligen und fortlaufenden Komponenten zusammen: Einschreibgebühr (einmalig 20 RM), Exmatrikulationsgebühr (einmalig 15 RM), Semesterbeitrag u. a. für Krankenkasse, Unfallversicherung, AStA, Studentenhilfe (pro Semester 13,50 RM, später 20

⁴⁵ Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 17, Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 52, und Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 149, führen in ihren Arbeiten aus, dass im Studienjahr 1925 sechs Studentinnen, im Jahr 1927 bereits 53 Studentinnen und im Jahr 1929 112 Studentinnen ein staatliches Stipendium erhielten. Dies würde einem Anteil von zwei, 12 und 16 Prozent an den weiblichen Studierenden entsprechen. Diese Zahlen erscheinen in Anbetracht der ansonsten geringen staatlichen Förderung der Studierenden sehr hoch und enthalten möglicherweise auch Kategorien wie Erlass der Studiengebühren oder der Kollegelder, die nicht als Stipendium im eigentlichen Sinne gelten können. Aus der in Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 112, veröffentlichten Tabelle über die Zahl der Stipendienanträge geht hervor, dass bis auf das WS 1928/29 der Anteil der Stipendiaten immer sehr deutlich unter zehn, häufig unter fünf Prozent lag. Zudem wurden die Stipendien immer nur für ein Semester vergeben und deckten mit durchschnittlich 30 bis 40 RM pro Monat nur einen kleinen Teil der gesamten Lebenshaltungskosten ab.

⁴⁶ Beispiele hierfür nennen Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 15-18, und Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 114-117.

⁴⁷ Diese Umschreibung verwendet Jarausch 1984 (wie Anm. 7), S. 141 f., in seiner plastischen Schilderung der generellen wirtschaftlichen Situation der Studierenden. Sie wird aufgegriffen von Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 13 f., und auch von Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 93-99, die zudem zahlreiche Hamburger Beispiele anführt.

⁴⁸ Bauer 1971 (wie Anm. 27), S. 46. Als Quelle beruft sich Bauer auf einen Artikel in der HUZ. Giles 1985 (wie Anm. 5), S. 20, übernimmt diese Angaben.

⁴⁹ Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 19; Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 97; Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 56; Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 159.

RM), allgemeine Studiengebühren (60 RM, später 80 RM), Kolleggelder für Vorlesungen (2,50 RM pro SWS) und für Seminare, Übungen, Praktika (5 bis 8 RM pro SWS), Gebühren für Materialverbrauch in den Seminaren und Bibliotheksgebühren (5 bis 20 RM pro Semester), Prüfungsgebühren (einmalig 80 RM bei Staatsexamen und 200 RM bei Promotionen), Kosten für Bücher und Instrumente (je nach Studienfach von 40 bis 100 RM), einmalige Druckkosten für Dissertationen. In der Summe beliefen sich diese Kosten pro Semester je nach Studienfach auf 150 bis 250 RM.⁵⁰

Aus den statistischen Veröffentlichungen wird die bedrohliche wirtschaftliche Situation nicht in diesem Ausmaß erkennbar, da Einnahmen und Ausgaben der Studierenden nicht erfasst wurden. Allerdings stehen aber – wenn auch zeitlich eingeschränkt – Daten über das Ausmaß der studentischen Erwerbstätigkeit und der Gebührenerlasse zur Verfügung, die zumindest indirekt einen Eindruck von der schwierigen wirtschaftlichen Situation vermitteln. In der Statistik und zeitgenössischen Literatur wurde die studentische Erwerbstätigkeit „Werkstudententum“ genannt und vor allem in den Anfangsjahren ideologisch überhöht, weil hierin ein entscheidendes Mittel zur Selbsthilfe der Studierenden, zur Schaffung einer Verbindung mit dem Arbeitertum und zur Persönlichkeitsbildung gesehen wurde.⁵¹ In der Realität aber diente die Erwerbstätigkeit einzig und allein aus der finanziellen Not heraus der (teilweisen) Sicherung des Lebensunterhalts. Auch in den Universitäten wurden bald die negativen Auswirkungen des zeitlichen Umfangs der Erwerbstätigkeit auf die Studienleistungen beklagt.

Die frühesten offiziellen Angaben zu diesem Aspekt stammen aus der Statistik des Sommersemesters 1924. Hiernach waren 44,9 Prozent der Studierenden einer Erwerbstätigkeit nachgegangen.⁵² Dieser Anteil ging in den Folgejahren zwar leicht zurück und schwankte zwischen 25 und 35 Prozent aller Studierenden.⁵³ Hierin enthalten war auch der beträchtliche Teil der Studierenden, etwa zehn Prozent, die ständig erwerbstätig waren. Erst zu Beginn der 1930er Jahre sank der Anteil der erwerbstätigen Studierenden auf Werte unter 25 Prozent, dennoch lag Hamburg mit diesem Wert deutlich über denen der anderen deutschen Universitäten.⁵⁴

Beginnend mit dem Sommersemester 1932 finden sich hierzu keine Angaben mehr in den statistischen Veröffentlichungen. Die große Bedeutung der studentischen Erwerbstätigkeit zeigte sich auch darin, dass die Arbeitsvermittlung als eine der wichtigsten Einrichtungen der

⁵⁰ Die Gebühren wurden regelmäßig in den Bestimmungen bzw. der Gebührenordnung für Studierende in den Vorlesungsverzeichnissen mitgeteilt. Siehe hierzu auch Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 128 f., 139.

⁵¹ Jaraus 1984 (wie Anm. 7), S. 143 f.; ausführlich zur Bedeutung und zum Umfang des Werkstudententums siehe auch Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 99-105.

⁵² Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 100 f., beziffert für das WS 1922/23 den Anteil der Studierenden in Hamburg, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf rund die Hälfte aller Studierenden. Sie bezieht sich dabei auf Artikel in der HUZ 1923 und 1925 sowie auf Hans Ochsenius: Die Studentenschaft der Hansischen Universität bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung der gesamten studentischen Entwicklung im Altreich. Phil. Diss. Hansische Universität Hamburg. Hamburg 1941, S. 101-103. Regula Corsten beziffert in ihrem auf ihrer geschichtswissenschaftlichen Magisterarbeit 1992 beruhenden Aufsatz Über die Anfänge des Studentenwerks Hamburg. Hamburg o. J. [1993], S. 4, unter Berufung auf den Geschäftsbericht 1922/23 der Hamburger Studentenhilfe den Anteil der Studierenden, die im SS 1922 auf Voll- oder Nebenerwerb angewiesen waren, sogar auf 80 Prozent.

⁵³ Die in der Literatur, so bei Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 95 f., anzutreffende Feststellung, dass während der Weimarer Republik durchgehend rund 60 Prozent der Studierenden auf Erwerbstätigkeit angewiesen war, lässt sich mit den Daten der Hamburger Statistik nicht verifizieren und ist ansatzweise nur für die Jahre 1922 und 1923 gültig. Genauso wenig trifft die Feststellung in: Universität Hamburg 1919-1958 (wie Anm. 20), S. 176, zu, dass „in den Jahren von 1926 bis 1932 der Anteil der erwerbstätigen Studenten zwischen 10 und 20 v. H. [schwankte]“. Letztere Feststellung kann sich nur auf die *ständig* Erwerbstätigen beziehen.

⁵⁴ In den Statistiken des Statistischen Landesamts Hamburg für das Sommersemester 1930 und das Sommersemester 1931 wird dies explizit mit Zahlen unterlegt.

Hamburger Studentenhilfe betrachtet wurde.⁵⁵ So wurden zu Spitzenzeiten wie im SS 1922 und in den Sommer-Semesterferien 1922 allein 454 Stellen vermittelt, in den folgenden Jahren ging die Zahl der vermittelten Arbeitsplätze trotz hoher Nachfrage mangels ausreichender Angebote auf 200 und weniger zurück, erreichte aber immer noch etwa zehn Prozent der Studierenden.⁵⁶

Auch wenn Daten zum Erlass von Studiengebühren und Kolleggeldern, eine der wenigen Formen der öffentlichen Förderung des Studiums, nur für drei Semester, vom WS 1924/25 bis zum WS 1925/26, aus amtlichen Statistiken bekannt sind, zeichnen sie ein ähnliches Bild der schwierigen ökonomischen Lage.⁵⁷ Jeweils zwischen 15 und 19 Prozent der Studierenden stellte einen Antrag auf Erlass der Gebühren, von denen um die 80 Prozent, in einem Semester nur 50 Prozent, bewilligt wurden. Damit erhielten in jenem Zeitraum jeweils zwischen 10 und 14 Prozent aller Studierenden einen – mehrheitlich vollständigen – Gebührenerlass.⁵⁸

Neben dem Gebührenerlass trugen insbesondere die Aktivitäten der Fürsorgeabteilung des Studentenwerks zur Linderung der schwierigen materiellen Situation der Studierenden bei. Es wurden kurz- und langfristige Darlehen vor allem an Examenskandidaten vergeben, Naturalbeihilfen in Form von Büchern und Bekleidung vermittelt, spezielle Krankenkost verteilt sowie Freitischplätze bereitgestellt. Die Zahl der in den Genuss dieser Maßnahmen kommenden Studierenden war aber sehr gering und bewegte sich zwischen fünf und zehn Prozent aller Studierenden. Allerdings lag dies nicht an einer etwaigen geringen Bedürftigkeit, sondern an immer weiter verschärfte Vergaberichtlinien aufgrund stark begrenzter Mittel der Fürsorgeabteilung.⁵⁹

3. Verfestigung der traditionellen Sozialstruktur: Studierende der Hamburgischen / Hansischen Universität im Nationalsozialismus

In ihren programmatischen Vorstellungen hatte die NSDAP vor und nach der Machtübernahme mehrfach erklärt, eine soziale Öffnung der Hochschulen voranzutreiben, indem jedem jungen Deutschen, der geistig besonders veranlagt sei, unabhängig von der sozialen Stellung und dem Vermögen der Eltern ermöglicht werden solle, ein Studium aufzunehmen.⁶⁰ Wie die wenigen vorhandenen statistischen Daten aber zeigen, ist diese Absicht praktisch nicht umgesetzt worden. Statistische Daten, die Rückschlüsse auf soziale Befunde erlauben, gibt es nur für den Zeitraum bis WS 1934/35 sowie einmalig für 1941, diese allerdings nur auf Reichsebene. Generell nehmen Umfang und Qualität der auf Hamburg bezogenen Studierendenstatistik drastisch ab, sie beschränkt sich im Wesentlichen auf wenige Parameter wie Gesamtzahl, Geschlecht und Verteilung auf Fakultäten und Fächer.⁶¹

⁵⁵ Über die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung berichtet ausführlich Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 57-61.

⁵⁶ Zahlenangaben nach Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 61.

⁵⁷ StA HH 364-5 Universität I, O 50.1: Deutsches Studentenwerk e.V. Heft 1: Gründung, Satzung und Allgemeines 1920-1942, Bl. 98-99.

⁵⁸ Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 132, führt ohne Nennung der Quelle Daten zu weiteren Semestern (SS 1928 bis WS 1930/31) an. Hiernach steigerte sich der Anteil der Studierenden, die einen Gebührenerlass erhielten, von 12,6 Prozent im SS 1928 auf über 21 Prozent im WS 1930/31. Die Zahl der Studierenden, denen ein Erlass des Kolleggelds gewährt wurde, lag sogar leicht darüber. Ähnliche nur auf Studentinnen bezogene Zahlen finden sich bei Schopka-Brasch 1998 (wie Anm. 15), S. 50.

⁵⁹ Detaillierte Angaben zu den Aktivitäten der Fürsorgeabteilung finden sich in Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 61-64, 98.

⁶⁰ Siehe hierzu die umfangreichen Ausführungen bei Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 136-140.

⁶¹ Die wenigen Daten sind zu finden in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft 10-15 (1933-1938); in: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern,

Der seit Anfang der 1930er Jahre zu beobachtende Rückgang der Studierendenzahl setzte sich weiter fort. Waren im SS 1933 in Hamburg noch 3.199 Studierende immatrikuliert, waren es im SS 1939, dem letzten Semester vor dem Krieg, nur noch 1.385 (siehe hierzu Abb. 1, S. 6). Innerhalb weniger Jahre hat sich die Studierendenzahl also mehr als halbiert. Die Ursachen für diese Entwicklung waren vielfältig: demographisch bedingte Verkleinerung der studienberechtigten Alterskohorten, Einführung von Zulassungsbeschränkungen, Exmatrikulation von Studierenden aus politischen und rassistischen Gründen, Verzicht von Abiturienten auf ein Studium wegen großer Probleme des akademischen Arbeitsmarktes, verzögerte Studienaufnahme infolge der Einführung von Arbeitsdienstpflicht und allgemeiner Wehrpflicht, Ausgliederung der Volksschullehrerausbildung, Einberufung zum Kriegsdienst.⁶² Während des Krieges war die Studierendenzahl stärkeren Schwankungen unterworfen. Sie ging zunächst weiter zurück bis auf 926 im SS 1941 und stieg dann wieder an auf einen Höchstwert von 2.156 Studierenden im SS 1944, bedingt vor allem durch eine größere Zahl von Medizinstudenten, die vom Kriegsdienst beurlaubt wurden, um das Studium möglichst schnell zu beenden. Allerdings fiel die Zahl bereits im folgenden WS 1944/45 erneut auf 959, weil die Studierenden wieder zum Kriegsdienst zurückbeordert oder zu anderen Dienstpflichten abkommandiert wurden.

Trotz der nationalsozialistischen Bestrebungen, Frauen vom Studium fernzuhalten, bewegte sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Studierenden weiterhin zwischen 24 und 26 Prozent.⁶³ Erst infolge der Ausgliederung der Volksschullehrerausbildung aus der Universität fiel der Frauenanteil ab dem WS 1936/37 auf Werte zwischen 16 und 18 Prozent. Während des Krieges stieg sowohl die absolute Zahl der weiblichen Studierenden als auch deren Anteil sehr schnell von rund 230 im 1. Trimester 1940 auf die maximale Zahl von 1.009 im SS 1944 bzw. von 17,6 auf 46,8 Prozent (siehe hierzu Abb. 1, S. 6). Die traditionellen Studienschwerpunkte von Frauen – Lehramt in Fächern der Philosophischen Fakultät und Medizin – blieben nahezu unverändert.

Statistische Daten für den Familienstand und Zahl der Kinder sowie für die Bestimmung des durchschnittlichen Alters der Hamburger Studierenden in dieser Periode stehen nicht zur Verfügung. Man kann aber davon ausgehen, dass aufgrund des dem Studium vorgeschalteten Arbeitsdienstes (seit 1934) und der Wehrpflicht (seit 1935) das Alter der männlichen Studienanfänger um bis zu 2,5 Jahren anstieg.⁶⁴

Aus den Daten für die beiden Jahre 1933 und 1934 wird ersichtlich, dass der Anteil derjenigen Studierenden unter den Studienanfängern, die ohne Reifezeugnis auf die Universität gelangten, weiter auf einen Wert von 1,3 Prozent im SS 1934 sank ebenso wie der Anteil der Oberrealschüler von 40,2 auf 29,5 Prozent, während dagegen der Anteil des humanistischen Gymnasiums von unter 14 Prozent im SS 1933 auf fast 17 Prozent im SS 1934 und der des Realgymnasiums von 26,1 auf 29,5 Prozent stieg. Diese

Heft 30 (WS 1932/33 und SS 1933) bis Heft 32 (WS 1938/39, SS 1939 – SS 1947); sowie für das WS 1934/35 in: Universität Hamburg 1919 – 1958 (wie Anm. 20).

⁶² Zu den Gründen des erheblichen Rückgangs der Studierendenzahl siehe auch Grüttner 1991 (wie Anm. 40), S. 213; Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 104-106; Jarasch 1984 (wie Anm. 7), S. 178-180.

⁶³ Einen umfassenden Überblick über das Frauenstudium in Hamburg während der Zeit des Nationalsozialismus bieten das Kapitel „Studentinnen an der Hamburger Universität 1933-1945“ im Forschungsbericht Dageförde 1987 (wie Anm. 27), S. 88-202; Astrid Dageförde: Frauen an der Hamburger Universität 1933 bis 1945: Emanzipation oder Repression? In: Hochschulalltag im „Dritten Reich“ (wie Anm. 40), Teil I, S. 255-270; Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 116-120, 477 f.; Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15).

⁶⁴ Jarasch 1984 (wie Anm. 7), S. 180, stellt für die Reichsebene fest, dass „sich das durchschnittliche Studienanfangsalter in den Vorkriegsjahren von 19,72 auf 21,16 erhöhte. Gegen alle volksbiologische Rhetorik waren im Sommer 1939 fast 38% aller Erstimmatrikulierten 23 Jahre oder älter“.

Anteilsentwicklungen deuten eine Umkehr der in der vorangegangenen Periode eingetretenen sozialen Öffnung an.⁶⁵ Erst kurz vor dem Krieg wurden Programme initiiert, um minderbemittelte Studierende materiell zu fördern und weitere Zugangsmöglichkeiten ohne Reifezeugnis zu schaffen sowie Berufsberatung zu verstärken. Dies geschah im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Bildung des Reichsstudentenwerks vom 1. April 1938, das die Aufgaben der an den Hochschulen bestehenden Selbsthilfeeinrichtungen zentral übernehmen sollte. In den Zeitungen wurde ausführlich über die verschiedenen Maßnahmen berichtet, deren gemeinsame Zielsetzung darin bestand, den Nachwuchsmangel zu beheben. Unter anderem sollte mit einer radikalen Gebührensenkung bis hin zur Gebührenfreiheit „jedem einzelnen jungen Deutschen auf Grund seiner Fähigkeiten der Weg zur Hochschule offen stehen“. Und mit der deutlichen Ausweitung des 1934 eingeführten „Langemarck-Studiums“ sollte es „begabten Arbeiter- und Bauernsöhnen ermöglicht werden, ohne Reifeprüfung zu studieren“. Zudem sollte „eine nach den Bedürfnissen der Nation ausgerüstete Berufsberatung und Berufslenkung im Bereich der akademischen Berufe die bisher fehlende Planung“ ersetzen.⁶⁶ Diese Programme betrafen aber nur einen sehr geringen Prozentsatz der Studierenden und wurden primär aus dem Motiv heraus initiiert, die inzwischen bestehende Nachwuchsnot in akademischen Berufen zu beseitigen.⁶⁷

Die wenigen, leider nicht geschlechtsbezogenen Daten zeigen, dass der Anteil der aus Hamburg stammenden hiesigen Studierenden von über 46 Prozent zu Beginn der 1930er Jahre über 45,3 Prozent im SS 1933 auf 42,2 Prozent im SS 1934 zurückging. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Studierenden aus Preußen von rund 37 Prozent über 37,8 Prozent im SS 1933 auf 42,7 Prozent im SS 1934 (siehe hierzu Abb. 3, S. 9). Die Anteile aus den anderen Regionen des Deutschen Reiches änderten sich nur geringfügig. Angaben aus späteren Semestern sind nicht vorhanden. Lediglich für das SS 1934 veröffentlichte die amtliche Statistik eine detaillierte Aufstellung über die Herkunft der reichsdeutschen Studierenden aus der Region Hamburg.⁶⁸ Danach kamen von insgesamt 2.274 reichsdeutschen Studierenden 1.315 (57,8 Prozent) aus Hamburg und einem Umkreis von 30 km, davon wiederum 876 (38,5 Prozent) aus dem Hamburger Stadtgebiet, 69 (3,0 Prozent) aus dem Hamburger Landgebiet, 212 (9,3 Prozent) aus Altona und Harburg sowie weitere 158 (6,9 Prozent) aus den übrigen Gemeinden in diesem Umkreis. Somit ist der Anteil der Studierenden, die in Hamburg und den angrenzenden Gemeinden lebten, mit 57,8 Prozent gegenüber den 62 bis 65 Prozent, die während der Zeit der Weimarer Republik aus diesem Gebiet stammten, deutlich zurückgegangen, der Einzugsbereich der Universität hat sich entsprechend vergrößert. Auch kann davon ausgegangen werden, dass die Studierenden aus Hamburg und dem Umland

⁶⁵ Diese Entwicklung konstatiert Jarausch 1984 (wie Anm. 7), S. 180 f., auch für die Reichsebene.

⁶⁶ Siehe hierzu als Beispiel die Artikel „Damit auch Arbeitersöhne studieren können“, in: Hamburger Tageblatt, Nr. 183 vom 8. Juli 1938; „Hochschulbesuch ohne Reifeprüfung“, in: Hamburger Tageblatt, Nr. 184 vom 9. Juli 1938; „Gesetz über Reichsstudentenwerk“, in: Hamburger Nachrichten, Nr. 187 vom 9. Juli 1938; „Berufslenkung der Studenten“, in: Hamburger Fremdenblatt Nr. 204 vom 26. Juli 1938. Alle Zeitungsausschnitte befinden sich in: StA HH 364-5 Universität I, O 50.1: Deutsches Studentenwerk e.V. Heft 1: Gründung, Satzung und Allgemeines 1920-1942, Beilage Zeitungsausschnitte.

⁶⁷ 1938 nahmen reichsweit 150 Männer am Langemarck-Studium zur Vorbereitung auf das eigentliche Studium teil. Diese Zahl sollte perspektivisch auf 400 bis 600 erhöht werden, in: „Damit auch Arbeitersöhne studieren können“ (wie Anm. 66). Die wenigen vorhandenen Zahlenangaben über den Zugang zur Hochschule über das Langemarck-Studium, über eine Sonderreifeprüfung nach dem erfolgreichen Besuch einer Fachschule sowie über die Begabtenprüfung befinden sich in Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 149-154. Sie zeigen das äußerst geringe Ausmaß dieser Zugangsmöglichkeiten: Von den reichsweit 7.303 deutschen Studienanfängern im SS 1939 waren 31 über die Sonderreifeprüfung, 37 über die Begabtenprüfung und 10 über das Langemarck-Studium, also zusammen nur 1,1 Prozent an die Hochschulen gelangt.

⁶⁸ Der Besuch der Hamburgischen Universität im Sommer 1934. In: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Monatsschrift des Statistischen Landesamts 11 (1934), Nr. 9 vom 15. November 1934, S. 195-198, hier S. 197. Hierzu auch Ochsenius 1941 (wie Anm. 52), S. 133.

nahezu ausschließlich bei ihren Eltern, diejenigen aus den entfernteren Teilen Preußens und den anderen Ländern zur Untermiete wohnten, somit der Anteil dieser Wohnform entsprechend zugenommen hat. Weitere Daten über das Wohnen liegen nicht vor. Seit 1924 unternommene Versuche, ein Wohnheim für Studentinnen zu schaffen, die im Vergleich zu Studenten größere Probleme hatten, ein Zimmer auf dem Wohnungsmarkt anzumieten, waren erst 1934 erfolgreich. Allerdings wurde das als Kameradschaftshaus konzipierte Wohnheim bereits zum SS 1935 wegen Unterbelegung wieder geschlossen.⁶⁹ Ein weiteres Wohnheim entstand im SS 1939 auf dem Gelände des Eilbecktal-Krankenhauses; dieses sollte vor allem die Stipendiaten des Langemarck-Studiums aufnehmen.⁷⁰

Bezeichnenderweise wurden in der Zeit des Nationalsozialismus statistische Daten zur sozialen Herkunft der Studierenden fast nicht veröffentlicht. Die wenigen Ausnahmen erstrecken sich nur auf die ersten vier Semester (SS 1933 bis WS 1934/35) und enthalten zudem nur einen sehr eingeschränkten Umfang ohne die bis dahin üblichen ausführlichen Tabellen. Als Begründung für den (weitgehenden) Verzicht auf diese Daten wurde lediglich angeführt, dass „die Gliederung der immatrikulierten Reichsdeutschen nach dem Beruf und der Berufsstellung des Vaters im großen ganzen der sozialen Schichtung der Studierenden in den früheren Semestern“ entspreche.⁷¹ Die wenigen verfügbaren Zahlen deuten aber an, dass in Hamburg wie auf Reichsebene die Anteile der Studierenden aus der Mittelschicht und der unteren Schicht weiter leicht schrumpften und die aus der höheren Schicht, insbesondere der höheren Beamten und der anderen Berufe mit akademischer Ausbildung, weiter etwas anstiegen. Der Anteil der Studierenden, deren Väter einen Beruf ausübten, welcher eine akademische Ausbildung voraussetzte, wuchs in diesem kurzen Zeitraum von rund 19 Prozent auf 20,8 Prozent. Dagegen fiel der Anteil der Arbeiterkinder von unter sechs Prozent am Ende der Weimarer Republik auf 4,0 Prozent im WS 1934/35. In den anderen Berufsgruppen verschoben sich die Anteile nur geringfügig um etwa einen Prozentpunkt. Eine fundierte Gliederung der Studierenden in verschiedene Schichten sozialer Herkunft und deren Entwicklung lassen aber die wenigen veröffentlichten Zahlen nur sehr bedingt zu. Allerdings zeigen sie, dass der Anteil der Studentinnen, die der höheren akademisch geprägten Schicht entstammten, mit fünf und mehr Prozentpunkten weiterhin deutlich größer war als bei den männlichen Kommilitonen und bei den nichtakademischen Berufsgruppen dagegen um bis zu fünf Prozentpunkte niedriger lag.⁷² Bemerkenswert ist auch die Erkenntnis, dass sich die Studierenden aus der Gruppe der höheren Beamten, vor allem Gymnasiallehrer, und der freien Berufe mit akademischer Ausbildung in einem besonderen Ausmaß in der Medizinischen Fakultät sowie in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät immatrikulierten. Entgegen aller programmatischen Bekundungen hat offenkundig keine soziale Öffnung der Universität stattgefunden, die Sozialstruktur der Studierenden blieb weitgehend unverändert, die Entwicklungsrichtung ging eher in die entgegengesetzte Richtung.⁷³

Zur finanziellen Situation der Studierenden in der Hamburger Universität gibt es in den statistischen Veröffentlichungen so gut wie keine Hinweise. Es kann vermutet werden, dass die finanzielle Situation der Studierenden im Wesentlichen unverändert schwierig blieb und

⁶⁹ Hierzu ausführlich Dageförde 1987 (wie Anm. 27), S. 145-147

⁷⁰ Ochsenius 1941 (wie Anm. 52), S. 171-172; Giles 1985 (wie Anm. 5), S. 244, 248-250.

⁷¹ Der Besuch der Hamburgischen Universität im Sommer 1933. In: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Monatsschrift des Statistischen Landesamts 10 (1933), Nr. 8 vom 15. Oktober 1933, S. 145-147, hier S. 147. Siehe auch Ochsenius 1941 (wie Anm. 52), S. 133.

⁷² Auch hierfür wird lapidar als Erklärung angeführt, „daß in den Familien, in denen aus wirtschaftlichen Gründen nicht allen Kindern die gleiche teure Ausbildung zuteil werden kann, die Söhne meist den Vorzug erhalten“, in: Der Besuch der Hamburgischen Universität im Sommer 1933 (wie Anm. 71), S. 147.

⁷³ Diese generelle Feststellung wird für Hamburg auch von Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 137 f., 477, getroffen und von Giles 1985 (wie Anm. 5), S. 240-242, für die Entwicklung auf Reichsebene bestätigt.

sich bestenfalls analog der allgemeinen wirtschaftlichen Lage verbesserte. Reichsweite Untersuchungen zeigen,⁷⁴ dass auf der Ausgabenseite die Studierenden durchschnittlich etwa 200 RM an Studiengebühren und Vorlesungsgebühren pro Semester zu zahlen hatten und darüber hinaus etwa 120 bis 150 RM pro Monat für Lebenshaltungskosten, Miete und wissenschaftliches Material (z. B. Bücher) aufbringen mussten. Das Studium wurde zum allergrößten Teil von den Eltern finanziert. Verschiedene Formen von Stipendien erreichten lediglich sieben bis neun Prozent der Studierenden und deckten mit durchschnittlich 150 RM pro Semester nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten ab, somit nicht einmal die Studiengebühren, zudem wurde in etwa der Hälfte der Fälle das Stipendium lediglich als Darlehensförderung für Examenssemester gewährt.⁷⁵ Nichtmitglieder der Deutschen Studentenschaft, und dazu zählten alle jüdischen Studierenden, waren bis auf wenige Ausnahmefälle von allen Vergünstigungen und Stipendien im Arbeitsbereich des Deutschen Studentenwerks ausgeschlossen.⁷⁶ Die Möglichkeiten zur eigenen Erwerbstätigkeit waren schon auf Grund der starken zeitlichen Belastung durch zahlreiche verpflichtende Aktivitäten neben dem eigentlichen Studium stark begrenzt.

Eine wichtige Rolle spielte weiterhin der Erlass der Studiengebühren und/oder des Kolleggeldes. Im SS 1933 und im WS 1933/34 stellten rund 22 Prozent der Studierenden einen entsprechenden Antrag, rund 18 Prozent erhielten daraufhin einen – überwiegend vollständigen – Erlass der Gebühren.⁷⁷ Für das WS 1933/34 sind diese Daten auch geschlechtsspezifisch aufbereitet. Hiernach haben gemessen an ihrer jeweiligen Gesamtzahl Frauen um etwa fünf Prozentpunkte häufiger als Männer einen Erlass beantragt, die Bewilligungsrate lag aber um nahezu sieben Prozentpunkte niedriger – ein Indiz sowohl für eine schwierigere finanzielle Situation als auch für eine offenkundige Schlechterbehandlung von Frauen. Während des Krieges veränderte sich die Lage für die männlichen Studierenden grundlegend. Beurlaubte oder kriegsversehrte Soldaten erhielten einen monatlichen Studienzuschuss zwischen 50 und 100 RM, zum Medizinstudium abkommandierte Soldaten wurden regulär besoldet und automatisch von den Studiengebühren befreit.⁷⁸

4. Weiterhin Stärkung der traditionellen Sozialstruktur: Studierende der Universität Hamburg in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den 1950er Jahren

In den ersten Semestern nach dem Ende des „Dritten Reichs“ war die Situation der Studierenden in der nunmehrigen „Universität Hamburg“ durch katastrophale Randbedingungen gekennzeichnet: Die Stadt lag in Trümmern, der Wohnraum war weitgehend zerstört, Heizung und Strom waren streng rationiert, es bestanden Zuzugs- und

⁷⁴ Hierzu insbesondere Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 140-146.

⁷⁵ Siehe hierzu die in Dageförde 1987 (wie Anm. 27), S. 137-144, publizierten Zahlen aus dem Geschäftsbericht 1935/36 des Studentenwerks Hamburg.

⁷⁶ StA HH 364-5 Universität I, O 50.1: Deutsches Studentenwerk e.V. Heft 1: Gründung, Satzung und Allgemeines 1920-1942, Bl. 142: Rundschreiben No. 178/33 des Deutschen Studentenwerks e.V. vom 22.06.1933 über die Unterstützung von Studierenden nicht-arischer Abstammung. In der zeitgenössischen Darstellung der Aufgaben des Studentenwerks wird unverhohlen zum Ausdruck gebracht, dass als Grundsatz für die Förderung „nicht die von charitativen Gesichtspunkten geleitete Unterstützung der Studenten, sondern die bewusste Auslese, die als Wesentliches die Gesamtpersönlichkeit, Leistung und politischen Einsatz fordert“, betrachtet wird und „das Studentenwerk diejenigen Studenten fördern [wird], die von der Partei als förderungswürdig erachtet werden“, in: Bosse, Gerhard: Studentenwerk Hamburg e.V.. In: Hochschulführer für die Hansische Universität Hamburg 1938/39. Hg. im Auftrag der Studentenschaft Hamburg von Hans Pesta. Darmstadt 1938, S. 94-104, hier S. 94 f. Zu den Förderkriterien siehe auch Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 146-148.

⁷⁷ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 31, Bl. 4, 17: Übersicht über den Erlass von Vorlesungsgebühren und Studiengebühren für das SS 1933 und das WS 1933/34 vom 28.06.1934.

⁷⁸ Grüttner 1995 (wie Anm. 6), S. 148 f.

Aufenthaltsbeschränkungen, die Versorgung mit Lebensmitteln und Essen war völlig unzureichend, die Menschen waren unterernährt und wiesen einen schlechten Gesundheitszustand auf, es herrschte Mangel an Bekleidung und an den zum Studium erforderlichen Materialien.⁷⁹ Es gab so gut wie keine staatliche finanzielle Unterstützung, das Studium musste wie früher so weit es ging von den Eltern finanziert werden oder aber von den Studierenden selbst durch eigene Erwerbstätigkeit. Viele Studierende „litten akute Not“, und „das reine Überleben wurde zur Kunst“.⁸⁰ Diesen widrigen Umständen zum Trotz herrschte aber sofort ein starker Andrang von Personen, die ein Studium an der Universität aufnehmen wollten.

Neben den sozialen Daten aus den amtlichen Statistiken sind es in dieser Periode vor allem die Ergebnisse der seit 1951 durchgeführten Sozialerhebungen des Verbands Deutscher Studentenwerke e.V., die einen tiefen Einblick in die äußerst schwierige sozial-ökonomische Situation der Studierenden gestatten, die sich möglicherweise noch schwieriger darstellte als unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. In einer für die Presse erstellten Präsentation der Ergebnisse der Sozialerhebung 1953 wurde diese Situation eindringlich beschrieben:⁸¹ Trotz des wirtschaftlichen Gesamtaufschwunges der Bundesrepublik und vieler Maßnahmen im Hochschulbereich, die Forschung und Lehre wieder ermöglichen, werde die Entwicklung der letzten Jahre mit Sorge betrachtet, denn „praktische Maßnahmen für den *Menschen* [Hervorhebung im Original, H.F.] sind bisher nur in unzureichender Form ergriffen worden. [...] Trotz dankenswerter Mühe mancher Seite hat es die Masse unserer 115.000 Studierenden heute schwerer als vor zwei Jahren.“ Dies wurde im Folgenden mit empirischen Ergebnissen eindrucksvoll belegt: „Weniger als 50% aller Studierenden besitzen die Mittel für ihren notwendigen Lebensunterhalt, die Mehrzahl muss sich jahrelang unter großen Entbehrungen durch die Semester schlagen“, auch bei den Studienanfängern sei die Lage nicht besser, 40 Prozent von ihnen seien auf Werkarbeit angewiesen. Die finanziellen Sorgen werden aus der besonderen sozialen Zusammensetzung deutlich: 14,9 Prozent sind Heimatvertriebene, 13,6 Prozent sind Flüchtlinge aus der SBZ, 19,9 Prozent haben ihren Vater verloren. „Nur 31,6% der männlichen und 51% der weiblichen Studierenden werden allein von ihren Eltern durch das Studium getragen“, andererseits müssen 38,9 Prozent der männlichen und 34,5 Prozent der weiblichen Studierenden „den Weg durch die Hochschule völlig ohne Hilfe des Elternhauses suchen [Hervorhebung im Original, H.F.]“. Auch nach den Ergebnissen der weiteren Sozialerhebung 1956 hat sich die Situation in den Folgejahren nicht wesentlich gewandelt. Insbesondere wurde das zunehmende Ausmaß der Werkarbeit beklagt, worunter nicht nur das Studium selbst leide, sondern auch „die gesundheitliche Substanz der jungen Menschen“.⁸² Erst mit der Einführung des Honnefer Modells 1957 trat eine spürbare Verbesserung der finanziellen Situation der Studierenden ein, wie die Ergebnisse der Sozialerhebung 1959 zeigen.⁸³

⁷⁹ Eine eindrucksvolle Schilderung dieser Situation unmittelbar nach dem Krieg geben für Hamburg Silke Jendrowiak: Historischer Überblick in drei Teilen. In: 75 Jahre Studentenwerk Hamburg. „Service für Studierende“ 1922-1997. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 1997, S. 39-96, hier S. 67-76, und allgemein für Westdeutschland Krönig/Müller 1990 (wie Anm. 8), S. 105, 171-194.

⁸⁰ Jarausch 1984 (wie Anm. 7), S. 214.

⁸¹ Archiv des Studentenwerks Frankfurt am Main [AStW Frankfurt], ungeordnete Materialien, Bl. 149-157: Einladung des Verbands Deutscher Studentenwerke e.V. zur 15. Vorstandssitzung am 17.12.1953 in München mit Entwurf „Ergebnisse der 2. Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin vom Sommersemester 1953“. Die umfangreiche Presseerklärung befindet sich auch in: StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Teil II, Bl. 37.

⁸² StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Teil II, Bl. 56: Mitteilung des Verbands Deutscher Studentenwerke e.V. „Ergebnisse der 3. Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin (West)“.

⁸³ StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Teil II, Bl. o. Nr.: Mitteilung des Verbands Deutscher Studentenwerke e.V. „Ergebnisse der 4. Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin (West)“.

Die Universität Hamburg eröffnete ihren Vorlesungsbetrieb im November 1945 mit 3.051 Studierenden, wobei weit über 90 Prozent ihr Studium bereits im Krieg aufgenommen, davon wiederum fast 2.000 an der Hamburger Universität, und unterbrochen hatten und nun nach dem Krieg fortsetzen wollten. Die Zahl stieg schnell auf 5.458 im SS 1948, fiel nach der Währungsreform auf rund 4.500 und stieg dann bis zum WS 1954/55 langsam wieder auf über 6.300 Studierende an. Thematisiert wurde zu diesem Zeitpunkt, dass die hohen Studierendenzahlen nicht nur eine Folge des Krieges mit einem Nachholbedarf und der Zuwanderung von Heimatvertriebenen aus dem Osten und der Aufnahme von Flüchtlingen aus der sowjetischen Zone, sondern auch ein Merkmal einer zunehmenden „Akademisierung“ vieler Berufszweige mit der Gefahr einer „Überfüllung“ dieser Bereiche und der möglichen Konsequenz eines Rückgangs der Studiennachfrage sei.⁸⁴ Öffentlich diskutiert wurden Maßnahmen zur stärkeren, häufig „Selektion“ bezeichneten Auswahl der Studierenden und zur verstärkten Beschränkung des Hochschulzugangs durch einen Numerus clausus – Maßnahmen, die auch von studentischer Seite (also von denen, die es bereits „geschafft“ hatten) befürwortet wurden. Ab Mitte der 1950er Jahre setzte ein schnelles Wachstum von jährlich rund 1.000 Studierenden ein, sodass im WS 1959/60 eine Gesamtzahl von 11.466 Studierenden erreicht wurde (siehe hierzu Abb. 1, S. 6).⁸⁵ Die Gründe hierfür sind vielfältig: Die Geburtenjahrgänge in den 1930er Jahren sind größer, der Anteil der Abiturienten an einem Jahrgang nimmt langsam zu, wachsender Wohlstand und günstige Arbeitsmarktlage erleichtern die Entscheidung für die Aufnahme eines Studiums, die durchschnittliche Studiendauer steigt an.⁸⁶ Dieses bis etwa 1964 andauernde Wachstumstempo von bis zu 20 Prozent jährlich wurde in der Geschichte der Universität weder vorher noch nachher je wieder erreicht. Auch im bundesdeutschen Vergleich wies die Universität Hamburg eine der höchsten Wachstumsraten auf, was auch auf die Situation einer Großstadt mit besonders guten Nebenverdienstmöglichkeiten für Studierende zurückgeführt werden kann.⁸⁷ Die Zahl der weiblichen Studierenden erfuhr eine vergleichbare Entwicklung. Betrug ihr Anteil im ersten Nachkriegssemester lediglich 15 Prozent, bewegte er sich in den folgenden Jahren zunächst zwischen 22 bis 25 Prozent und stieg dann seit Mitte der 1950er Jahre kontinuierlich auf über 29 Prozent. Unter den Studienanfängern lag der Anteil der weiblichen Studierenden in den 1950er Jahren sogar zwischen 29 Prozent zu Beginn und rund 35 Prozent am Ende.⁸⁸ Der Anstieg der Zahl der weiblichen Studierenden war damit im Vergleich zu den männlichen Kommilitonen sogar etwas stärker. Auch lag ihr Anteil in Hamburg immer deutlich um sechs bis neun Prozentpunkte über dem Durchschnittswert in der Bundesrepublik, signifikant wohl auch, weil Hamburg nach der NS-Diktatur die Volksschullehrerausbildung wieder in die Universität verlagert hatte. Hinsichtlich der von Frauen besonders nachgefragten Studiengänge gab es keine Unterschiede zu dem traditionellen Muster: Sie waren vor allem in den Lehramtsstudiengängen (Ende der 1950er Jahre fast 50 Prozent Anteil), Medizin (37 Prozent Anteil), Zahnmedizin (32 Prozent Anteil), Pharmazie (70 Prozent Anteil) und Psychologie (48 Prozent Anteil) immatrikuliert. Den höchsten Anteil von Frauen gab es mit 77 Prozent in dem kurzen, nur sechs Semester dauernden Studiengang für das Volksschullehramt.

⁸⁴ Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Zusammengestellt und erläutert von Gerhard Kath. Frankfurt a. M. 1952, S. 7, 10 [Sozialerhebung 1951]; Gerhard Kath: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1953. Berlin 1954, S. 8-10 [Sozialerhebung 1953]. Hierzu auch Krönig/Müller 1990 (wie Anm. 8), S. 277.

⁸⁵ Zahlen aus: 100 Jahre Hochschulstatistische Daten 2019 (wie Anm. 26).

⁸⁶ Jarausch 1984 (wie Anm. 7), S. 215 f.

⁸⁷ Gerhard Kath: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1956. Berlin 1957, S. 18-19 [Sozialerhebung 1956]; Gerhard Kath: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1959. Berlin 1960, S. 20 f. [Sozialerhebung 1959].

⁸⁸ Zahlen aus: 100 Jahre Hochschulstatistische Daten 2019 (wie Anm. 26).

Infolge der zahlreichen, vor allem männlichen Studierenden, die wegen der verschiedenen Dienstpflichten sowieso bereits älter gewesen waren und dann ihr Studium während des Krieges hatten unterbrechen müssen oder gar nicht erst antreten können und nun in die Universität strömten,⁸⁹ war das Durchschnittsalter in den ersten Nachkriegssemestern sehr hoch (siehe hierzu Abb. 2, S. 7).⁹⁰ Es lag im WS 1947/48 insgesamt bei 25,1 Jahren, bei den Männern sogar bei 25,4 und bei den Frauen bei 24,1 Jahren.⁹¹ Mit entsprechenden geschlechtsspezifischen Unterschieden war der Anteil der jungen Studierenden, die 20 Jahre und jünger waren, also direkt von der Schule kamen, mit 5,3 Prozent sehr gering, während der Anteil der beiden älteren Alterskohorten mit 26 bis 30 Jahren und der über 30-Jährigen bei 31,2 Prozent bzw. 8,5 Prozent lag. Obgleich die studentische Kriegsgeneration sukzessive das Studium beendete, senkte sich das Durchschnittsalter zu Beginn der 1950er Jahre nur sehr langsam, weil nunmehr eine größere Zahl von aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Spätheimkehrern und Flüchtlingen aus der „Sowjetisch Besetzten Zone“ (SBZ) das Studium aufnahm. Im WS 1953/54 betrug das Durchschnittsalter aller Studierenden immer noch 24,6 Jahre, bei den Männern 24,8 und bei den Frauen 24,1 Jahre.⁹² Die jüngste Alterskohorte umfasste 10,4 Prozent, die beiden ältesten 21,8 bzw. 10,2 Prozent. Erst mit dem schnellen Wachstum der Universität in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre reduzierte sich das Durchschnittsalter erheblich. Es sank zum WS 1959/60 auf insgesamt 23,4 Jahre, bei den Männern auf 23,7 und bei den Frauen auf 22,3 Jahre.⁹³ Die jüngste Alterskohorte besaß nun einen Anteil von 16,7 Prozent, die beiden älteren Alterskohorten nur noch von 11,9 bzw. 5,7 Prozent. Zwei Drittel der Studierenden waren zwischen 21 und 25 Jahren alt.

Korrespondierend zum hohen Durchschnittsalter wies auch der Familienstand der Studierenden in den ersten Nachkriegssemestern einige Besonderheiten auf. Der Anteil der verheirateten Studierenden betrug im WS 1947/48 15,9 Prozent, bei den Männern lag dieser Wert sogar bei 19,7 Prozent, bei den Frauen dagegen nur bei 4,6 Prozent!⁹⁴ Dieser Anteil sank bis zum WS 1953/54 auf 11,2 Prozent und dann bis zum WS 1959/60 auf 8,1 Prozent. Damit

⁸⁹ Von den 3.684 männlichen Studierenden im WS 1947/48 hatten 2.139 (58,1 Prozent) als einfache Soldaten oder Unteroffiziere und 1.309 (35,5 Prozent) als aktive oder Reserve-Offiziere am Krieg teilgenommen, siehe: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 33, Bl. 2: Übersicht (fernmündliche Mitteilung des Statistischen Landesamtes) der Geschäftsstelle der Universität Hamburg vom 16. August 1948 an den Rektor.

⁹⁰ Krönig/Müller 1990 (wie Anm. 8), S. 117-120, führen eine intensive Diskussion, inwieweit die infolge des Krieges verzögerte Studienaufnahme eine „verlorene Zeit“ darstellt, kommen aber zu keinem eindeutigen Ergebnis.

⁹¹ Eigene Berechnung auf der Grundlage von: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 33, Bl. 8: Tab. 5 Studierende der Universität Hamburg nach Grundstudienfächern, Geschlecht und Geburtsjahren. Eine weitere dort befindliche handschriftliche Tabelle (Bl. 21) errechnet ein Durchschnittsalter von sogar 26,2 Jahren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die über 120 Studierenden in der Kategorie älter als 35 Jahre nicht in einer Gruppe zusammengefasst wurden, sondern mit ihrem tatsächlichen Alter eingingen.

⁹² Eigene Berechnung auf der Grundlage von: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 35, Bl. 20: Tab. H 6 Studierende der Universität Hamburg nach Geburtsjahren.

⁹³ Eigene Berechnung auf der Grundlage von: Statistische Berichte 1960, Nr. 3 vom 11.5.1960 (wie Anm. 20), Übersicht 2: Die deutschen Studierenden an der Universität Hamburg nach Geburtsjahren und Familienstand im WS 1959/60.

⁹⁴ Eigene Berechnung auf der Grundlage diverser Tabellen in: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern. Für das erste Nachkriegssemester WS 1945/46 kommt Krukowska 1993 (wie Anm. 11), S. 52 f., sogar auf 21,4 Prozent Verheiratete der in diesem Semester zugelassenen Studierenden, mit 23,7 Prozent der männlichen und 8,9 Prozent der weiblichen Studierenden.

waren in Hamburg sehr viel mehr Studierende verheiratet als im Bundesdurchschnitt. Betrug der Unterschied Ende der 1940er Jahre noch rund sieben Prozentpunkte, verringerte sich dieser auf etwa vier Prozentpunkte Mitte der 1950er Jahre und etwa zwei Prozentpunkte im Jahr 1959.

Im gesamten Zeitraum war der Anteil der verheirateten männlichen Studierenden deutlich höher als der der Frauen. Der Anteil der verwitweten und geschiedenen Studierenden lag anfangs ebenfalls noch sehr hoch bei 2,2 Prozent aller Studierenden. Dies lag insbesondere an der vergleichsweise großen Zahl an verwitweten Studentinnen, deren Ehemänner im Krieg oder in der Gefangenschaft den Tod gefunden hatten. Schätzungsweise lag dieser Wert bei ca. vier Prozent aller Studentinnen. Später nahm diese Zahl deutlich ab, sodass im WS 1959/60 nur noch 0,1 Prozent aller Studierenden verwitwet und 0,7 Prozent geschieden waren. Auch für diese beiden Gruppen lagen die Zahlen in Hamburg immer etwas höher als im Bundesdurchschnitt.

Von den Studierenden der Universität Hamburg hatten im WS 1947/48 11,1 Prozent ein oder mehrere Kinder. Diese Zahl sank auf 7,0 Prozent im WS 1953/54 und 6,0 Prozent im WS 1955/56, dem letzten Semester, in dem diese Zahl erhoben worden ist. Der Anteil der studentischen Väter war in diesem Zeitraum immer etwa doppelt so groß wie der Anteil der studentischen Mütter. In den Jahren, in denen Vergleichszahlen auf Bundesebene zur Verfügung stehen, lagen auch hier die Anteile in Hamburg immer etwas höher.

Von den Studierenden des WS 1947/48 hatten 91 Prozent ihre Hochschulzugangsberechtigung auf einer der zahlreichen Arten von höheren Schulen erworben, wobei die Oberschule mit 56 Prozent auch gegenüber dem Gymnasium mit knapp 15 Prozent dominierte.⁹⁵ Neun Prozent hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung auf einem anderen Weg erhalten, hier dominierte die Kategorie „Erteilung des Reifevermerks“ mit einem Anteil von insgesamt sieben Prozent. Für die 1950er Jahre stehen statistische Daten lediglich für die Studienanfänger des Jahres 1957 zur Verfügung.⁹⁶ Der Anteil der Studienanfänger mit dem Reifezeugnis einer höheren Schule betrug nur noch knapp 81 Prozent, hinzu kamen aber noch 7 Prozent Absolventen von Wirtschaftsoberschulen, deren Abitur eine fachlich eingeschränkte Zugangsberechtigung ermöglichte. Diese besondere Schulform wurde insbesondere von Männern gewählt. Über eine andere Hochschulzugangsberechtigung verfügten 12 Prozent der Studienanfänger. In beiden Stichjahren lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen. Bei den Studentinnen gab es jeweils einen um vier Prozentpunkte signifikant höheren Anteil mit einem Abschlusszeugnis einer höheren Schule (1947: 93,9 Prozent zu 89,8 Prozent, 1957: 90,8 Prozent zu 86,5 Prozent).

In Anbetracht des grundsätzlichen Prinzips der Studienfinanzierung durch die Eltern gab es unter den Studierenden einen erheblichen Teil, deren Situation dadurch geprägt war, dass sie zu besonderen Gruppen gehörten, bei denen infolge des weitgehenden Ausfalls der Eltern eine Finanzierung des Studiums ohne Hilfe der Gemeinschaft praktisch unmöglich war. Dazu gehörten die Spätheimkehrer, die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, die Kriegsversehrten, die Kriegswaisen und die Flüchtlinge aus der SBZ. Allerdings sind die verfügbaren Daten lückenhaft. Aus den wenigen Angaben geht aber hervor, dass in den Nachkriegssemestern bis

⁹⁵ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 33, Bl. 6: Die deutschen Studierenden nach Grundstudienfächern und Vorbildung. Krukowska 1993 (wie Anm. 11), S. 57, errechnet aus ihrem Sample von rund 10.500 zwischen 1945 und 1950 immatrikulierten Studierenden vergleichbare Werte.

⁹⁶ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 37, Bl. 52: Die deutschen Studienanfänger nach Studienbereichen und nach Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung.

etwa 1951/1952 fast die Hälfte der Studierenden zu diesen Gruppen gehörte. Die Situation in Hamburg glich damit weitgehend derjenigen auf Bundesebene. Erst in den folgenden Jahren ging deren Anteil langsam zurück. Im WS 1947/48 wurden 1.264 Kriegsversehrte (25,6 Prozent) registriert, die Zahl fiel kontinuierlich bis zum WS 1955/56 auf 200 (3,0 Prozent), danach wurden keine Zahlen mehr veröffentlicht. Für die Waisen ist nur eine Zahl aus der Sozialerhebung des Jahres 1951 bekannt, danach gab es unter den Studierenden 877 Waisen (20,3 Prozent), darunter 148 (3,4 Prozent) Vollwaisen. Den Status eines Flüchtlings bzw. Heimatvertriebenen besaßen im WS 1947/48 19,5 Prozent aller Studierenden. Dieser Anteil blieb bis Mitte der 1950er Jahre nahezu unverändert und stieg dann auf Werte über 21 Prozent. Seit dem WS 1951/52 wurde der Status eines Flüchtlings aus der SBZ gesondert erhoben. Deren Anteil betrug zunächst 16,9 Prozent und sank dann im Laufe der 1950er Jahre auf 7,1 Prozent im WS 1959/60. Allen diesen Gruppen war gemeinsam, dass sie in einem deutlich geringeren Ausmaß auf die Unterstützung der Eltern zurückgreifen konnten und deshalb wesentlich stärker auf staatliche Hilfe angewiesen waren. Eine Substituierung durch einen noch höheren Umfang der eigenen Erwerbstätigkeit kam praktisch nicht mehr in Betracht, weil diese bereits ein extrem hohes Maß – nahezu ein Drittel aller Studierenden war zur überwiegenden Finanzierung auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen – angenommen hatte. Statistische Daten aus den Jahren 1952 bis 1955 erlauben es, diese Situation am Beispiel der Gruppe der heimatvertriebenen Studierenden aufzuzeigen, zu der etwa 16 bis 18 Prozent aller Studierenden gehörten.⁹⁷ Danach wurden nur zwischen 36 und 41 Prozent dieser Gruppe überwiegend durch die Eltern finanziert, bei allen anderen Studierenden dagegen lag dieser Anteil zwischen 53 und 56 Prozent. Ebenso erhielt die Gruppe der heimatvertriebenen Studierenden in einem signifikant höheren Ausmaß – um etwa 15 Prozentpunkte häufiger als die anderen Studierenden – öffentliche Mittel in Form von Stipendien, Ausbildungsbeihilfen und verschiedenen Renten, die der überwiegenden Finanzierung des Studiums dienen. Auch wurde den Studierenden dieser Gruppe in einem größeren Umfang ein Gebührenerlass gewährt.

Eine spezielle Gruppe bilden die „Displaced Persons“ (DPs). Bei ihnen handelt es sich um Personen aus dem Ausland, die während des Krieges entweder als Inhaftierte in Gefängnissen und Konzentrationslagern, als Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene oder aber als Flüchtlinge vor den sowjetischen Truppen vor allem aus Osteuropa (Ukrainer, Balten) nach Deutschland gekommen sind und nach Kriegsende aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in ihre alte Heimat zurückgehen konnten oder wollten.⁹⁸ Die zur Gruppe der DPs gehörenden Studierenden haben in der Forschung zur Geschichte der Universität Hamburg bisher noch

⁹⁷ Eigene Berechnung auf Grundlage verschiedener Tabellen der großen Hochschulstatistik in den Wintersemestern 1952/53, 1953/54, 1954/55 und 1955/56 in: StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 35 und 36. Zu den anderen besonderen Gruppen liegen leider keine spezifischen Daten vor.

⁹⁸ Allgemein zur Geschichte der Displaced Persons siehe Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 65). Göttingen 1985; Christian Pletzing/Marcus Velke: Lager – Repatriierung – Integration. Beiträge zur Displaced Persons-Forschung (DigiOst 4). Leipzig 2016; Displaced Persons-Forschung in Deutschland und Österreich. Eine Bestandsaufnahme zu Beginn des 21. Jahrhunderts (DigiOst 14). Hg. von Nikolaus Hagen/Markus Nesselrodt/Philipp Strobl/Marcus Velke-Schmidt. Berlin 2022. Viele von ihnen wurden sehr schnell nach Kriegsende zwangsweise repatriert, ab Anfang 1947 wurde versucht, die nicht repatriierten DPs in anderen Ländern außerhalb Deutschlands anzusiedeln, insbesondere in Großbritannien, Kanada, USA, Australien und Frankreich. Sie lebten in Lagern, erst 1957 wurde das letzte DP-Lager aufgelöst. 1951 kam es zur Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung durch das „Gesetz zur Rechtsstellung heimatloser Ausländer“. In Hamburg wird die Zahl der DPs nach Kriegsende auf ca. 100.000 geschätzt. Mehrere tausend dieser DPs blieben in Hamburg und lebten in Lagern unter britischer Verwaltung, von denen es 1945 14 und 1950 noch sechs gab. Zur Geschichte der DPs in Hamburg siehe Patrick Wagner: Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945 bis 1958. Hamburg 1997; Ausstellung „Nach der Befreiung: Displaced Persons in Hamburg“, in: http://neuengamme-ausstellungen.info/content/documents/thm/ha8_1_1_thm_232.pdf.

keine Beachtung gefunden.⁹⁹ Auf Anordnung der britischen Militärbehörden mussten 10 Prozent der Studienplätze für sie freigehalten werden.¹⁰⁰ Sie wurden zum WS 1945/46 faktisch unabhängig vom Numerus clausus zum Studium zugelassen und brauchten keine Studiengebühren und Kollegelder zu bezahlen. Aus den statistischen Unterlagen können nur Zahl, Herkunftsland und Fachrichtung erschlossen werden. Im WS 1945/46 nahmen 189 DPs das Studium an der Universität Hamburg auf,¹⁰¹ im SS 1946 waren es bereits 208, die Höchstzahl wurde im SS 1947 mit 271 Studierenden erreicht. In den nächsten Semestern ging die Zahl wieder zurück auf 210 im SS 1948, 132 im SS 1949 und 50 im WS 1949/50, danach erfolgte keine gesonderte Ausweisung mehr in der amtlichen Statistik.¹⁰² Hinsichtlich ihrer Nationalität liegen für drei Semester Daten vor. Die größte Gruppe bildeten Studierende aus den drei baltischen Ländern Lettland, Litauen und Estland mit einem Anteil von 39,9 Prozent im SS 1946, 56,2 Prozent im SS 1948 und 47,0 Prozent im SS 1949, wobei die Letten jeweils die größte Teilgruppe vor den Litauern und Esten bildeten. Der Anteil der polnischen Studierenden wuchs in diesen drei Bezugssemestern von 26,4 Prozent über 31,9 Prozent auf 37,9 Prozent. Der Rest kam aus sonstigen Staaten wie Jugoslawien oder war staatenlos.¹⁰³ Die Zahlen über die Verteilung der studierenden DPs auf Studienfächer bzw. Fakultäten zeigen, dass die DPs überwiegend in der Medizinischen Fakultät immatrikuliert waren und dort vor allem Medizin, aber auch Zahnmedizin studierten. Im SS 1946 waren es über 54 Prozent, danach ging der Anteil auf rund 45 Prozent im SS 1948 und knapp 42 Prozent im SS 1949 zurück und fiel dann im letzten Semester, in dem der Wert ausgewiesen wurde, auf 32,0 Prozent. In der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät studierten relativ konstant im gesamten Zeitraum jeweils um die 20 Prozent aller DPs, wobei die Volkswirtschaft gegenüber der Rechtswissenschaft leicht dominierte. Der Anteil der Philosophischen Fakultät bewegte sich zwischen 12 und 20 Prozent. In der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät studierten zu Beginn nur 12,5 Prozent, dieser Anteil stieg sehr schnell auf über 20 Prozent an und erreichte einen Spitzenwert von 28,0 Prozent im letzten betrachteten Semester. Das Geschlechterverhältnis betrug mit leichten Abweichungen in den einzelnen Semestern etwa 75 zu 25 Prozent zugunsten der männlichen Studierenden, wobei der weibliche Anteil bei den

⁹⁹ Auf Bundesebene liegen Arbeiten zu studierenden DPs lediglich für die Universitäten Bonn und Köln vor, hierzu siehe Laura Hannemann: „Sehr fleißig und im Examen recht gut.“ Displaced Persons an der Universität Bonn 1945-1950. In: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit. Göttingen 2008, S. 273-300; Marcus Velke: Baltisches Exil in Bonn: Der Baltische Christliche Studentenbund (BCSB). In: Pletzing/Velke 2016 (wie Anm. 98), S. 231-303; Marcus Velke: Die „alten Ansprüche an das Leben stellen“ – jüdische und andere Displaced Persons als Studenten an der Universität Bonn. In: Thomas Becker (Hg.): Bonna Perl am grünen Rheine. Studieren in Bonn von 1818 bis zur Gegenwart. Göttingen 2013, S. 117-160. Marcus Velke: Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln. In: Geschichte im Westen 25 (2010), S. 177-207. Eine besondere Rolle für die aus dem Baltikum stammenden DPs spielte die Baltische Universität, die kurz nach ihrer Gründung Anfang 1946 in Hamburg nach Pinneberg bei Hamburg umsiedelte und dort bis zu ihrer Schließung im September 1949 rund 2.000 Studierende betreute. Hierzu siehe: Stanka, Vlada: The Baltic University in figures and pictures, 1946-1949. Pinneberg 1949; Grămatiniș, Arnolds: Die Baltische Universität in Hamburg und Pinneberg 1945-1949. In: Annaberger Annalen 21 (2013), S. 225-238; Wollny, Natalia: Baltijas Universitāte. Die Baltische Universität in Hamburg und Pinneberg 1946-1949, abrufbar unter: <https://hamburgische-geschichten.de/2021/11/28/baltijas-universitate-die-baltische-universitaet-in-hamburg-und-pinneberg-1946-1949/>.

¹⁰⁰ Hierzu der Bericht „Zwangsverschleppte besuchen deutsche Universitäten“, in: Neue Hamburger Presse v. 17. November 1945.

¹⁰¹ Die Zahl von 189 im WS 1945/46 enthielt in der Statistik auch eine geringe Anzahl (< 10) von Ausländern, die nicht als DPs galten.

¹⁰² StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 32, 33 und 34, WS 1945/46 bis WS 1949/50. Die Zahlen befinden sich dort in verschiedenen Tabellen in sehr unterschiedlicher Aufbereitung.

¹⁰³ Die in Krukowska 1993 (wie Anm. 11), S. 135, aufgeführten Zahlen sind irreführend, da sie eine Zuordnung nach dem Geburtsort vornimmt und sich somit unter den 300 ausländischen von über 10.000 Studierenden des von ihr betrachteten Zeitraums auch zahlreiche Nicht-DPs befinden.

Studierenden aus dem Baltikum gegenüber den Polen deutlich größer war. Weibliche DPs waren vor allem in der Medizin, Zahnmedizin und in den Fächern der Philosophischen Fakultät vertreten.

In den Nachkriegssemestern bis weit in die 1950er Jahre hinein wiesen die Studierenden insbesondere aufgrund der Mangelerkrankung und der zusätzlichen Arbeitsbelastung durch eigene Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen auf. Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre entstand eine Reihe medizinischer Dissertationen, in denen die Ergebnisse der vom Studentenarzt durchgeführten medizinischen Pflichtuntersuchungen und den damit verknüpften zusätzlichen sozialhygienischen Erhebungen ausgewertet wurden, die in jedem Semester als Voraussetzung für den Beitritt in die studentische Krankenkasse stattfanden. In einem Aufsatz des Initiators dieser Untersuchungsreihe wurden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und jeweils in Relation zur Gesamtbevölkerung gesetzt.¹⁰⁴ Als wesentliches Ergebnis wird u. a. ein erhebliches Untergewicht aufgeführt, von dem die männlichen Studierenden noch stärker als die weiblichen Studierenden betroffen waren, das 1947 seinen Tiefpunkt aufwies und sich danach nur langsam verbesserte.¹⁰⁵ Des Weiteren wiesen die Studierenden signifikant höhere chronische Krankheitszustände sowie Herz- und Kreislaufstörungen auf. Auch waren sie deutlich häufiger von psychogenen Störungen betroffen, die eine psychotherapeutische Behandlung erforderten. Als Hauptursache dieser erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen identifizieren die Autoren die zur Finanzierung des Lebensunterhalts erforderliche Erwerbstätigkeit der Studierenden, die ein gravierendes Ausmaß angenommen und sich im Laufe der Jahre weiter gesteigert hatte.¹⁰⁶

Offizielle Statistiken über den Herkunftsort der Studierenden, also über ihren letzten ständigen Wohnsitz vor der Immatrikulation, gibt es erst ab dem WS 1949/50, zudem waren sie deutlich weniger detailliert als zur Zeit der Weimarer Republik. Danach kamen 67,5 Prozent der Studierenden aus Hamburg in den Grenzen von 1937/38 und weitere 14 bzw. 12 Prozent aus Schleswig-Holstein oder Niedersachsen, davon ein großer Teil vermutlich aus den unmittelbar an Hamburg angrenzenden Gemeinden, sodass geschätzt rund 80 Prozent in Hamburg und dem lokalen Einzugsbereich lebten.¹⁰⁷ Der Anteil der Studierenden aus Hamburg ging in den 1950er Jahren kontinuierlich zurück und erreichte im WS 1959/60 einen Wert von nur noch 46,7 Prozent, während die Anteile der Studierenden aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf über 17 bzw. fast 19 Prozent stiegen. Die Anteile der

¹⁰⁴ Harmsen 1953 (wie Anm. 18), dort auch die Nennung der Dissertationen. Dr. med. et phil. Hans Harmsen (1899-1989) war der Direktor des Hygienischen Instituts der Freien und Hansestadt Hamburg und Ordinarius an der Universität.

¹⁰⁵ Zur Unterernährung und zur Hungersituation sowie deren Folgen bei den Studierenden siehe auch die eindrucksvollen Schilderungen in Jendrowiak 1997 (wie Anm. 79), S. 74, und Krönig/Müller 1990 (wie Anm. 8), S. 171-178, 296.

¹⁰⁶ Diese Ergebnisse wurden auch in den Sozialerhebungen des Studierendenwerks aus den 1950er Jahren bestätigt und daraus abgeleitet eine bessere gesundheitliche Versorgung sowie eine grundlegende Reform der wirtschaftlichen Unterstützung der Studierenden gefordert.

¹⁰⁷ Krukowska 1993 (wie Anm. 11), S. 43, nennt Zahlen bereits aus dem WS 1945/46. Sie bezieht sich dabei auf eine Liste des Wohnungsamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, wonach im WS 1945/46 76,1 Prozent der Studierenden ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg und 10,8 Prozent eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis hatten. Hinzu kamen 12,3 Prozent „Fahrstudenten“ aus den umliegenden Gemeinden. In diesem Zusammenhang wichtig ist ihr Hinweis (S. 42 f.) auf die bis 1947 geltende Zuzugsbeschränkung für auswärtige Studierende auf Grund der in Hamburg herrschenden Wohnungsnot. Darüber hinaus beziehen sich die Angaben in ihrer Arbeit auf S. 53 f. und 133-135 auf den Geburtsort. Danach wurden 38,7 Prozent aller vom WS 1945/46 bis zum WS 1949/50 immatrikulierten Studierenden in Hamburg in den Grenzen von 1937/38 geboren. Das Kriterium Geburtsort ist aber im Vergleich zum Kriterium ständiger Wohnsitz infolge der hohen – infolge des Krieges auch erzwungenen – Mobilität der Bevölkerung weniger aussagekräftig, zumal damals die Studierenden ihren ständigen Wohnsitz auch während des Studiums im Regelfall beibehielten.

Studierenden aus den anderen Ländern der Bundesrepublik erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 6 Prozent auf über 17 Prozent. Damit kamen geschätzt mindestens 60 Prozent der Studierenden aus Hamburg und den Umlandgemeinden.

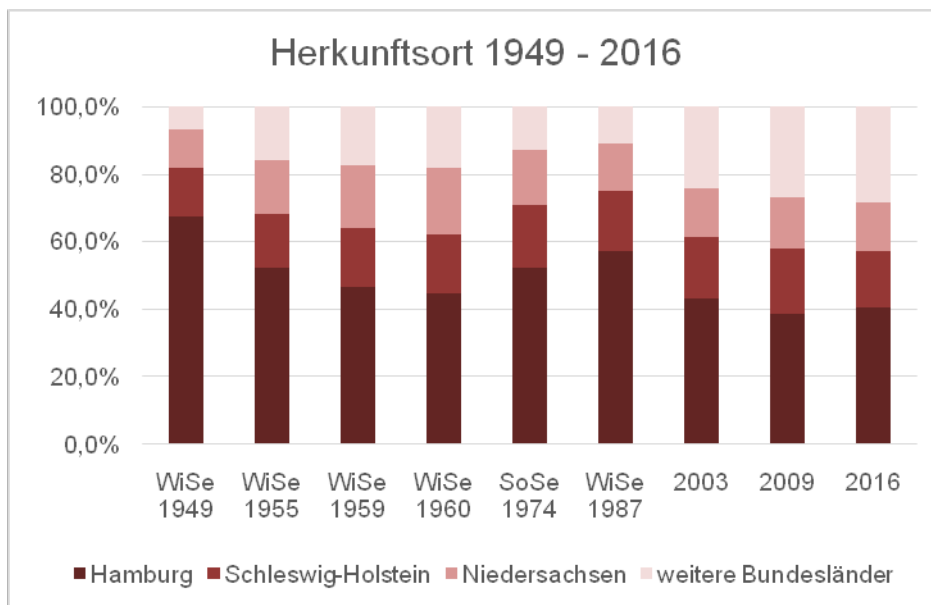


Abbildung 5

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese nahezu ausschließlich bei ihren Eltern wohnten, wie Zahlen aus den beiden Wintersemestern 1957/58 und 1958/59 zeigen.¹⁰⁸ Im WS 1958/59 lebten 46,9 Prozent aller Studierenden bei ihren Eltern, 43,5 Prozent zur Untermiete und 5,3 Prozent in einer eigenen Wohnung. Mangels ausreichenden Angebots wohnte nur ein sehr geringer Anteil der Studierenden in einem Studentenwohnheim oder einer sonstigen Gemeinschaftsunterkunft, im SS 1951 waren es lediglich 2,6 Prozent und im WS 1958/59 nur 3,2 Prozent, in absoluten Zahlen 112 bzw. 293 Studierende. Studentinnen lebten um rund fünf Prozentpunkte häufiger bei ihren Eltern und entsprechend weniger zur Untermiete als ihre männlichen Kommilitonen.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Universität Hamburg 1919-1958 (wie Anm. 20), S. 178; Statistische Berichte 1959, Nr. 6 vom 17. November 1959 (wie Anm. 20), S. 6. Zahlen aus früheren Jahren stehen nicht zur Verfügung.

¹⁰⁹ Zu den besonderen Herausforderungen der Wohnungssituation für Studentinnen siehe Mehrmann 2000 (wie Anm. 12), S. 44-52.

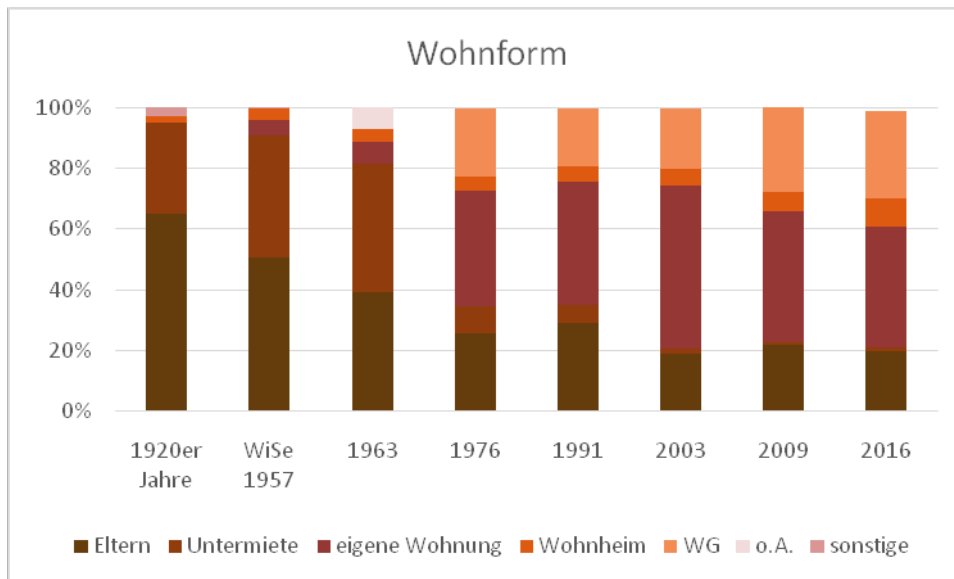


Abbildung 6

Einen Eindruck über die im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegssituation, in der viele Studierende in nur notdürftig hergerichteten Wohnhäusern, Massenquartieren, Baracken und Luftschutzbunkern lebten, zwar deutlich verbesserte, aber immer noch schwierige Wohnsituation vermitteln die Daten aus der Hamburger Sozialerhebung 1951.¹¹⁰ Hiernach hatten von den Hamburger Studierenden nur 56 Prozent ein Zimmer zur alleinigen Nutzung, 30 Prozent mussten sich das Zimmer mit einer weiteren und über 11 Prozent mit zwei und mehr Personen teilen. 16 Prozent lebten in einem nicht heizbaren Zimmer.

Aus den hier aufgeführten Zahlen folgt, dass die Universität Hamburg in dieser Periode im Vergleich zu den meisten anderen Universitäten in der Bundesrepublik einen sehr stark ausgeprägten lokalen bzw. regionalen Einzugsbereich besaß und zudem sehr viel mehr Studierende bei ihren Eltern und entsprechend weniger zur Untermiete wohnten.

In der amtlichen Statistik wurden in dieser Periode im Rahmen der jeweils im Wintersemester erhobenen „Großen Hochschulstatistik“ sowie auch in den Sozialerhebungen des Studentenwerks die Berufe der Väter der Studierenden erfasst.¹¹¹ Bemerkenswert ist die bereits in der Weimarer Zeit zu beobachtende Entwicklung, dass der Anteil der Studierenden, deren Väter eine akademische Ausbildung erfahren haben, kontinuierlich anwächst. Hatte dieser Anteil 1930 noch knapp 20 Prozent betragen, stieg er nun von 24,7 Prozent im WS 1948/49 über 28,9 Prozent im WS 1953/54 auf 32,9 Prozent im WS 1959/60 an.¹¹² Für die gleichen Bezugssemester fiel zunächst der Anteil der Arbeiterkinder von 6,8 Prozent (WS 1930/31) auf 3,2 Prozent im WS 1948/49 und stieg dann nur sehr langsam über 3,9 Prozent im WS 1953/54 auf 4,8 Prozent im WS 1959/60 an, blieb damit also noch unter dem Wert am Ende der Weimarer Zeit.

¹¹⁰ Auf Hamburg bezogene Daten der Sozialerhebungen liegen nur für die erste Erhebung 1951 vor: StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Bl. 31: Schreiben Verband Deutscher Studentenwerke e.V. an Rektor der Universität Hamburg vom 25.10.1951 mit Anlage Auswertungsbögen [Sozialerhebung HH 1951]. Zur Beschreibung der studentischen Wohnsituation in Hamburg bis Anfang der 1950er Jahre siehe auch Jendrowiak 1997 (wie Anm. 79), S. 67-69, 75 f.; zur weiteren Entwicklung Jendrowiak 1997 (wie Anm. 79), S. 88-94, sowie Middendorff 2019 (wie Anm. 22), S. 9, 11.

¹¹¹ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 33 bis 41, WS 1947/48 bis WS 1959/60; Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110). Eine auszugsweise Tabelle für die drei Wintersemester 1948/49, 1953/54 und 1957/58 befindet sich in Universität Hamburg 1919-1958 (wie Anm. 20), S. 170.

¹¹² Die Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110) ergab für Hamburg sogar einen Anteil von 36,4 Prozent. Dieser deutlich höhere Wert ist vermutlich auf unterschiedliche Erhebungsmethoden zurückzuführen.

Belässt man die Zuordnung der Berufe zu den drei sozialen Schichten wie in der Periode der Weimarer Republik, zeichnet sich trotz aller Problematik der Zuordnung einzelner Berufe folgendes Bild ab: Gehörten Anfang der 1930er Jahre über 37 Prozent einer oberen sozialen Schicht an, betrug dieser Wert im WS 1948/49 bereits 47,5 Prozent. Im Laufe der 1950er Jahre wuchs der Anteil der oberen Schicht kontinuierlich und umfasste im WS 1959/60 bereits 51,7 Prozent. Der Anteil der Studierenden aus der unteren sozialen Schicht lag im WS 1948/49 mit 8,6 Prozent noch unterhalb des Wertes von über zehn Prozent Anfang der 1930er Jahre. Er stieg in den 1950er Jahren langsam an und erreichte im WS 1959/60 einen Betrag von 14,2 Prozent. Beide Entwicklungen gingen also deutlich zu Lasten der Studierenden aus der mittleren sozialen Schicht, deren Anteil Anfang der 1930er Jahre noch 53 Prozent betragen hatte und jetzt von 43,9 Prozent im WS 1948/49 kontinuierlich auf 34,1 Prozent im WS 1959/60 fiel (siehe hierzu Abb. 4, S. 12). Weiterhin beträchtlich sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede: Im gesamten Zeitraum dieser Periode lag der Anteil der Studentinnen aus der oberen sozialen Schicht um etwa zehn Prozentpunkte über den der männlichen Studierenden, der Anteil der Studentinnen aus der unteren sozialen Schicht dagegen lag um bis zu sechs Prozentpunkten unter dem der Studenten. Auffällig ist, dass der besonders hohe Anteil der Berufsgruppen Gymnasiallehrer, Volksschullehrer sowie Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, der bereits in der Weimarer Zeit zu beobachten war, sich in den 1950er Jahren fortsetzte; diesen Berufsgruppen gehörten zusammen rund 20 Prozent aller Studierenden an. Zugleich wiesen diese Berufsgruppen zusammen mit den Juristen die höchste Reproduktionsrate unter den Studierenden auf. Erst gegen Ende der 1950er Jahre begann eine zunehmende Diversifizierung der Berufe und damit ein leichter Rückgang dieser Berufsgruppen. Nach dem Kriterium des Sozialversicherungsstatus lässt sich feststellen, dass die Gruppe der Beamten ohne abgeschlossene Hochschulbildung (gehobene, mittlere und einfache Beamte) von rund 25 auf 18 Prozent ebenso wie die Gruppe der Handel- und Gewerbetreibenden von 21 auf 15 Prozent abgenommen hat, während der Anteil der Gruppe der Beamten mit abgeschlossener Hochschulbildung (höhere Beamte) von zehn auf knapp 15 Prozent ebenso wie der Gruppe der Angestellten ohne abgeschlossene Hochschulbildung von 20 auf 23 Prozent gestiegen ist. Damit haben sich gerade auch im Vergleich zur Weimarer Zeit die traditionellen elitären Sozialstrukturen der Hamburger Studierendenschaft eher verfestigt; eine soziale Öffnung verlief spürbar langsamer und wurde stärker von einfachen Angestellten als von mittleren und einfachen Beamten bzw. Arbeitern getragen.¹¹³ Bedeutsam für die finanzielle Ausstattung der Studierenden ist auch der Beschäftigungsstand der Eltern, der in den Sozialerhebungen des Studentenwerks ermittelt wurde. Danach ergab sich aus der 1951 durchgeführten Erhebung,¹¹⁴ dass 63,7 Prozent der Väter und nur 8,8 Prozent der Mütter der Hamburger Studierenden erwerbstätig waren. 11,3 bzw. 10,9 Prozent waren Pensionäre oder Rentner, und 20,3 Prozent bzw. 3,4 Prozent der Väter und Mütter waren bereits verstorben oder im Krieg ums Leben gekommen. 75,6 Prozent der Mütter waren Hausfrauen. Oder anders ausgedrückt: Über 20 Prozent der Studierenden waren Halb- oder Vollwaisen, und bei mindestens zehn Prozent der Studierenden lebte die Mutter lediglich von einer kleinen Witwenrente. Die Hamburger Werte entsprachen weitgehend dem Bundesdurchschnitt, der sich im Laufe der 1950er Jahre nur unwesentlich veränderte. Lediglich der Anteil der berufstätigen Mütter erhöhte sich um knapp 4 Prozentpunkte. Diese Daten bestätigen die bereits in den vorangegangenen Perioden gewonnene Erkenntnis, dass die Aufnahme des Studiums nicht unmittelbar mit der finanziellen Situation der Eltern korreliert und wohl auch nicht direkt von der Begabung des Studierenden abhängt, sondern in

¹¹³ Zur vergleichbaren Entwicklung auf Bundesebene siehe Jarausch 1984 (wie Anm. 7), S. 216 f.

¹¹⁴ Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110), Tab. II und I_k.

erster Linie auf den Aufstiegswillen einzelner Berufsgruppen und ihrer traditionellen Einstellung zum Wert einer akademischen Bildung beruht.¹¹⁵

Seit dem WS 1947/48 bis Anfang der 1970er Jahre wurden die Studierenden jeweils im Wintersemester nach der überwiegenden Finanzierungsquelle ihres Studiums befragt und die Befragungsergebnisse – wenn auch in unterschiedlicher Aufbereitung und damit nicht immer vergleichbar – veröffentlicht.¹¹⁶ In der gesamten hier betrachteten Periode bildete die gänzliche oder überwiegende Finanzierung aus privaten Mitteln bei 80 bis 90 Prozent aller Studierenden die dominierende Finanzierungsart. Innerhalb der privaten Mittel lag der eindeutige Schwerpunkt bei der Finanzierung durch die Eltern. Am Ende der 1940er Jahre waren es bei über 58 Prozent der Studierenden die Eltern, die das Studium überwiegend finanzierten. Dieser Wert ging in den 1950er Jahren nur leicht auf Werte zwischen 51 und 53 Prozent zurück.¹¹⁷ Zum Bereich der privaten Finanzierung gehörte auch die Unterstützung durch Verwandte und andere Personen, insbesondere durch Ehepartner, deren Anteil immer über drei Prozent lag und sich Mitte der 1950er Jahre sogar auf vier bis fünf Prozent erhöhte. Die Finanzierung durch eigene Ersparnisse und eigene Mittel wie Vermögen und Erbschaft war nur vor der Währungsreform von Bedeutung; so finanzierten im WS 1947/48 auf diese Weise über 17 Prozent ihr Studium. Nach der Währungsreform ging die Bedeutung dieser Finanzierungsart schlagartig zurück und spielte nur noch für etwa ein Prozent der Studierenden eine Rolle. Die zweitwichtigste private Finanzierungsquelle nach den Eltern war die eigene Erwerbstätigkeit der Studierenden in den Semesterferien und während der Vorlesungszeit. Vor der Währungsreform betrug der Anteil nur 12 Prozent (im WS 1947/48), stieg dann aber nach der Reform sofort auf fast 22 Prozent (im WS 1948/49). Innerhalb weniger Semester wurden dann Werte von über 32 Prozent, also fast einem Drittel, erreicht. Aus den Daten einiger Semester Mitte der 1950er Jahre ist bekannt, dass nahezu fünf Prozent der Studierenden ihr Studium sogar durch eine hauptberufliche Tätigkeit finanzierten. Erst mit der Einführung des Honnefer Modells 1957 schrumpfte der Anteil der Finanzierung durch eigene Erwerbstätigkeit auf 15 bis 16 Prozent, der Anteil der hauptberuflichen Tätigkeit auf etwa drei Prozent. Leider liegen nur wenige Informationen über den zeitlichen Umfang vor, den die Studierenden für die Erwerbstätigkeit aufwandten. Die Sozialerhebung 1951 erbrachte für die Hamburger Studierenden das Ergebnis, dass von den 4.323 Studierenden 704 (16,3 Prozent) laufend und 2.073 (48,0 Prozent) gelegentlich, also fast zwei Drittel der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig waren und damit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts beitrugen.¹¹⁸ Von den 2.777 erwerbstätigen Studierenden arbeiteten

¹¹⁵ StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Bl. 37: Mitteilung des Verbands Deutscher Studierendenwerke e.V. „Ergebnisse der 2. Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin vom Sommersemester 1953“, S. 4; Universität Hamburg 1919-1958 (wie Anm. 20), S. 167, 171.

¹¹⁶ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 33 bis 41, WS 1947/48 bis WS 1959/60. Gefragt wurde, ob *eine* Quelle „überwiegend“, „allein“ oder „zur Gänze“ und „teilweise“ zur Finanzierung beiträgt, wobei diese Kriterien nicht völlig eindeutig definiert waren. Generell wurde „überwiegend“ als „mehr als 50 Prozent“ und „allein“ bzw. „zur Gänze“ als „mehr als 80 Prozent“ verstanden. In den Sozialerhebungen wurde dagegen nach den Quellen *insgesamt* gefragt, mit deren Hilfe das Studium „vorwiegend“ finanziert wird, wobei „vorwiegend“ bedeutet, dass die Quellen *zusammen* über 80 Prozent ausmachen. Damit können die Ergebnisse der amtlichen Statistik und der Sozialerhebung nicht direkt miteinander verglichen werden. Ein gravierendes weiteres methodisches Problem stellt der Umstand dar, ob die Studierenden nur die bar oder per monatlicher Überweisung ausgezahlten Mittel bei ihren Angaben berücksichtigten oder aber auch unbare Leistungen wie Bezahlung der Miete oder Krankenkasse unmittelbar durch die Eltern, Lebensmittelpakete u. ä. einbezogen.

¹¹⁷ In der Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110), Tab. IVa, waren es 36,7 Prozent der Studierenden, deren Studium zur Gänze (mehr als 80 Prozent) von den Eltern finanziert wurde, und weitere 29,4 Prozent, bei denen die Eltern die bedeutsamste Finanzierungsquelle darstellte.

¹¹⁸ Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110), Tab. IVb/c.

während der Vorlesungszeit 67,7 Prozent bis zu 12 Stunden pro Woche, weitere 23,8 Prozent zwischen 13 und 30 Stunden und 8,5 Prozent sogar über 30 Stunden pro Woche. Damit arbeitete während des Semesters etwa ein Drittel der Studierenden in einem zeitlichen Umfang, der nach heutigen Maßstäben kaum mit einem regulären Studium vereinbar ist. Während der vorlesungsfreien Zeit war die zeitliche Belastung durch die Erwerbstätigkeit noch höher. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug bei 25,6 Prozent der Studierenden bis zu 12 Stunden, lag bei weiteren 26,0 Prozent bei 13 bis 30 Stunden und bei 48,5 Prozent bei über 30 Stunden. Allerdings gibt es keine Angaben darüber, über wie viele Wochen oder Monate sich diese zeitliche Belastung in der vorlesungsfreien Zeit erstreckte. Darüber hinaus zeigen die Daten auch, dass nicht nur der Anteil der männlichen Studierenden, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, deutlich höher war als der der weiblichen Studierenden – 67,4 gegenüber 54,1 Prozent –, sondern dass bei den Männern auch der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit sowohl in der Vorlesungszeit als auch in der vorlesungsfreien Zeit erheblich größer war: Von den Studenten arbeiteten 34,2 bzw. 76,5 Prozent mehr als 13 Stunden pro Woche, von den Studentinnen dagegen nur 25,0 bzw. 65,6 Prozent. Da in Hamburg der Anteil der neben dem Studium erwerbstätigen Studierenden im Laufe der 1950er Jahre bis zur Einführung des Honnefer Modells deutlich zugenommen hat, kann vermutet werden, dass auch der zeitliche Umfang dieser Belastung weiter angewachsen ist.¹¹⁹

Gegenüber der privaten Finanzierung des Studiums war die Förderung aus öffentlichen Mitteln sehr gering ausgeprägt. Sie bestand im Wesentlichen aus wenigen Stipendien und der Gewährung von Ausbildungshilfen wie nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Heimkehrergesetz und dem Bundesversorgungsgesetz; diese Kategorie lag zu Beginn der 1950er Jahre bei 13 bis 16 Prozent und fiel dann auf Werte knapp unter zehn Prozent. Hinzu kamen verschiedene Arten von Renten wie Versehrtenrente oder Waisenrente mit einem Anteil von anfänglich etwa sechs Prozent, seit Anfang der 1950er Jahre aber nur noch zwischen 1,5 und 1,0 Prozent. Generell gilt, dass Studierende mit einem Vertriebenen- oder Flüchtlingsstatus in einem größeren Umfang staatliche Unterstützung erfuhren als ortsansässige Studierende. Aber generell gilt auch, dass bei allen Studierenden, die eine staatliche Unterstützung erhielten, gleich ob Stipendium, Ausbildungshilfe oder Rente, diese nicht zur Deckung der Lebenshaltungs- und Studienkosten ausreichte, sondern im Regelfall ebenfalls durch eigene Erwerbstätigkeit oder private Unterstützung aufgestockt werden musste. Die Einführung des Honnefer Modells auf Bundesebene 1957 als erste umfassende, allgemeine Studienförderung in Deutschland führte zu einer deutlichen Änderung der Finanzierungsstruktur.¹²⁰ Das Modell bestand aus einer Mischung von Stipendium und nach Beendigung des Studiums zurückzuzahlendem Darlehen und wurde nach den Kriterien „Eignung“ und „Bedürftigkeit“ vergeben. Sehr bald nach seiner Einführung wurde es im WS 1958/59 bei 18,9 Prozent und im WS 1959/60 bei 15,7 Prozent der Studierenden zu der überwiegenden Finanzierungsquelle. Im gleichen Atemzug reduzierte sich vor allem der Umfang eigener Erwerbstätigkeit.

Einen vertiefenden Einblick in den Zusammenhang von Finanzierungsart und Sozialstruktur der Studierenden gewährt die Statistik des WS 1957/58.¹²¹ Hiernach finanzierten zur Gänze oder überwiegend etwa 50 Prozent der Studierenden aus Arbeiterfamilien ihr Studium aus privaten Mitteln und etwa 19 Prozent aus öffentlichen Mitteln, und bei weiteren 20 Prozent trugen öffentliche Mittel wenigstens teilweise zur Bestreitung der Studienkosten bei. Auf der

¹¹⁹ Die bundesweiten Zahlen der Sozialerhebungen in den 1950er Jahren untermauern diese Vermutung.

¹²⁰ Zu den Schwierigkeiten der Einführung in Hamburg und zur Kritik am Honnefer Modell siehe Jendrowiak 1997 (wie Anm. 79), S. 94 f., und Thomas Rehm: Luft und Liebe oder: Wie sich Ausbildungsförderprogramme in den vergangenen 75 Jahren entwickelt haben. In: Micheler/Michelsen 1994 (wie Anm. 19), S. 260-265, hier S. 261-263.

¹²¹ StA HH 364-5 Universität I, L 70.2: Besucherstatistik der Hamburgischen Universität in den einzelnen Semestern, Heft 37, WS 1957/58, Bl. 52.

anderen Seite stehen die Studierenden aus Akademikerfamilien, die je nach Beruf des Vaters ihr Studium zu 74 bis 77 Prozent aus privaten Mitteln und nur zu fünf bis sieben Prozent aus öffentlichen Mitteln finanzierten.

Auch geschlechtsspezifisch können bemerkenswerte Unterschiede festgestellt werden. Bei den weiblichen Studierenden lag der Anteil der Finanzierung durch die Eltern immer um 15 bis 18 Prozentpunkte höher, zugleich bei der Finanzierung durch eigene Erwerbstätigkeit immer um 10 bis 17 Prozentpunkte niedriger als bei den Männern, wobei diese Differenz im Laufe der 1950er Jahre immer größer wurde.¹²²

Die äußerst schwierige finanzielle Lage der Studierenden manifestierte sich auch darin, dass in dieser Periode rund 20 Prozent der Studierenden einen vollständigen oder teilweise Gebührenerlass erhielten, was in Anbetracht der unverändert hohen Studienkosten eine deutliche Entlastung bedeutete.

Insgesamt war die finanzielle Situation der Studierenden während des gesamten hier betrachteten Zeitraums trotz leichter Verbesserungen im Laufe der 1950er Jahre äußerst prekär. Sie war in Hamburg keinesfalls besser als im Bundesdurchschnitt, wahrscheinlich sogar noch angespannter, wenn man das höhere Ausmaß der eigenen Erwerbstätigkeit als entscheidenden Indikator nimmt. Insofern nimmt es kein Wunder, dass das Deutsche Studentenwerk e.V. die Veröffentlichung der Sozialerhebungen immer zum Anlass nahm, gerade hierauf mit deutlichen Worten hinzuweisen. 1951 sprach das Studentenwerk von einem „echten Proletariat“ im Gegensatz zum „akademischen Proletariat“, von einer Situation, in der „aufgerieben zwischen dem Kampf um die Lebenshaltungs- und Studiumskosten und dem Wunsch, durch ein gutes Fachexamen den „Berechtigungsschein“ fürs Leben zu erhalten, sich der Normalstudent von heute nicht zu einer freien, selbstsicheren und selbstkritischen Persönlichkeit entwickeln [kann]“. ¹²³ Und am Ende der Periode, 1959, wurde zwar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Studierenden durch die Einführung des Honnefer Modells konstatiert, zugleich aber hervorgehoben, dass immer noch „höchstens bei der Hälfte aller Studierenden von normalen wirtschaftlichen Verhältnissen gesprochen werden [kann]“. ¹²⁴

Noch wesentlich größere methodische Probleme als die Ermittlung der Finanzierungsquellen und deren Anteile an der Gesamtfinanzierung des Studiums bereitet die Ermittlung der monatlichen Ausgaben der Studierenden und die Bestimmung eines Durchschnittswertes. Die Ausgabensituation der Studierenden steht in direkter Abhängigkeit zu der Höhe der Einnahmen, sie divergiert aber sehr stark und wird davon beeinflusst, ob ein Studierender z. B. mietfrei bei den Eltern wohnt und dort auch täglich versorgt wird, oder ob ein Studierender die Kosten sowohl für Miete als auch Lebensunterhalt bestreiten muss, ob er ein Auto unterhält oder sogar für eine Familie sorgen muss. Um die konkreten Ausgaben zu ermitteln, müsste eigentlich ein Ausgabenbuch über einen längeren Zeitraum geführt werden. Dies war aber zu keinem Zeitpunkt der Fall. Das Ausmaß der methodischen Probleme ist so groß, dass die amtliche Statistik auf die Erhebung der Ausgaben weitgehend verzichtet hat. In den Sozialerhebungen dagegen spielte die Ermittlung der Ausgaben immer eine wichtige Rolle. Im Laufe der Erhebungen wurde die Fragestellung methodisch mehrfach verändert und führte schließlich zu der statistischen Figur „Normalstudent“ im Gegensatz zu den „Elternwohnern“ und den „in Partnerschaft lebenden Studierenden“. „Normalstudent“ bedeutet, dass der

¹²² Zur Finanzierungssituation der Studentinnen an der Universität Hamburg siehe auch Mehrmann 2000 (wie Anm. 12), S. 41-44.

¹²³ AStW Frankfurt, ungeordnete Materialien, Bl. 486-498: Erläuterungen des Hauptgeschäftsführers des Verbandes Deutscher Studentenwerke, Amtsgerichtsrat a.D. Frey, anlässlich der Präsentation der 1. Sozialerhebung vom 16.10.1951 (Bl. 487).

¹²⁴ StA HH 364-5 Universität I, L 70.4: Studentische Sozial- und Wirtschaftsstatistik 1920-1960, Bl. o. Nr.: Mitteilung des Verbands Deutscher Studentenwerke e.V. „Ergebnisse der 4. Erhebung des Deutschen Studentenwerkes über die soziale Lage der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin (West)“.

Studierende nicht bei den Eltern wohnt, ledig ist und sich im Erststudium befindet. Im Laufe der Zeit wurde die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Studierenden in den Sozialerhebungen im Wesentlichen auf die Kategorie der „Normalstudenten“ beschränkt. Der monatliche Geldbedarf der Studierenden wurde bundesweit für die Zeit bis zur Währungsreform im Juni 1948 auf 100 bis 150 RM geschätzt, hinzu kamen Studiengebühren (Gebühren und Kolleggeldpauschale) in Höhe rund 150 RM pro Semester. Nach der Währungsreform lag der monatliche Geldbedarf zunächst bei ca. 120 DM, zu Beginn der 1950er Jahre bei 120 bis 150 DM, hinzu kamen jeweils die Gebühren in einer Größenordnung von etwa 150 DM pro Semester. Der aus den Sozialerhebungen errechnete durchschnittliche Bedarf eines „Normalstudierenden“ lag 1953 bereits bei 182,50 DM und stieg weiter auf 198 DM im Jahr 1956 und erreichte 1959 einen Betrag von 245 DM jeweils ohne Studiengebühren.¹²⁵ Demgegenüber standen aber die Beträge, die den Studierenden tatsächlich zur Verfügung standen. Danach verfügten 1951 nur 23,4 Prozent über einen Betrag, der diesen Bedarf zumindest abdeckte oder gar überstieg. 1953 waren dies nur 12,2 Prozent, 1956 nur 15,8 Prozent und 1959 nur rund 12 Prozent. Zudem hatten 1951 in Hamburg bereits fast zehn Prozent der Studierenden ihr Studium schon einmal aus finanziellen Gründen unterbrechen müssen, und fast 20 Prozent befürchteten diesen Schritt für die Zukunft. Mit anderen Worten, die große Masse der Studierenden konnte nur über einen monatlichen Geldbetrag verfügen, der deutlich unterhalb des Bedarfes lag, und musste sehen, wie sie unter großen Einschränkungen irgendwie über „die Runden kam“.

5. Drei Jahrzehnte starkes Wachstum und begrenzte soziale Öffnung: Studierende in Hamburg 1960 bis 1990

Vor allem zu Beginn dieser Periode, in den 1960er Jahren, standen Fragen der Bildungs- und Hochschulreform, der Akademisierung der Arbeitswelt und des daraus folgenden erhöhten Absolventenbedarfes im Vordergrund. Verbunden mit der Forderung nach einem quantitativen Ausbau der Hochschulen war die Forderung auch nach einer sozialen Öffnung der Hochschulen und damit einer Veränderung der Sozialstruktur der Studierenden. Die sozialen Probleme und wirtschaftliche Situation der Studierenden zu erkennen und Maßnahmen zu deren Lösung zu entwickeln, wurde als Anspruch an Gesellschaft und Politik formuliert.¹²⁶ Der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein, einer der führenden Hochschulreformer der späten 1960er Jahre, brachte die sozialpolitische Forderung in einer bis dahin unbekanntenen Schärfe zum Ausdruck. Er forderte die Abkehr „von der Primärverpflichtung der Familie des Studenten und von dessen Pflicht zur Selbstversorgung“ und stattdessen, dass „in der Sozialpolitik auch die Studenten als eine soziale Gruppe zu berücksichtigen sind, für die mehr und mehr staatliche Förderungsmaßnahmen erforderlich werden“, und dass „die Sozialpolitik für Studenten zu einem anerkannten Teil der allgemeinen Bildungs- und Hochschulpolitik werden muß“.¹²⁷ Im Folgenden wird versucht darzulegen, inwieweit die verschiedenen Maßnahmen zur Erfüllung der sozialpolitischen

¹²⁵ Sozialerhebung 1951 (wie Anm. 84), S. 51; Sozialerhebung 1953 (wie Anm. 84), S. 55-57; Sozialerhebung 1956 (wie Anm. 87), S. 50-53; Sozialerhebung 1959 (wie Anm. 87), S. 48-51; Sozialerhebung HH 1951 (wie Anm. 110), Tab. IVi/k/l. Es handelt sich hier um bundesweite Werte, der monatliche Bedarf in Hamburg lag mindestens in einer vergleichbaren Höhe, wahrscheinlich sogar höher, wie dies für 1951 die auf Hamburg bezogenen Daten der Sozialerhebung nahe legen. Hierzu siehe auch die knappen Ausführungen in Jaraus 1984 (wie Anm. 7), S. 217, und Krönig/Müller 1990 (wie Anm. 8), S. 191-193.

¹²⁶ So z. B. vom Vorsitzenden des Vorstandes des Deutschen Studentenwerks Prof. Wilhelm Hallermann in seinem Vorwort in: Gerhard Kath: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1963. Berlin 1964, S. 4 f. [Sozialerhebung 1963], der gerade hierin eine wesentliche Funktion der Sozialerhebung sah.

¹²⁷ Thomas Ellwein in seinem Vorwort als Präsident des Deutschen Studentenwerks in Sozialerhebung 1967 (wie Anm. 3), S. 4 f.

Forderungen tatsächlich ihre intendierte Wirksamkeit entfaltet und zu einer sozialen Öffnung sowie Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Studierenden geführt haben.

Eine derartige Untersuchung auf der Ebene der Universität Hamburg bzw. aller Hamburger Hochschulen stößt allerdings an ihre methodischen Grenzen, da nur relativ wenige Daten zur Verfügung stehen. Ab Mitte der 1960er Jahre reduzierte die amtliche Statistik die Erhebung von Daten zur Sozialstruktur der Studierenden und deren Veröffentlichung und stellte sie 1971 mit dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen praktisch völlig ein. Es muss deshalb zunehmend auf die Daten der regelmäßigen Sozialerhebung des Studentenwerks zurückgegriffen werden. Deren Daten werden auf Bundesebene aggregiert, liegen aber prinzipiell als Sonderauswertungen und Grundauszählungen auch für einzelne Bundesländer vor. Allerdings sind diese Materialien der Sozialerhebungen in den drei Jahrzehnten in den Akten nicht auffindbar, sodass auf Hamburg bezogene Daten letztlich nur für die Erhebungen von 1976, 1985 und dann 1991 bereitstehen.¹²⁸ Diese Lücken in den statistischen Daten sind besonders bedauerlich, da gerade in den 30 Jahren von 1960 bis 1990 relevante Veränderungen in der Sozialstruktur der Studierenden stattgefunden haben.

Das Wachstum der Hamburger Studierendenzahlen setzte sich zunächst ungebrochen mit etwa 1.000 Studierenden pro Jahr fort. Von 1964 bis 1968 verlangsamte sich das Tempo des Wachstums, um sich danach mit einer Wachstumsrate von teilweise weit über 1.000 Studierenden jährlich erneut zu beschleunigen. Damit stieg die Studierendenzahl der Universität in den 1960er Jahren um über 7.000 Studierende von 11.466 auf 18.787, in den 1970er Jahren um über 13.000 auf insgesamt 32.097 und bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre um über 9.000 an. Im WS 1984/85 wurde die Zahl von über 41.000 überschritten, dann stagnierte die Zahl infolge des Numerus clausus und der Reduzierung der Aufnahmekapazität bis 1990 bei dieser Größenordnung, im WS 1989/90 betrug sie 41.397. Die Zahl der Studienanfänger bewegte sich in den 1960er Jahren zwischen 3.500 und 4.000 jährlich und in den 1970er Jahren zwischen 5.000 und nahezu 7.000. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre lag sie sogar bei über 8.000 und ging dann auf Werte um die 7.500 zurück.¹²⁹

¹²⁸ Gerhard Kath in Zusammenarbeit mit Irmela Gantzer, Curt Möbius und Margarete Weidner: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1976 (Schriftenreihe Hochschule 27). Frankfurt am Main 1977 [Sozialerhebung 1976]; Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 42). Hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1986 [Sozialerhebung 1985]; Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 103). Bearbeitet von Klaus Schnitzer, Wolfgang Isserstedt, Irene Kahle, Michael Leszczensky, Jochen Schreiber, hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1992 [Sozialerhebung 1991]. Zu den bibliographischen Daten der Hamburger Sonderauswertungen in den drei Bezugsjahren siehe Anm. 24.

¹²⁹ Alle Zahlen aus: 100 Jahre Hochschulstatistische Daten 2019 (wie Anm. 26).

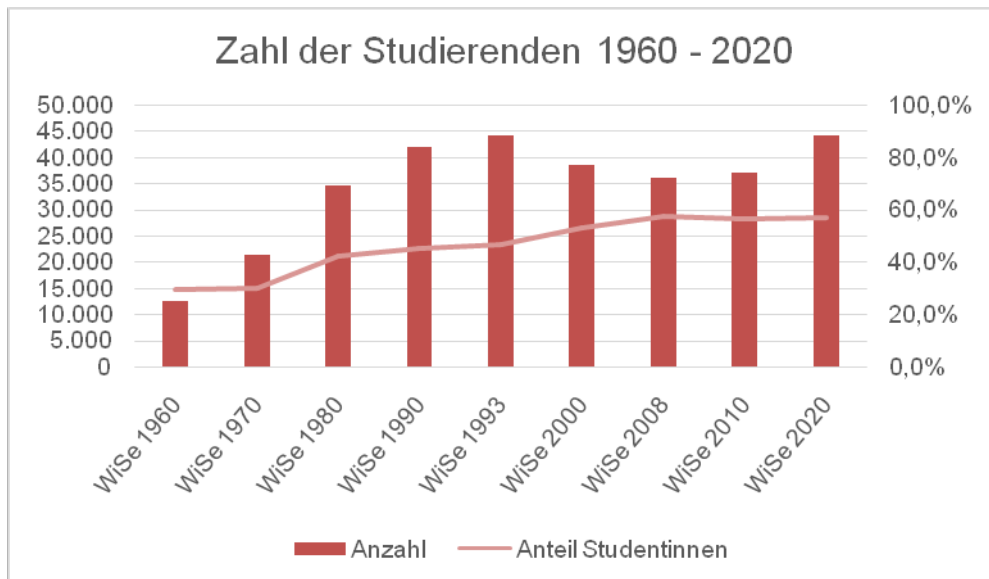


Abbildung 7

Parallel zum quantitativen Wachstum der Universität Hamburg wurden auch die anderen staatlichen Hochschulen in Hamburg ausgebaut. Dies trifft in erster Linie auf die 1970 durch Zusammenschluss mehrerer Vorgängerinstitutionen gebildete Fachhochschule zu, deren Studierendenzahl von 5.575 in 1970 auf 14.056 im Jahr 1990 anwuchs. Hinzu kam die 1978 neu gegründete Technische Universität Hamburg-Harburg mit anfänglich nur wenigen hundert und 1990 mit 1.700 Studierenden. Auch die beiden Künstlerischen Hochschulen sowie die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) vergrößerten sich beträchtlich, sodass das Hamburger Hochschulsystem insgesamt von 13.413 Studierenden in 1960 über 28.679 in 1970 und 42.709 in 1980 auf 59.877 in 1990 wuchs. Die Universität Hamburg blieb aber stets die größte Einrichtung, auch wenn ihr Anteil in dieser Periode von 93,0 (1960) über 74,3 in 1970 und 75,3 in 1980 auf 67,8 Prozent in 1990 sank.

Die Zahl der weiblichen Studierenden in der Universität Hamburg entwickelte sich zunächst in den 1960er Jahren in einem vergleichbaren Tempo. Waren 1960 rund 3.700 Frauen immatrikuliert, was einem Anteil von 29,6 Prozent entsprach, bildeten sie im SS 1970 mit bereits fast 5.500 einen Anteil von 28,6 Prozent. Ab dem WS 1970/71 wies der Anstieg der Zahl der weiblichen Studierenden eine vergleichsweise dynamischere Entwicklung auf. Ihre Zahl wuchs von 6.338 über 13.106 im WS 1979/80 auf 18.759 im WS 1989/90, sodass der Frauenanteil an den Studierenden insgesamt stetig von 29,7 über 40,8 auf 45,3 Prozent stieg (siehe hierzu Abb. 7, S. 34). Damit lag dieser Anteil in Hamburg immer um rund fünf Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Wie in der vorangegangenen Periode blieb die Präferenz der Studentinnen für bestimmte Studienfächer wie Lehramt, Medizin, Sprach- und Kulturwissenschaften erhalten, ein weiteres bevorzugtes Fach war die Psychologie.

In der ersten Hälfte der 1960er Jahre stieg das Durchschnittsalter der Studierenden wieder um etwa ein halbes Jahr an. Im WS 1965/66 betrug es insgesamt 24,0 Jahre (WS 1960/61: 23,4 Jahre), die Männer waren mit 24,3 Jahren (WS 1960/61: 23,8 Jahre) erneut um mehr als ein Jahr älter als die Frauen mit 23,1 Jahren (WS 1960/61: 22,5 Jahre) (siehe hierzu Abb. 2, S. 7).¹³⁰ Diese Entwicklung zeigt sich entsprechend auch bei der Betrachtung der Alterskohorten. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (20 Jahre und jünger) fiel von 15,7 Prozent (WS 1960/61) auf 7,5 Prozent (WS 1965/66), dagegen stieg insbesondere der Anteil der Alterskohorte von 26 bis 30 Jahren im gleichen Zeitraum von 12,4 auf 19,1 Prozent. Dies

¹³⁰ Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten in: Statistische Berichte (wie Anm. 20), 1961, Nr. 4 vom 12. Juni 1961, und 1966, Nr. 5 vom 29. Juli 1966.

kann als ein deutliches Indiz für den Anstieg der durchschnittlichen Studienzeit sowie für eine verzögerte Aufnahme des Studiums insbesondere seitens der männlichen Studierenden gewertet werden, sicherlich auch mit bedingt durch die Einführung von Wehrpflicht und Ersatzdienst. Für die Jahre danach stehen Daten nur aus den drei Sozialerhebungen 1976, 1985 und 1991 in hochaggregierter Form zur Verfügung, da die amtliche Statistik das Alter nicht mehr publiziert, möglicherweise auch gar nicht mehr erhoben hat. Hieraus lässt sich mit allem Vorbehalt ein Durchschnittsalter aller Studierenden von mindestens 24,0 Jahren für 1976, von mindestens 24,9 Jahren für 1985 und von mindestens 25,8 Jahren für 1991 errechnen.¹³¹ Die Studierendenschaft der Universität Hamburg in den 1970er und 1980er Jahren wird also durch einen erheblichen Anstieg des Durchschnittsalters charakterisiert. Angesichts der starken Zunahme der Studienanfänger in diesen beiden Jahrzehnten kann dies im Wesentlichen nur durch eine deutlich längere Verweildauer der Studierenden an der Universität erklärt werden. Auch wird aus diesen Daten ersichtlich, dass die Hamburger Studierenden durchschnittlich nahezu ein Jahr älter als ihre Kommilitonen im Bund waren.

Nachdem zu Beginn dieser Periode noch 8,2 Prozent Verheiratete unter den Studierenden registriert worden waren,¹³² darunter um fünf Prozentpunkte mehr Studenten als Studentinnen, stieg dieser Anteil in den 1960er Jahren und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre offensichtlich sehr stark an, wie dies die Sozialerhebungen zeigen.¹³³ In der Sozialerhebung 1976 wurden bereits 19,7 Prozent Verheiratete erfasst. Allerdings ging der Anteil dann ebenso schnell wieder zurück: 1979 betrug er 13 Prozent, 1982 12 Prozent, 1985 acht Prozent und 1991 nur noch 7,3 Prozent.¹³⁴ Mit dem Rückgang des Anteils der Verheirateten erfasste die Sozialerhebung zugleich eine starke Zunahme derjenigen Studierenden, die zwar ledig waren, aber nach eigener Angabe in einer festen Partnerschaft lebten. Dieser Anteil betrug 1991 26,1 Prozent. Von den Studierenden hatten in den 1970er und 1980er Jahren zwischen sieben und acht Prozent ein oder mehrere Kinder zu betreuen. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt waren die Hamburger Studierenden jeweils um etwa einen Prozentpunkt häufiger verheiratet und hatten häufiger Kinder.

Über die schulische Vorbildung der Studierenden der Universität Hamburg gibt es Daten nur in den beiden Hamburger Sonderauswertungen der Sozialerhebung 1976 und 1991.¹³⁵ In diesen beiden Jahren hatten 81,5 bzw. 83,1 Prozent der Studierenden ihre Hochschulzugangsberechtigung auf den zahlreichen Schulformen des Ersten Bildungsweges

¹³¹ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 1-2, 19; Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 4; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 9. Aus einer in der Universitätszeitschrift *uni hh* 11 (1980), Nr. 1, S. 21, veröffentlichten Tabelle des Statistischen Landesamtes Hamburg lässt sich für das WS 1978/79 ein Durchschnittsalter von sogar 26,3 Jahren errechnen. Dies kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass die älteren Jahrgänge mit einem Alter von über 30 Jahren nicht in einer Gruppe zusammengefasst in die Berechnung eingehen, sondern mit ihrem konkreten Lebensalter. Der Anteil der Studierenden in einem Alter von 31 bis 39 beträgt 13,8 Prozent, der Anteil der über 40-jährigen noch 2,1 Prozent. Diese beiden Altersgruppen besaßen in den 1960er Jahren einen Anteil von zusammen lediglich rund 5 Prozent.

¹³² Statistische Berichte (wie Anm. 20), 1961, Nr. 4 vom 12. Juni 1961.

¹³³ In der amtlichen Statistik wurde im Gegensatz zu den Sozialerhebungen die Frage nach dem Familienstand und der Zahl der Kinder nicht mehr erhoben.

¹³⁴ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 2, 19; Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 4; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 9, 62.

¹³⁵ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 5, 7, 24-25; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 11, 62. Im Gegensatz zur Sozialerhebung HH 1976 sind in der Sozialerhebung HH 1991 auch die Studierenden der anderen Hamburger staatlichen Hochschulen, darunter auch der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) einbezogen. Die HWP war die einzige deutsche Hochschule des Zweiten Bildungswegs mit Universitätsstatus, ihre Studierenden wurden nach Ablegung einer Aufnahmeprüfung auch ohne Reifezeugnis aufgenommen. Allerdings blieb dies wegen der geringen Größe der HWP ohne größere Auswirkung auf die statistischen Daten.

wie Gymnasium, Gesamtschule, Fachgymnasium und die restlichen auf dem Zweiten Bildungsweg erworben. Die bedeutsamsten Möglichkeiten des Zweiten Bildungsweges waren ein vollständiger Abschluss oder ein abgeschlossenes Grundstudium an einer höheren Fachschule oder Fachhochschule sowie das Abendgymnasium und das Studienkolleg, alle anderen Möglichkeiten wie Fachoberschule, Höhere Handelsschule und Berufsausbildung sowie Sonderprüfung für Begabte spielen mit Anteilen von zusammen unter 0,5 Prozent praktisch keine Rolle.

Unter den Studierenden hatten 1976 26,5 Prozent vor Aufnahme des Studiums eine Berufsausbildung abgeschlossen bzw. mehr als zwei Jahre eine Berufstätigkeit ausgeübt, 1991 waren es bereits 36,7 Prozent, wobei im zunehmenden Maße die Berufsausbildung bzw. -tätigkeit nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung stattfand. In einem bemerkenswerten Umfang hatten Studierende der Universität bereits ein Studium abgeschlossen und führten jetzt ein Zweitstudium durch, ihr Anteil betrug 1976 25,4 Prozent.¹³⁶

Lehre, Berufstätigkeit, Wehr- oder Ersatzdienst¹³⁷ und Wartezeit infolge des Numerus clausus führten dazu, dass zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Aufnahme des Studiums eine beträchtliche Zeit verstrich. 1976 haben nur 57 Prozent sofort mit dem Studium beginnen können, bei den anderen lagen überwiegend bis zu vier Semester dazwischen, und 1991 betrug die durchschnittliche Wartezeit 20 Monate mit einem erheblichen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Bei den einen vergingen 22, bei den anderen 17 Monate. Sowohl hinsichtlich Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit als auch hinsichtlich Zweitstudium und Übergangszeit zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Aufnahme des Studiums waren die Werte der Hamburger Studierenden deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Die Betrachtung der besonderen Gruppen gestaltet sich in dieser Periode als ausgesprochen schwierig, denn Zahlen über Kriegsversehrte und Waisen wurden nicht mehr veröffentlicht und auch für die beiden Kategorien Vertriebene und Flüchtlinge aus der SBZ nur noch in der ersten Hälfte der 1960er Jahre publiziert. Danach wurden zu Beginn der Periode im WS 1960/61 insgesamt 2.400 Studierende (20,6 Prozent) als Vertriebene (Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A oder B) und 800 Studierende (6,9 Prozent) als Zugewanderte bzw. Flüchtlinge aus der SBZ (Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises C) klassifiziert. Zum WS 1963/64 war dieser Anteil bei den Vertriebenen auf 18,1 Prozent zurückgegangen, bei den SBZ-Flüchtlingen leicht auf 8,2 Prozent gestiegen.¹³⁸ In beiden Bezugssemestern wurde jeweils ein Drittel der Betroffenen in Form von Zuwendungen oder Renten vom Staat finanziell unterstützt. Danach können nur noch für einige Jahre – und auch dies nur indirekt – Daten aus den Statistischen Berichten der Freien und Hansestadt Hamburg erschlossen werden. Es handelt sich um jene Teilgruppe der Studierenden, die ihr Studium überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten, wozu Zuwendungen nach dem LAG und dem BVG für Kriegsversehrte, Spätheimkehrer und Vertriebene gehörten. Danach betrug der Anteil der Empfänger dieser Zuwendungen Anfang der 1960er Jahre rund neun Prozent aller Studierenden, also etwa ein Drittel der oben Genannten. Zum Ende der 1960er Jahre ging dieser Anteil auf 2,9 Prozent im WS 1969/70 und dann sogar auf 1,8 Prozent im WS 1971/72 zurück. Danach wurden Daten weder in der amtlichen Statistik noch in den Sozialerhebungen

¹³⁶ 1991 lag der Anteil nur bei 8,2 Prozent. Infolge der Einbeziehung der anderen Hochschulen, insbesondere der Fachhochschule, sind die Zahlen nicht miteinander vergleichbar, da bei denen das Zweitstudium keine Rolle spielte. Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 53.

¹³⁷ Aus den Daten der Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 8, 27, lässt sich ableiten, dass lediglich 44 Prozent der männlichen Studierenden einen Wehr- oder Ersatzdienst abgeleistet haben – eine erstaunlich niedrige Quote! Auch 1991 wurde der Wehr- oder Ersatzdienst nur von 40,2 Prozent der Studierenden als Grund für die verzögerte Aufnahme des Studiums benannt, Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 62.

¹³⁸ Statistische Berichte (wie Anm. 20), 1961, Nr. 4 vom 12. Juni 1961, und 1964, Nr. 4 vom 3. Juni 1964.

veröffentlicht, Studierende mit diesen Merkmalen spielten aus der Sicht der Statistik offensichtlich keine Rolle mehr.

Seit den 1970er Jahren wurden in den Sozialerhebungen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – Fragen nach gesundheitlichen Beeinträchtigungen vor allem auch psychosozialer Art gestellt. Dieser Themenkomplex war bis dahin nicht näher untersucht worden, in der wissenschaftlichen Literatur findet man lediglich Hinweise auf den allgemein schlechten Gesundheitszustand der Studierenden in der ersten Hälfte der 1920er Jahre infolge des Ersten Weltkriegs und in den Jahren unmittelbar nach Ende des „Dritten Reichs“ durch die äußerst angespannte Ernährungslage.¹³⁹ Zunächst wurde nur nach dem Vorliegen einer psychischen Erkrankung gefragt, ab 1982 zwischen Behinderungen und chronischen Erkrankungen differenziert. Hamburg-bezogene Antworten liegen aber aus bekannten Gründen nur für 1976 und 1991 vor. 1976 wurde ermittelt, dass 6,3 Prozent der Studierenden eine psycho- oder verhaltenstherapeutische Behandlung im Laufe eines Jahres in Anspruch genommen hatten. Damit hatte der Anteil gegenüber der Erhebung in 1973 um 1,6 Prozentpunkte zugenommen und lag zudem auch um 0,3 Prozentpunkte über den Bundesdurchschnitt.¹⁴⁰ 1991 wurde detaillierter nach Behinderungen und chronischen Erkrankungen gefragt.¹⁴¹ Hiernach gaben 3,6 Prozent eine Behinderung und 11,2 Prozent eine chronische Krankheit an, was wiederum klar über dem Bundesdurchschnitt lag. Eine psychische Erkrankung führten 11,0 Prozent an gegenüber 8,3 Prozent im Bund, und über ein Drittel der betroffenen Studierenden fühlte sich durch ihre gesundheitliche Schädigung im Studium beeinträchtigt. Bemerkenswert ist auch, dass Studentinnen um 4,5 Prozentpunkte häufiger als Studenten eine Behinderung bzw. eine chronische Erkrankung anführten.

Die rückläufige Entwicklung des Anteils der Hamburger Studierenden aus der eigenen Stadt in den 1950er Jahren setzte sich in den 1960er Jahren weiter fort. Er sank von 46,7 Prozent im WS 1959/60 auf einen Tiefstwert von 43,0 Prozent im WS 1969/70. Danach wuchs er wieder deutlich auf über 50 Prozent an und erreichte einen Spitzenwert von 57,3 Prozent im WS 1987/88. Während der Anteil der aus Schleswig-Holstein kommenden Studierenden im gesamten Zeitraum relativ konstant bei rund 18 Prozent verharrte, fiel der Anteil der aus Niedersachsen kommenden Studierenden infolge zahlreicher Hochschulneugründungen in diesem Bundesland von rund 20 Prozent in den 1960er Jahren in den beiden folgenden Jahrzehnten auf Werte zwischen 14 und 16 Prozent. Insgesamt dürften zwischen 60 und 70 Prozent aller Studierenden aus Hamburg und dem lokalen Einzugsbereich aus den angrenzenden Gemeinden Schleswig-Holsteins und Niedersachsens stammen. Aus den anderen, weiter entfernt liegenden Bundesländern kamen in den 1960er Jahren rund 18 Prozent, dieser Anteil sank in den 1970er und 1980er Jahren auf etwa 12 Prozent (siehe hierzu Abb. 5, S. 27).¹⁴²

¹³⁹ Zum Gesundheitszustand der Studierenden in den 1920er Jahren siehe vor allem Mens 2001 (wie Anm. 13), S. 121, 123-127, 142 f.; die Hinweise bei Holsten 1993 (wie Anm. 10), S. 19 f., Jaraus 1984 (wie Anm. 7), S. 142, Ochsenius 1941 (wie Anm. 52), S. 106, und Schopka-Brasch 2009 (wie Anm. 15), S. 153, sind lediglich allgemeiner Natur. Zur gesundheitlichen Situation der Studierenden nach dem „Dritten Reich“ siehe insbesondere Harmsen 1953 (wie Anm. 18).

¹⁴⁰ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 18, 37 f. Bei den Angaben zum Gesundheitszustand der Studierenden und insbesondere zu psychischen Erkrankungen muß beachtet werden, dass es sich hier um freiwillige Angaben von denjenigen Studierenden handelt, die sich ihrer Probleme bewusst und darüber hinaus auch bereit waren, sich hierzu zu bekennen. Dies war mit großer Sicherheit nur ein Teil aller betroffenen Studierenden.

¹⁴¹ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 44 f., 63.

¹⁴² Die Zahlen wurden regelmäßig in den Statistischen Berichten der FHH und in den Statistischen Jahrbüchern der FHH veröffentlicht. Vgl. hierzu die detaillierte Analyse in Oberbeck/Wolfram-Seifert 1980/81 (wie Anm. 14), Teil 3 in: uni hh 11 (1980), Nr. 3, S. 3-10, hier S. 3, 6.

Wie bereits in der vorangegangenen Periode stammten zumindest noch in den 1960er Jahren Studentinnen in einem deutlich höheren Ausmaß, um bis sechs Prozentpunkte, aus Hamburg. Bereits Ende der 1960er Jahre ging diese Differenz deutlich zurück auf weniger als einen Prozentpunkt, für die 1970er und 1980er Jahre liegen keine geschlechtsspezifischen Daten mehr vor.

Die Wohnform der Studierenden unterlag in dieser Periode einem tiefgreifenden Wandel (siehe hierzu Abb. 6, S. 27).¹⁴³ Während am Ende der 1950er Jahre noch rund 47 Prozent bei ihren Eltern, etwa 44 Prozent zur Untermiete und nur 5 Prozent in einer eigenen Wohnung lebten, sank der Anteil der Elternwohner auf 39 Prozent in 1967 und weiter auf 25 Prozent in 1979. In den 1980er Jahren stagnierte dieser Wert und stieg dann sogar wieder auf 29,3 Prozent im Jahr 1991. Noch dramatischer verringerte sich der Anteil der zur Untermiete wohnenden Studierenden: Während es 1963 noch 42,2 Prozent waren, fiel der Anteil über 36 Prozent für 1967 und 16 Prozent für 1973 auf nur noch sechs Prozent im Jahr 1979, um in den 1980er Jahren bei dieser Größenordnung zu stagnieren. Umgekehrt verlief die Entwicklung hinsichtlich der Studierenden, die in einer eigenen Wohnung lebten. Von 7,2 Prozent 1963 stieg der Anteil auf 28 Prozent 1973 und 39 Prozent 1979. Der Spitzenwert wurde bereits 1982 mit 49 Prozent erreicht, danach sank der Wert wieder auf 40 Prozent 1991. Im Jahr 1973 wurde zum ersten Mal die Zahl der in einer Wohngemeinschaft („WG“) lebenden Studierenden erfasst. Der Anteil betrug 20 Prozent, er stieg in den 1970er Jahren noch um wenige Prozentpunkte an und fiel dann erneut auf knapp unter 20 Prozent. Der Anteil der in einem Studentenwohnheim lebenden deutschen Studierenden bewegte sich in der gesamten Periode um die fünf Prozent.¹⁴⁴ Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt waren die Anteile der in eigener Wohnung und in einer Wohngemeinschaft lebenden Studierenden in Hamburg deutlich höher, die Wohnformen Untermiete und Wohnheim ebenso deutlich geringer ausgeprägt. Geschlechtsspezifisch zeigt sich vor allem der Unterschied, dass männliche Studierende wesentlich häufiger als ihre Kommilitoninnen bei den Eltern lebten und deutlich seltener in einer eigenen Wohnung. Auch zeigen die Erhebungen, dass die Wohnformen mit dem Alter und dem Familienstand der Studierenden korrelieren. Die Studierenden wohnen zunächst im jüngeren Alter noch häufiger bei den Eltern und in einem Studierendenwohnheim, wechseln dann in einem erheblichen Umfang in eine Wohngemeinschaft, um danach mit zunehmenden Alter und dem Eingehen einer festen Partnerschaft oder einer Ehe eine eigene Wohnung zu beziehen.

Die Betrachtung der sozialen Herkunft der Studierenden in dieser Periode wird zunehmend dadurch erschwert, dass dafür relevante Daten in der amtlichen Statistik teils nur bis Mitte der

¹⁴³ Die im Folgenden genannten Zahlen für Hamburg befinden sich in: Sozialerhebung 1963 (wie Anm. 126), S. 87; Sozialerhebung 1967 (wie Anm. 3), S. 185; Gerhard Kath in Zusammenarbeit mit Georg Heidenreich, Christoph Oehler, Kurt Otterbacher, Horst Schellhas und Walter Spruck: Das soziale Bild der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1973. Frankfurt am Main 1974, S. 185 [Sozialerhebung 1973]; Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 11 f., 31; Gerhard Kath in Zusammenarbeit mit Jörg M. Chemnetius, Christian Francke-Weltmann, Georg Heidenreich, Günter Kerzel, Andreas Küpper, Kurt Möbius und Wolfgang Wirsing: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 9. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1979 (Schriftenreihe Hochschule Bd. 34). Frankfurt am Main 1980, S. 194 [Sozialerhebung 1979]; Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1982. Bearbeitet von Klaus Schnitzer, Wolfgang Isserstedt, Renate Narten in Zusammenarbeit mit Lothar Birk, Annegret Bolte, Joachim Gutmann und Waldemar Krönig. Bonn 1983, S. 95 [Sozialerhebung 1982]; Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 19 f.; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 26-28, 56.

¹⁴⁴ Zur Wohnsituation der Hamburger Studierenden am Ende der 1970er Jahre siehe die facettenreiche Darstellung in Oberbeck/Wolfram-Seifert 1980/81 (wie Anm. 14), Teil 2 in: uni hh 11 (1980), Nr. 2, S. 6-10; zur Entwicklung der Wohnheimkapazität in Hamburg siehe auch Jendrowiak 1994 (wie Anm. 79), S. 89-94.

1960er Jahre (Beruf des Vaters) oder gar nicht mehr (Beschäftigungsstand, Schul- und Berufsabschluss der Eltern) veröffentlicht wurden. In den drei Hamburger Sonderauswertungen der Sozialerhebung aus den drei Jahrzehnten wurden dagegen unterschiedliche, untereinander kaum vergleichbare Aufbereitungsarten gewählt. Mit diesen Einschränkungen ergibt sich letztlich eine Entwicklung der Sozialstruktur, die folgende Merkmale aufweist (siehe hierzu Abb. 4, S. 12): Die Tendenz, dass die Studierenden zunehmend aus einer oberen Schicht der Gesellschaft stammen, setzte sich fort.¹⁴⁵ Nachdem ihr Anteil im letzten Semester der vorangegangenen Periode (WS 1959/60) bereits 51,7 Prozent betragen hatte, stieg er innerhalb eines Jahres auf 53,5 Prozent im WS 1960/61 und weiter bis auf 56,5 Prozent im Jahr 1976 an.¹⁴⁶ Auch die Dominanz der Rekrutierung aus bestimmten Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer, Juristen, höhere Beamte) blieb unverändert. Ebenso wuchs auch der Anteil der Studierenden aus der unteren Schicht. Betrug dieser Anteil im WS 1959/60 noch 14,2 Prozent, stieg er innerhalb eines Jahres auf 19,8 Prozent im WS 1960/61 und dann kontinuierlich weiter auf 27,0 Prozent im Jahr 1976, speziell bei den Studierenden aus Arbeiterfamilien von 4,6 auf 8,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der mittleren Schicht von 26,7 Prozent auf 16,5 Prozent. Insofern ist es zu einer sozialen Öffnung innerhalb der Studierendenschaft in der Universität gekommen – allerdings in einem begrenzten Ausmaß. Tatsächlich fand eine soziale Spreizung der Studierenden zu Lasten der mittleren Schicht statt. Ungebrochen blieb die Erscheinung, dass der Anteil der weiblichen Studierenden aus der oberen Schicht weiterhin rund zehn Prozentpunkte über dem der männlichen Studierenden liegt, ihr Anteil bei der unteren Schicht dagegen um fünf bis sieben Prozentpunkte unter dem der Männer. Ebenso unverändert blieb die Entwicklung, dass der Anteil der Studierenden aus Akademikerfamilien stetig anwuchs, von 33,5 Prozent im WS 1960/61 auf 46,7 Prozent im Jahr 1976. Alle Zahlen belegen, dass die spezifischen Merkmale und die Entwicklungsrichtung in der Sozialstruktur der Studierendenschaft in Hamburg deutlich stärker ausgeprägt waren als im bundesdeutschen Durchschnitt.¹⁴⁷

In der Sozialerhebung wurde ab 1982 eine Neudefinition der sozialen Herkunft vorgenommen und die Studierenden auf der Basis der Berufe sowie des höchsten schulischen und beruflichen Ausbildungsabschlusses der Eltern in vier Gruppen (hohe, gehobene, mittlere, niedrige) statt wie zuvor in drei geteilt.¹⁴⁸ Damit entspricht die frühere „obere Schicht“ im Wesentlichen der hohen und gehobenen Gruppe, und Teile der früheren „unteren Schicht“ wurden jetzt der mittleren Gruppe zugeordnet. Somit betrug unter den Studierenden der Universität Hamburg der Anteil der hohen und gehobenen Gruppe 1985 28 und 27 Prozent, 1991 28,3 und 31,2 Prozent, bewegte sich also auf dem Niveau, welches bereits für 1976 festgestellt wurde. Der Anteil der niedrigen Gruppe stagnierte bei 13 Prozent.¹⁴⁹ Für die gesamte Periode gilt, dass der Anteil der Studierenden aus der oberen Schicht bzw. hohen Gruppe immer deutlich um drei bis fünf Prozentpunkte über und der Anteil der unteren Schicht bzw. niedrigen Gruppe um drei bis fünf Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt lag. Deutliche Unterschiede in der sozialen Herkunft der Studierenden traten zwischen der Universität und der Fachhochschule auf: Unter den FH-Studierenden war 1985 der Anteil insbesondere der hohen Gruppe wesentlich geringer (zehn gegenüber 28 Prozent) und der Anteil der niedrigen Gruppe (26 gegenüber 13 Prozent) wesentlich höher, für 1991 lassen die Daten keine Differenzierung zu.

¹⁴⁵ Zur Definition der drei Gesellschaftsschichten siehe oben Kapitel 2, S. 10-11.

¹⁴⁶ Quelle für diese und die folgenden Zahlen: Statistische Berichte (wie Anm. 20), 1961, Nr. 4 vom 12. Juni 1961, und 1966, Nr. 5 vom 3. Juni 1964; Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 8, 27-29.

¹⁴⁷ Zur Entwicklung in der Bundesrepublik siehe insbesondere Jaraus 1984 (wie Anm. 7), S. 234, 242, sowie die bundesweiten Sozialerhebungen dieses Zeitraums.

¹⁴⁸ Zur Definition der vier Gruppen siehe Sozialerhebung 1982 (wie Anm. 143), S. 31-34, und Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 6.

¹⁴⁹ Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 6; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 10 f.

Die Frage nach dem Beschäftigungsstand der Eltern (aktiv erwerbstätig, Rentner, Hausfrau etc.), welcher für die Finanzierungskraft der Eltern von Bedeutung ist, wurde in der amtlichen Statistik nicht gestellt, dagegen aber in den Sozialerhebungen. Auf Hamburg bezogene Daten existieren aber nur für die beiden Erhebungen von 1976 und 1991. Gegenüber den 1950er Jahren sind bei den Vätern nur leichte, bei den Müttern stärkere Verschiebungen eingetreten.¹⁵⁰ Bei den Vätern lag der Anteil der ganz oder teilweise Erwerbstätigen 1976 relativ unverändert bei 60,3 Prozent, der Anteil der Rentner oder Pensionäre war um neun Prozentpunkte deutlich auf 20,9 Prozent gestiegen, der Anteil der Verstorbenen um über vier Prozentpunkte auf 16,0 Prozent gefallen. Bei den Müttern war insbesondere der Anteil der voll Erwerbstätigen auf 17,2 Prozent und der teilweise Erwerbstätigen auf 15,9 Prozent gestiegen. Mit 48,9 Prozent war jetzt weniger als die Hälfte der Mütter als Hausfrau nicht erwerbstätig, in den 1950er Jahren waren es noch Dreiviertel der Mütter gewesen. Bis 1991 nahm der Anteil der erwerbstätigen Väter und Mütter weiter zu. Er betrug jetzt 69,3 Prozent bei den Vätern und 24,0 Prozent (voll erwerbstätig) bzw. 25,2 Prozent (teilweise erwerbstätig) bei den Müttern. Auch der Anteil der Rentner und Pensionäre sowie der Verstorbenen ging um drei bis fünf Prozentpunkte deutlich zurück.¹⁵¹ Diese Entwicklung lässt den Schluss zu, dass sich das Haushaltseinkommen der Eltern im Laufe der Zeit spürbar erhöhte, was aber nicht gleichgesetzt werden darf mit einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Studierenden.¹⁵²

Auch in dieser Periode bildete die Finanzierung des Studiums aus privaten Mitteln die dominierende Finanzierungsquelle, auch wenn sie in den 1960er Jahren zunächst leicht auf Werte zwischen 75 und 72 Prozent zurückging.¹⁵³ Bei den verschiedenen Arten der privaten Mittel war die Finanzierung durch die Eltern die wichtigste Art: Für nahezu 55 Prozent der Studierenden bildete sie die überwiegende Finanzierungsquelle. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ging dieser Anteil auf rund 51 Prozent im WS 1969/70 zurück. In den beiden Jahren danach fiel der Anteil auf 43 Prozent, während gleichzeitig die Finanzierung durch Stipendien und Darlehen nach dem Honnefer Modell von rund 15 Prozent auf knapp 19 Prozent im WS 1969/70 anstieg. Mit der Einführung der BAföG-Förderung zum WS 1971/72 sprang der Anteil abrupt auf 24,1 Prozent. Die zweitwichtigste Finanzierungsquelle im Bereich der privaten Mittel stellte in den 1960er Jahren die eigene Erwerbstätigkeit dar. Sie war für 13 bis 15 Prozent der Studierenden die überwiegende Finanzierungsquelle, ging aber mit der wachsenden Bedeutung des Honnefer Modells Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre auf etwas unter 13 Prozent zurück. Unter den privaten Mitteln nahm auch die Bedeutung der Finanzierung durch den Ehepartner zu, sie stieg von anfänglich 1,5 Prozent auf rund 6 Prozent; auch eigene Ersparnisse und Vermögen wurden wichtiger mit einem Anstieg von etwa 1,5 auf 3,5 Prozent. Unter den öffentlichen Mitteln reduzierte sich die Bedeutung vor allem der verschiedenen Rentenarten. Nach einem leichten Anstieg in der ersten Hälfte der 1960er Jahre von 8,7 auf einen Spitzenwert von 10,6 Prozent im WS 1964/65 fiel ihr Anteil sehr schnell auf 2,0 Prozent im WS 1971/72.

Für die 1970er und 1980er Jahre stehen nur Daten aus den Hamburger Sonderauswertungen der drei Sozialerhebungen 1976, 1985 und 1991 zur Verfügung. Diese verwendeten aber ein anderes Erhebungskriterium und modifizierten dieses zudem noch, was eine direkte

¹⁵⁰ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 8, 29.

¹⁵¹ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 64.

¹⁵² Dies wird eindrücklich untermauert in der Untersuchung von Oberbeck/Wolfram-Seifert 1980/81 (wie Anm. 14), Teil 4 in: uni hh 11 (1980), Nr. 4, S. 5-10, hier S. 7 f., in der nachgewiesen wird, dass die Studierenden aus Elternhäusern mit einem geringen Einkommen auf Grund der kompensatorischen Förderung durch BAföG finanziell besser gestellt sind als Studierende aus Elternhäusern mit einem höheren Einkommen, die allein durch ihre Eltern finanziert werden.

¹⁵³ In der amtlichen Statistik wurden diesbezügliche Daten, die die überwiegende Finanzierungsquelle abbildeten, bis Anfang der 1970er Jahre in den Statistischen Berichten der FHH veröffentlicht.

Vergleichbarkeit mit den Daten der 1960er Jahre und der vorangegangenen Periode nicht gestattet. In der Sozialerhebung 1976 wurde nach der vorwiegenden Finanzierungsart (> 80 Prozent) gefragt.¹⁵⁴ Dies war bei 24,5 Prozent der Studierenden die Finanzierung durch die Eltern, bei 12,2 Prozent durch eigene Erwerbstätigkeit und bei 11,0 Prozent durch öffentliche Mittel. Da aber diese drei Finanzierungsquellen in vielen Fällen erst zusammen mit einer weiteren Finanzierungsquelle die 80-Prozent-Schwelle erreichte, ergibt sich die Aussage, dass die Eltern als wichtigste Finanzierungsquelle insgesamt bei 56,1 Prozent der Studierenden beteiligt waren. Die eigene Erwerbstätigkeit stand bei insgesamt 39,6 Prozent der Studierenden an erster oder zweiter Stelle, öffentliche Mittel waren bei insgesamt 32,1 Prozent der Studierenden an erster oder zweiter Stelle beteiligt. Allein 30,6 Prozent der Studierenden wurden 1976 durch BAföG ganz oder teilweise gefördert. 1985 und 1991 änderte sich die Fragestellung insofern, als jetzt nicht mehr nach der vorwiegenden, sondern nur generell nach der Beteiligung an der Finanzierung gefragt wurde. Zudem wurden die Studierenden in verschiedene Gruppen kategorisiert und nur die „Normalstudenten“ – etwa 60 Prozent aller Studierenden – berücksichtigt, die nicht bei den Eltern wohnten, ledig waren und sich im Erststudium befanden.¹⁵⁵ In dieser Gruppe waren die Eltern 1985 (in Klammern die Zahlen für 1991) bei 73 (66,7) Prozent der Studierenden an der Finanzierung beteiligt, die eigene Erwerbstätigkeit bei 64 (76,1) Prozent und öffentliche Mittel bei 31 (38,9) Prozent. BAföG erhielten 1985 nur noch 26 Prozent der Studierenden, nach einer Reform wuchs der Anteil auf 33,3 Prozent im Jahr 1991. In konkreten Zahlen bedeutete dies auf der Einnahmenseite der Studierenden, dass sie 1985 über durchschnittlich 967 DM und 1991 über durchschnittlich 1.294 DM verfügten, für 1976 gibt es keine Zahlen.¹⁵⁶ Damit verfügten die Hamburger Studierenden pro Monat über 75 DM bzw. 148 DM mehr als die Studierenden im Bundesdurchschnitt. Zugleich konnten die Hamburger männlichen Studierenden in den beiden Erhebungsjahren 68 DM (1985) bzw. 114 DM (1991) mehr als ihre Kommilitoninnen ausgeben. Hinsichtlich der Finanzierungsquellen trugen die Eltern durchschnittlich 512 DM (1985) bzw. 563 DM (1991), BAföG 557 DM (1985) bzw. 670 DM (1991) und die eigene Erwerbstätigkeit 436 DM (1985) bzw. 690 DM (1991) bei, jeweils berechnet auf die Menge der Studierenden, auf die die Finanzierungsquelle zutraf. Auch hier zeigt sich der geschlechtsspezifische Unterschied, dass die Studentinnen einen deutlich höheren Unterstützungsbeitrag von den Eltern und auch mehr BAföG erhielten, jedoch eine deutlich geringere Summe durch eigene Erwerbstätigkeit verdienten. Bei aller Vorsicht wegen der nicht direkten Vergleichbarkeit deuten die Zahlen an, dass nach 1976 die Bedeutung der Finanzierung durch Eltern und eigene Erwerbstätigkeit zunahm, während die Bedeutung der Finanzierung durch die öffentliche Hand zurückging. Die wachsende Bedeutung eigener Erwerbstätigkeit manifestiert sich auch im steigenden Anteil der Studierenden, die überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Während der Vorlesungszeit arbeiteten 1976 48,7 Prozent, 1985 waren es bereits 58 Prozent und 1991 sogar 66,7 Prozent der Studierenden. In der vorlesungsfreien Zeit differierten die Anteile nur geringfügig, so waren in der vorlesungsfreien Zeit vor dem SS 1976 51,2 Prozent, vor dem SS 1985 56 Prozent und vor dem SS 1991 63,6 Prozent der Studierenden erwerbstätig.¹⁵⁷ Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt waren die Hamburger Studierenden in einem Umfang von

¹⁵⁴ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 15 f., 33-36.

¹⁵⁵ Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 7-10; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 15-17, 58.

¹⁵⁶ Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 8-10; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 12-15, 58.

¹⁵⁷ Sozialerhebung HH 1976 (wie Anm. 24), S. 16 f., 36 f.; Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 16-18; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 21 f., 60 f. Gefragt wurde in den Sozialerhebungen nach der Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit des jeweiligen Sommersemesters und während der davor liegenden vorlesungsfreien Zeit (Frühjahrsferien). Erfahrungen zeigen, dass in der vorlesungsfreien Zeit nach dem Sommersemester (Sommerferien) noch deutlich mehr Studierende erwerbstätig sind. Weitere Angaben wie etwa nach dem wöchentlichen Zeitaufwand für die Erwerbstätigkeit wurden leider nicht systematisch erfasst.

bis zu 10 Prozentpunkten häufiger erwerbstätig, wobei der Abstand in diesem Zeitraum allerdings etwas schrumpfte.

Hinsichtlich der Finanzierungsquellen zeigen sich deutliche Zusammenhänge mit der sozialen Herkunft sowie auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede. Die überwiegende Finanzierung durch die Eltern war besonders stark bei der hohen sozialen Herkunftsgruppe ausgeprägt, die Finanzierung durch öffentliche Mittel, insbesondere durch das Honnefer Modell und dann durch das BAföG, bei der niedrigen Herkunftsgruppe. Die Finanzierung durch eigene Erwerbstätigkeit erfolgte in einem besonders starken Umfang bei den Studierenden aus der gehobenen Herkunftsgruppe. Die Lage dieser Gruppe wurde dadurch gekennzeichnet, dass die Studierenden wegen der relativ niedrigen Verdienstgrenzen für die Eltern nicht mehr in den Genuss einer Förderung durch BAföG kamen, ihre Eltern aber auch nicht regelhaft in der Lage waren, größere finanzielle Beiträge zu leisten.

Geschlechtsspezifisch ist auffällig, dass Studentinnen in einem beträchtlichen Ausmaß, um sechs bis acht Prozentpunkte häufiger, durch ihre Eltern finanziert wurden als männliche Studierende, sie aber gleichzeitig in einem spürbaren Ausmaß, um fünf bis sieben Prozentpunkte, weniger durch eigene Erwerbstätigkeit zur Finanzierung ihres Studiums beitrugen. Allerdings scheinen beide Unterschiede seit Ende der 1960er Jahre geringer zu werden. Als weiterer geschlechtsspezifischer Unterschied lässt sich festhalten, dass verheiratete Studentinnen seltener durch ihren Ehepartner finanziert wurden, als umgekehrt Ehefrauen finanziell zum Studium ihrer Ehemänner beitrugen.

Daten über die monatlichen Ausgaben der Studierenden wurden in der amtlichen Statistik ebenfalls nicht erhoben, sondern sind nur in den Sozialerhebungen zu finden. Die Vergleichbarkeit und die Interpretation der Ausgaben werden dadurch erheblich erschwert, dass die Studierenden auch hinsichtlich ihrer Ausgaben sehr stark heterogene Merkmale aufweisen. Es bestehen sehr große Unterschiede etwa zwischen Studierenden, die unentgeltlich bei den Eltern wohnen, und Studierenden, die für eine Wohnung Miete zahlen müssen, oder aber zwischen Studierenden, die ein eigenes Auto besitzen, und Studierenden, die den öffentlichen Nahverkehr benutzen. Weiter wurden in der Regel nur regelmäßige und keine einmaligen Ausgaben erfasst, und auch die unterschiedlichen Gebühren und Ausgaben für das Studium wurden meistens nicht berücksichtigt. Durchschnittswerte besitzen also eine eingeschränkte Aussagekraft. Dieses Dilemma wird insofern zu verringern versucht, indem nur die Teilgruppe der „Normalstudierenden“ betrachtet wird. Trotz dieser Einschränkungen zeichnen sich aber einige Grundstrukturen und auch Besonderheiten ab.¹⁵⁸ Bei den regelmäßigen monatlichen Ausgaben ergibt sich das Bild, dass die Studierenden 1985 durchschnittlich 943 DM und 1991 1.228 DM verbrauchten. Die größten Ausgabenblöcke bildeten die Miete mit rund einem Drittel der Gesamtausgaben, die Ernährung mit über 20 Prozent und die Fahrtkosten mit rund zehn Prozent. Bei den Ausgaben gab es den wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschied, dass die männlichen Studierenden beträchtlich höhere Fahrtkosten hatten, weil sie überproportional häufig ein eigenes Auto benutzten. Zu den regelmäßigen Ausgaben kamen noch außerordentliche Ausgaben wie für Wohnungseinrichtung, Urlaub, Exkursionen und teure Lernmittel hinzu, die einen jährlichen Umfang von bis zu 2.000 DM einnahmen. Dieses Geld wurde ganz überwiegend durch die eigene Erwerbstätigkeit verdient. Die Frage nach der Auskömmlichkeit der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel wurde 1985 noch von 68 Prozent der Studierenden, 1991 dagegen nur noch von 58 Prozent bejaht.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verfügten die Hamburger Studierenden also über deutlich höhere Finanzmittel, insbesondere auch von den Eltern bereitgestellt und durch eigene Erwerbstätigkeit erwirtschaftet, und gaben zugleich auch deutlich mehr Geld aus. Hier

¹⁵⁸ Sozialerhebung HH 1985 (wie Anm. 24), S. 10-12; Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 18 f., 58 f.

spielten vor allem die höheren Mieten eine wesentliche Rolle. Die Auskömmlichkeit der Finanzmittel wurde in Hamburg durchweg schlechter eingeschätzt.

6. Zwischen Auseinanderdriften und Nivellierung: Studierende in Hamburg seit 1990

Die umfassende Umgestaltung des Hamburger Hochschulsystems mit der Universität als seinem größten Teilelement in den drei Jahrzehnten seit 1990 fand in einem Umfeld vielfältiger, sich mehrfach ändernder äußerer Rahmenbedingungen statt. Der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einsetzende und zu Beginn der 2010er Jahre endende neoliberale Ansatz der Hamburger Hochschulpolitik schuf neue Organisationsstrukturen, beseitigte weitgehend die durch Gremien gekennzeichnete Selbstverwaltungsstruktur, setzte drastische Sparmaßnahmen durch, knüpfte das Budget an Leistungskriterien und führte Studiengebühren ein. Im Bereich von Studium und Lehre war das zentrale Element die Einführung des Bachelor-/Mastersystems in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre. Daneben kamen die Hamburger Hochschulen und insbesondere auch die Universität in den Genuss von verschiedenen Programmen auf Bundesebene, die viele finanzielle Defizite kompensierten. Hierzu zählten u. a. die Hochschulsonderprogramme I bis III, der Hochschulpakt 2020, der Qualitätspakt Lehre und die Exzellenz-Initiative. Nahezu alle Maßnahmen griffen tief in das innere Gefüge der Hochschulen ein und übten einen erheblichen direkten Einfluss auf Studium und Lehre aus. Damit steht die Frage im Raum, ob überhaupt und falls ja, in welcher Weise und in welchem Umfang sich diese Änderungsprozesse auf die Studierenden ausgewirkt haben. Ist es zu gravierenden demographischen und sozialen Wandlungen gekommen? Wie hat sich die finanzielle Situation der Studierenden verändert? Hat sich der begrenzte soziale Öffnungsprozess weiter fortgesetzt oder hat der elitäre Exzellenz-Gedanke zu einer gewissen Abschottung geführt und bestätigt damit die Feststellung, die die Geschäftsführerin des Hamburger Studierendenwerks Dr. Ulrike Pfannes in ihrem Vorwort zur Hamburger Sonderauswertung 2000 getroffen hat und die auch in den folgenden Sozialerhebungen im Grundsatz wiederholt wurde: „Sie [die Ergebnisse zur Bildungsbeteiligung und zur sozialen Zusammensetzung] zeigen, dass der gleichberechtigte Zugang zum Studium unabhängig vom Einkommen und Bildungstradition der Eltern ein immer noch unerreichtes Ziel ist. [...] Jeder muss die Möglichkeit erhalten, studieren zu können, unabhängig vom Einkommen der Eltern.“¹⁵⁹

Die zur Beantwortung dieser Fragen erforderliche statistische Quellengrundlage hat sich gegenüber früheren Perioden verschlechtert, zumindest aber eingeeengt. In der amtlichen Statistik wurden in den drei Jahrzehnten praktisch keine Daten mehr erhoben, die Aussagen zur Sozialstruktur der Studierenden in Hamburg erlauben. Stattdessen stehen aber die auf Hamburg bezogenen umfangreichen Sonderauswertungen und Grundauszählungen der alle drei Jahre durchgeführten Sozialerhebung des Studentenwerks bereit. Hier zeigen sich aber verstärkt methodisch bedingte Einschränkungen. Zum einen war bei einigen Erhebungen die Teilnahmequote der an der Befragung mitwirkenden Studierenden äußerst gering, zum anderen wurden im Regelfall die Daten aller Hochschulen zusammengefasst bzw. nur zwischen wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten) und Fachhochschulen differenziert. Lediglich die zahlreichen privaten Fernhochschulen wurden nicht berücksichtigt. Insofern können Aussagen, die sich allein auf die Studierenden der Universität Hamburg oder auf eine andere Hochschule beziehen, nur bei wenigen Aspekten getroffen werden. Andererseits umfassen die Studierenden der Universität zu Beginn dieser Periode, im WS 1990/91, 66 Prozent aller Studierenden an allen staatlichen Hochschulen bzw. 92 Prozent an den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten) in Hamburg. Gegen Ende der

¹⁵⁹ Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahr 2000. Sonderauswertung der 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (DSW) im Sommersemester 2000. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 2001, S. 3 [Sozialerhebung HH 2000].

Periode, zum WS 2018/19, waren es immer noch 59,1 bzw. 77,8 Prozent.¹⁶⁰ Auch wenn es in der Vergangenheit in einigen Aspekten deutliche Unterschiede zwischen Studierenden der Universität einerseits und Studierenden der Fachhochschule (jetzt Hochschule für Angewandte Wissenschaften [HAW]), und der Technischen Universität Hamburg-Harburg (jetzt Technische Universität Hamburg) andererseits gab, kann davon ausgegangen werden, dass die auf die Gesamtheit aller Hochschulen bezogenen Aussagen im Wesentlichen auch auf die Studierenden der Universität Hamburg zutreffen.

Zu Beginn der drei betrachteten Jahrzehnte im WS 1990/91 lag die Zahl der Studierenden an der Universität Hamburg bei 42.000, stieg noch leicht auf die höchste jemals erreichte Studierendenzahl von 44.204 Studierenden im WS 1993/94¹⁶¹ an und fiel dann seit Mitte der 1990er Jahre als Folge der umfangreichen Stelleneinsparungen und damit verbundenen Reduzierung der Aufnahmekapazität auf 38.330 im WS 1999/2000 ab. Der Rückgang setzte sich in kleinen Schritten und mit Schwankungen weiter fort, im WS 2008/09 wurde das Minimum von 36.109 Studierenden erreicht – dies auch als Folge der Einführung von Langzeitstudiengebühren bzw. allgemeinen Studiengebühren. Der Rückgang wäre noch wesentlich stärker, wenn der Numerus clausus nicht durch kaum steuerbare Überbuchungen der Zulassungskapazität in einzelnen Studiengängen und durch zahllose Einklagverfahren ausgehebelt worden wäre. Insbesondere aber wirkte sich bremsend auf den Rückgang aus, dass 2005 die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) mit rund 2.800 Studierenden in die Universität inkorporiert wurde. Nach dem WS 2008/09 setzte ein erneutes stetiges Wachstum in kleinen Schritten um jährlich etwa 500 Studierende ein vor allem als Folge der im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 geschaffenen zusätzlichen Studienplätze. Gegen Ende der Periode, zum WS 2019/20 zählte die Universität wieder 43.506 Studierende und lag damit nur noch knapp unter dem Allzeit-Maximum vom WS 1993/94 (siehe hierzu Abb. 7, S. 34).

Zum Wachstum der Universität - und dies trifft auch auf die anderen Hochschulen in Hamburg zu - trugen vor allem Frauen bei, was sich im kontinuierlichen Anstieg ihres Anteils an den Studierenden ausdrückte. In der Universität Hamburg lag ihr Anteil im WS 1990/91 bei 45,4 Prozent, im WS 1999/2000 wurde mit 50,4 Prozent zum ersten Mal die 50-Prozent-Marke überschritten. Nur fünf Jahre später wurde im WS 2004/05 ein Anteil von 56,0 Prozent und im WS 2008/09 der bisher höchste Wert von 57,3 Prozent erreicht. Seitdem schwankt der Anteil zwischen 55 und 57 Prozent.

Der bereits in der vorangegangenen Periode zu beobachtende Anstieg des Durchschnittsalters der Studierenden setzte sich in den 1990er Jahren verstärkt fort. Ausgehend von 25,8 Jahren in 1991 erreichte es bereits 1997 das Maximum von 27,3 Jahren, schwankte dann zwischen 26 und 27 Jahren, bis es 2009 unter 26 Jahre fiel und 2013 einen Wert von 25,4 Jahren erreichte, allerdings stieg es bis 2016 wieder auf 25,7 Jahre an (siehe hierzu Abb. 2, S. 7). Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man lediglich die Alterskohorte der über 26-jährigen Studierenden betrachtet. 1991 lag deren Anteil bei 46,1 Prozent, stieg dann über 54,3 Prozent (1994) auf 57,9 Prozent (1997) und fiel danach über 49,4 Prozent (2000) und 50,6 Prozent (2003) auf 43,6 Prozent im Jahr 2006. Ihr Anteil ging weiter zurück auf 40,8 Prozent (2009) und 36,9 Prozent (2013), danach setzte ein erneuter Anstieg auf 42 Prozent im Jahr 2016

¹⁶⁰ Zahlen aus Statistisches Jahrbuch Hamburg 2020/21, abrufbar unter <https://www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/statistische-jahrbuecher>. Die Studierenden der Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr in Hamburg bleiben hier wegen ihres spezifischen Status unberücksichtigt.

¹⁶¹ Zahlen aus 100 Jahre Hochschulstatistische Daten 2019 (wie Anm. 26). Die Studierendenzahlen sind immer ohne beurlaubte Studierende. Bei deren Berücksichtigung betrug das Maximum sogar 46.375 Studierende.

ein.¹⁶² Soweit geschlechtsspezifische Daten bekannt sind, zeigen diese, dass das Durchschnittsalter der männlichen Studierenden um ein bis fast zwei Jahre über dem der weiblichen Studierenden lag. Lediglich bei der letzten Erhebung im Jahr 2016 waren die Frauen 0,2 Jahre älter als die Männer. Zugleich befand es sich in der Regel um ein vergleichbares Ausmaß über dem Bundesdurchschnitt. Die Gründe für dieses höhere Alter der Hamburger Studierenden sind mannigfaltig: höheres Alter bei Studienbeginn infolge eines größeren Anteils von Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung, mehr Studierende mit Kindern, mehr Studierende im Promotionsstudium und im Zweitstudium, mehr Studienfachwechsler, mehr Studienunterbrechungen, mehr Langzeitstudierende begünstigt durch die immanenten Schwächen des traditionellen Studiensystems mit seinen Magister- und Diplomabschlüssen, höhere Erwerbstätigkeit.¹⁶³ Der nach 2006 einsetzende langsame Rückgang des Durchschnittsalters ist eine Folge der Einführung des Bachelor-/Mastersystems mit einer insgesamt kürzeren Verweildauer, der verkürzten Schulzeit und vor allem auch der 2004 erfolgten Einführung der Langzeitstudiengebühren und dann der allgemeinen Studiengebühren. Vor allem letztere Maßnahme führte zu einer erheblichen Abnahme von Studierenden mit hoher Semesterzahl, von denen etliche zumindest nach einer verbreiteten Vermutung wohl nicht mehr studierten, sondern den Studierendenstatus lediglich wegen der damit verbundenen Vergünstigungen wie das Semester-Ticket für den ÖPNV („HVV-Studenten“) aufrechterhalten haben dürften.

1991 wurde mit 7,3 Prozent ein Tiefstand des Anteils der verheirateten Studierenden für den gesamten Zeitraum nach 1945 konstatiert. Dieser Anteil erhöhte sich wieder auf Werte zwischen acht und zehn Prozent, um dann ab 2006 erneut zu fallen und sich auf Werte etwas über sieben Prozent zu stabilisieren; in der letzten Sozialerhebung 2016 waren es 7,6 Prozent.¹⁶⁴ Im Gegensatz zu der Zeit unmittelbar nach dem „Dritten Reich“ und in den 1950er Jahren waren jetzt aber um gut zwei Prozentpunkte mehr Studentinnen als Studenten verheiratet. Der Anteil der Studierenden, die zwar ledig waren, aber in einer festen Partnerschaft lebten, stieg von 26,1 Prozent in 1991 innerhalb sehr kurzer Zeit auf Werte um die 50 Prozent; auch in dieser Gruppe waren weibliche Studierende um bis zu zehn Prozentpunkte stärker vertreten als ihre männlichen Kommilitonen. Der Anteil der ledigen, ohne feste Partnerschaftsbeziehungen lebenden Studierenden fiel entsprechend von 65,2

¹⁶² Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 9, 62; Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1994. Sonderauswertung der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (DSW) im Sommersemester 1994. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 1995, S. 6, 53 [Sozialerhebung HH 1994]; Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1997. Sonderauswertung der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (DSW) im Sommersemester 1997. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 1998, S. 5, 56 [Sozialerhebung HH 1997]; Sozialerhebung HH 2000 (wie Anm. 159), S. 5; Studentische Lebenswelt 2003. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Hamburg. Hg. vom Studentenwerk Hamburg. Hamburg 2004, S. 11 f., 30 (Grundauszählung) [Sozialerhebung HH 2003]; Studentische Lebenswelt 2006. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Hamburg. Hg. vom Studierendenwerk Hamburg. Hamburg 2007, S. 11 f., 31 (Grundauszählung) [Sozialerhebung HH 2006]; Studentische Lebenswelt. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Hamburg. Hamburger Sonderauswertung der 19. Sozialerhebung 2009. Hg. vom Studierendenwerk Hamburg. Hamburg 2010, S. 11 f., 28 (Grundauszählung) [Sozialerhebung HH 2009]; Sozialerhebung 2013. So leben Studierende in Hamburg. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Hamburg 2013. Hg. vom Studierendenwerk Hamburg. Hamburg [2014], S. 21 f., 39 (Grundauszählung) [Sozialerhebung HH 2013]; Hendrik Schirmer: So leben Studierende in Hamburg. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Hamburg 2016. Hamburg [2018], S. 19 f., hier S. 20 (Grundauszählung) [Sozialerhebung HH 2016]. Bei einigen Hamburger Sonderauswertungen gibt es leichte Differenzen in den Zahlenangaben zwischen der Textversion und der reinen Tabellenversion (Grundauszählung), diese sind aber für die hier getroffenen Feststellungen unerheblich.

¹⁶³ Sozialerhebung HH 2006 (wie Anm. 162), S. 11 f.; Sozialerhebung HH 2009 (wie Anm. 162), S. 12.

¹⁶⁴ Siehe hierzu die einschlägigen Zahlen in den in Anm. 162 aufgeführten Hamburger Sonderauswertungen der Sozialerhebungen.

Prozent in 1991 ebenso schnell auf Werte um die 40 Prozent. Der Anteil der verwitweten oder geschiedenen Studierenden wurde ab Anfang der 2000er Jahre nicht mehr erfasst, nachdem er bis dahin etwas über ein Prozent betragen hatte. Von den Studierenden hatten in dieser Periode zwischen acht und neun Prozent ein oder mehrere Kinder zu betreuen mit einer leicht zurückgehenden Tendenz in den letzten zehn Jahren.

Die Hamburger Studierenden waren im Vergleich zum Bundesdurchschnitt um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger verheiratet und hatten ebenfalls um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger eigene Kinder. Erklärt werden kann dieser Unterschied mit dem deutlich höheren Durchschnittsalter. Allerdings kann in den letzten gut zehn Jahren eine Tendenz zur Angleichung der Hamburger und der bundesdeutschen Werte beobachtet werden.

In den drei Jahrzehnten seit 1990 haben zwischen 85 und 90 Prozent aller Studierenden an den Hamburger Hochschulen ihr Studium mit dem Nachweis der allgemeinen oder der fachgebundenen Hochschulreife begonnen und zwischen sieben und 11 Prozent mit der Fachhochschulreife, wobei der Anteil der Studierenden mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife an den Universitäten immer um rund fünf Prozentpunkte höher war.¹⁶⁵ Immer noch auffällig ist der relativ hohe Anteil an Studierenden, die vor Aufnahme des Studiums eine Berufsausbildung absolviert oder eine Berufstätigkeit ausgeübt haben. Dieser Anteil lag zu Beginn der Periode 1991 bei 36,7 Prozent und verringerte sich langsam auf 25,2 Prozent im Jahr 2016.¹⁶⁶ Damit lag der Wert durchweg um mindestens fünf Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Charakteristisch für diese Gruppe ist zudem, dass in dem gesamten Zeitraum mehr als die Hälfte der betroffenen Studierenden die Berufsausbildung erst nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung begonnen hat. Auch dieser Umstand ist eine Erklärung dafür, dass die durchschnittliche Übergangszeit zwischen Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Aufnahme des Studiums anfänglich bei 20 Monaten (1991) und sogar bei 22,4 Monaten (1994) lag, dann aber langsam auf 18,0 Monate (2009) und in einem weiteren Sprung auf 14,0 Monate (2013) zurückging, für 2016 wurde keine Übergangszeit angegeben. Die Übergangszeiten der Hamburger Studierenden lagen damit deutlich um bis zu sechs Monaten über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings fand in den 2010er Jahren eine Angleichung statt. Nur zwischen 20 und 30 Prozent aller Studierenden nahmen sofort nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung das Studium auf. Während anfänglich Frauen schneller mit dem Studium begannen, hat sich dies zwischen 2000 und 2006 umgekehrt, inzwischen gibt es keinen signifikanten Unterschied mehr.

Die in den 1970er Jahren in den Sozialerhebungen begonnene Erfassung von Daten zu Studierenden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen wurde auch nach 1990 fortgeführt. 1991 gaben 3,6 bzw. 11,2 Prozent der Hamburger Studierenden an, von einer Behinderung betroffen zu sein bzw. an einer chronischen Krankheit zu leiden. Von diesen wiederum führten 11,0 Prozent eine psychische Erkrankung als Art der gesundheitlichen Beeinträchtigung an, fast drei Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. In den folgenden Jahren fiel der Anteil der Studierenden mit einer gesundheitlichen Behinderung von 3,6 Prozent in 1991 auf 1,5 Prozent in 2000, gleichzeitig stieg aber das Vorliegen einer chronischen Erkrankung von 11,2 Prozent (1991) auf 13,1 Prozent (2000), zusammen waren also fast 15 Prozent der Studierenden und damit um bis zu zwei Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt betroffen.¹⁶⁷ In den 2000er Jahren wurde die Differenzierung wieder

¹⁶⁵ In den Sozialerhebungen wurde ab 2000 nicht mehr nach den schulischen Formen bzw. nach dem Ersten oder Zweiten Bildungsweg differenziert, auf denen die Studierenden ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, sondern lediglich zwischen allgemeiner, fachgebundener und Fachhochschulreife bzw. sonstiger Form unterschieden.

¹⁶⁶ Siehe hierzu und zu den folgenden Zahlen die in Anm. 162 genannten Sozialerhebungen.

¹⁶⁷ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 44 f.; Sozialerhebung HH 2000 (wie Anm. 159), S. 5 f.

aufgegeben und stattdessen die Kategorie „gesundheitliche Beeinträchtigung“ geschaffen. Der Anteil der betroffenen Studierenden schwankte zwischen 18,9 Prozent (2006), 14,7 Prozent (2013) und 25 Prozent (2016) und lag nur noch geringfügig über dem Bundesdurchschnitt.¹⁶⁸ Noch wesentlich stärkeren Schwankungen war die Zahl derjenigen Studierenden ausgesetzt, die eine Beeinträchtigung ihres Studiums infolge gesundheitlicher Einschränkungen angaben. Gründe für die Schwankungen sind nicht erkennbar. Der Wert bewegte sich seit Anfang der 1990er Jahre zwischen 37 und 52 Prozent, 2016 fiel er wiederum auf 15 Prozent. Bei mehreren Erhebungen wurde auch nach der Art der gesundheitlichen Schädigung gefragt. Deren Werte variierten ebenfalls sehr stark. Auffällig ist aber der Anstieg von psychischen Erkrankungen. 1991 lag die Häufigkeit bei 11 Prozent, um dann in den 1990er Jahren auf 6,2 Prozent (1994) bzw. 7,1 Prozent (1997) zu fallen und anschließend wieder anzusteigen. 2006 führten 16,0 Prozent der gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden eine psychische Erkrankung an, 2013 waren es 36,5 Prozent und 2016 sogar 55 Prozent. Allerdings relativieren sich diese hohen Werte, weil in den beiden letzten Sozialerhebungen auch Mehrfachnennungen möglich waren. Soweit geschlechtsspezifische Daten vorliegen, gaben in der Regel mehr Frauen als Männer an, von einer psychischen Erkrankung betroffen zu sein. Auf bundesdeutscher Ebene zeigen sich vergleichbare Werte.

Nachdem in den 1970er und 1980er Jahren deutlich über 50 Prozent der Studierenden der Universität Hamburg ihre Hochschulzugangsberechtigung in Hamburg und weitere über 30 Prozent in den beiden benachbarten Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen erworben hatten, somit etwa zwei Drittel aller Studierenden aus dem durch den öffentlichen Nahverkehr erschlossenen lokalen und regionalen Einzugsbereich stammten, gingen diese Werte seit den 1990er Jahren leicht zurück. Die Anteile der Studierenden aus Hamburg lagen nur noch knapp über 50 Prozent, die Anteile aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein knapp unter 30 Prozent.¹⁶⁹ Am Ende des 2000er Jahrzehnts gingen die Anteile der Studierenden aus Hamburg deutlich auf Werte um 40 Prozent zurück, während die Anteile der Studierenden aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein relativ stabil blieben und sogar wieder leicht auf Werte knapp über 30 Prozent anstiegen (siehe hierzu Abb. 5, S. 27). Insgesamt aber schrumpfte der Anteil aus dem lokalen und regionalen Einzugsbereich auf geschätzte 50 bis 55 Prozent. Im Gegenzug nahm die Zahl der Studierenden aus den anderen Bundesländern deutlich zu: Von rund 18 bis 19 Prozent in den 1990er Jahren auf Werte um die 28 Prozent am Ende des ersten Jahrzehnts in den 2000er Jahren. Seitdem ist dieser Anteil sehr stabil geblieben. Zu erklären ist diese Entwicklung vor allem damit, dass seit Einführung des Bachelor-/Mastersystems 2005 eine größere Zahl von Studierenden aus anderen Bundesländern zum Masterstudium nach Hamburg wechselte. Ein Grund für die Anziehungskraft könnte das vergleichsweise breite und fachlich attraktive Studienangebot sein.

Die in der vorangegangenen Periode zu beobachtende tiefgreifende Veränderung in den Anteilen der verschiedenen Wohnformen setzte sich weiter fort, allerdings in einem kleineren Ausmaß und mit Schwankungen (siehe hierzu Abb. 6, S. 27).¹⁷⁰ Der Anteil der Studierenden,

¹⁶⁸ Sozialerhebung HH 2006 (wie Anm. 162), S. 70 f., 32 f. (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 28, 41 f. (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 28 f., 30 (Grundauszählung). Die erheblichen Schwankungen in Hamburg können auch auf statistische Gründe infolge der sehr geringen absoluten Fallzahl der betroffenen Studierenden in dem gesamten Sample zurückgeführt werden.

¹⁶⁹ Die Zahlen sind in den amtlichen Statistischen Jahrbüchern bzw. Statistischen Berichten für Hamburg aus dieser Periode zu finden. Die Zahlen in den Hamburger Sonderauswertungen der Sozialerhebungen weichen deutlich ab, was vermutlich an der teils geringen Fallzahl der befragten Studierenden liegt. Es gibt in den veröffentlichten Zahlen keine Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede.

¹⁷⁰ Zu den hier aufgeführten Zahlen siehe die Hamburger Sonderauswertungen mit Grundauszählungen, insbesondere Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 25-29, 56; Sozialerhebung HH 2003 (wie Anm. 162),

die bei ihren Eltern oder nahen Verwandten wohnten, sank von 29,3 Prozent 1991 auf Werte um die 20 Prozent, wobei diese Wohnform bei den männlichen Studierenden um teils über zehn Prozentpunkte häufiger als bei den Studentinnen auftrat; allerdings fand in den letzten Jahren eine langsame Annäherung statt. Der Anteil der zur Untermiete wohnenden Studierenden betrug 1991 noch 5,9 Prozent, ging aber sehr schnell zurück und spielt mit derzeit einem Prozent faktisch keine Rolle mehr. Die Zahl der in einer eigenen Wohnung entweder allein oder in einer festen Partnerschaft lebenden Studierenden stieg zunächst noch deutlich an von 40,2 Prozent 1991 auf einen Höchstwert von 53,9 Prozent 2003 und fiel dann wieder kontinuierlich auf 40 Prozent im Jahr 2016 zurück. Diese Wohnform wurde insbesondere von weiblichen Studierenden bevorzugt, deren Anteil zeitweise um über zehn Prozentpunkte über dem der männlichen Studierenden lag. Zugenommen unter den verschiedenen Wohnformen hat die Bedeutung der Wohngemeinschaft. Diese Wohnform stieg von 19,3 Prozent 1991 auf Werte um die 30 Prozent 2013 und 2016. Die Relation zwischen den beiden Geschlechtern schwankt teils erheblich zwischen den einzelnen Erhebungen. Obgleich unter Kostenaspekten die günstigste Wohnform, lebten angesichts des knappen Angebots zu Beginn dieser Periode nur gut fünf Prozent der deutschen Studierenden in Studierendenwohnheimen. Diese Zahl stieg nur langsam an und erreichte knapp neun Prozent im Jahr 2016. Die bereits in der vorangegangenen Periode zu beobachtende Korrelation zwischen Wohnform und Alter der Studierenden hat sich verfestigt. Unter den jüngeren Studierenden ist der Anteil der Elternwohner deutlich höher, mit zunehmenden Alter nimmt das Wohnen zunächst in einer Wohngemeinschaft und dann in einer eigenen Wohnung allein oder mit festem Partner erheblich zu. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt haben sich die Anteile der Wohnformen weitgehend angenähert: So gibt es in Hamburg nur noch geringfügig weniger Elternwohner und Bewohner von Studierendenwohnheimen, dafür aber etwas mehr Bewohner von eigenen Wohnungen.

Die seit den 1960er Jahren zu beobachtende Entwicklung in den fünf Hauptkriterien zur Bestimmung der sozialen Herkunft der Studierenden (höchster Schulabschluss und höchster Berufsausbildungsabschluss der Eltern, Beschäftigungsstand, Berufsstatus und Beruf der Eltern) setzte sich auch in den drei Jahrzehnten seit 1990 fort. Zu Beginn der Periode im Jahr 1991 verfügten 37,9 Prozent der Väter und 21,9 Prozent der Mütter der Studierenden mit dem Abitur über den höchsten Schulabschluss, diese Werte stiegen schnell an und erreichten bereits in 2003 54,2 bzw. 35,7 Prozent.¹⁷¹ Dies bedeutete, dass insgesamt 58,9 Prozent aller Studierenden wenigstens ein Elternteil mit dem höchsten Schulabschluss besaßen. Dieser Wert stieg weiter an und erreichte 2016 mit 72 Prozent den höchsten bisher gemessenen Betrag und liegt um rund sechs Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt.¹⁷² Zugleich fiel der Anteil der Eltern mit einem Hauptschulabschluss von rund 30 Prozent 1991 auf sieben Prozent im Jahr 2016. War zu Beginn der Periode 1991 der Unterschied im Schulabschluss zwischen Vätern und Müttern signifikant – beim Abitur betrug der Unterschied 16 (!) Prozentpunkte –, so hat sich der Unterschied zum Ende erheblich verringert: 2016 betrug er nur noch drei Prozentpunkte. Auch bei diesem Indikator gab es wieder einen beträchtlichen Unterschied zum bundesdeutschen Durchschnitt: Der Anteil der Eltern mit Abitur lag in Hamburg in den verschiedenen Erhebungsjahren jeweils um mindestens fünf Prozentpunkte höher.

S. 46-49, 9 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 60-62, 33 f. (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 51 f., 4 f. (Grundauszählung).

¹⁷¹ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 64; Sozialerhebung HH 2003 (wie Anm. 162), S. 15, 33 (Grundauszählung). Die hier genannten Zahlen beziehen sich auf die Eltern der Studierenden an den Hamburger staatlichen Universitäten ohne Fachhochschule und künstlerische Hochschulen.

¹⁷² Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 22, 23 (Grundauszählung). 62 Prozent der Väter und 59 Prozent der Mütter besaßen das Abitur.

Parallel dazu verlief die Entwicklung des höchsten Berufsausbildungsabschlusses. 1991 verfügten 30,1 Prozent der Väter und lediglich 14,4 Prozent der Mütter über einen Hochschulabschluss. Diese Werte stiegen kontinuierlich an und erreichten 2003 bereits 44,5 bzw. 27,3 Prozent.¹⁷³ Damit besaßen 47,8 Prozent aller Studierenden wenigstens ein Elternteil mit dem höchsten Abschluss. Bis 2016 stiegen diese Werte weiter bis auf 54 bzw. 43 Prozent an, somit hatten bereits 58 Prozent der Studierenden wenigstens ein Elternteil mit einem akademischen Abschluss. Auch hier lagen die Hamburger Studierenden mit rund sechs Prozentpunkten weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Am anderen Ende der Skala der Berufsabschlüsse – abgeschlossene Lehre oder Facharbeiterausbildung – waren es 1991 36,1 Prozent der Väter und 51,0 Prozent der Mütter der Hamburger Studierenden, die über diesen Abschluss verfügten. Diese Werte lagen mit etwa zwei Prozentpunkten leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im Jahr 2016 waren es nur noch 24 bzw. 37 Prozent; diese Werte lagen nunmehr um rund fünf Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.¹⁷⁴ Der Unterschied zwischen Vätern und Müttern im Berufsausbildungsabschluss, der zu Beginn der Periode 1991 in den beiden Arten Hochschulabschluss und Lehre jeweils bei etwa 15 Prozentpunkten zu Ungunsten der Mütter lag, hat sich nur geringfügig verkleinert. 2016 betrug er immer noch 11 bzw. 13 Prozentpunkte zu Ungunsten der Mütter. Die Zahlen in den beiden Indikatoren Schulabschluss und Berufsausbildungsabschluss markieren einen erheblichen Anstieg des formalen Bildungsniveaus der Eltern der Studierenden im Laufe der 25 Jahre zwischen 1991 und 2016 und zeigen auch, dass dieser Anstieg in Hamburg auf einem höheren Niveau ablief als im Bundesdurchschnitt. Dass aber in Hamburg gerade die Anteile der Eltern mit Volks- oder Hauptschulabschluss bzw. mit einer abgeschlossenen Lehre bzw. Facharbeiterausbildung deutlich niedriger lagen als im Bundesdurchschnitt, kann auch als ein Indiz für eine geringere soziale Öffnungstendenz der Hamburger Hochschulen und insbesondere der Universitäten gewertet werden. Da aber über die Hälfte der Studierenden aus Hamburg und dem regionalen Einzugsbereich kommt, kann dies möglicherweise auch als ein Reflex einer anderen Sozial- und Berufsstruktur dieses Raumes betrachtet werden.

Aus den Daten des Beschäftigungsstandes der Eltern wird insbesondere die veränderte Rolle der Mütter der Studierenden erkennbar. 1991 waren nur 24,0 Prozent der Mütter voll erwerbstätig und 25,2 Prozent teilzeitbeschäftigt, dagegen 36,8 Prozent Hausfrauen.¹⁷⁵ Dieses Spektrum sah 2013 deutlich anders aus:¹⁷⁶ Jetzt waren 41,0 Prozent der Mütter voll erwerbstätig und 28,4 Prozent teilzeitbeschäftigt und nur noch 13,4 Prozent Hausfrauen. Der Anteil der Rentner und Pensionäre bewegte sich in dieser Periode bei den Vätern um die 20 Prozent und bei den Müttern um die 10 Prozent. Verstorben waren bereits um die neun Prozent der Väter und etwa drei Prozent der Mütter, was auf ein höheres Alter der Väter gegenüber den Müttern hinweist. Insgesamt aber kann in der Entwicklung des Beschäftigungsstandes der Eltern ein Indiz für eine Steigerung des Haushaltseinkommens und damit für eine potentiell bessere Ausgangssituation zur Finanzierung des Studiums der Kinder gesehen werden.

Grundlegende Änderungen im Berufsstatus im Sinne der Sozialversicherungskategorie der Eltern sind in dieser Periode nicht aufgetreten, auch wenn es vereinzelt zu Schwankungen

¹⁷³ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 64; Sozialerhebung HH 2003 (wie Anm. 162), S. 16, 34 (Grundauszählung).

¹⁷⁴ Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 22 f., 23 (Grundauszählung).

¹⁷⁵ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 64.

¹⁷⁶ Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 24 f., 43 (Grundauszählung). In der Sozialerhebung 2016 wurden diese Daten nicht erhoben.

innerhalb einzelner Kategorien gekommen ist sowie Unterschiede zwischen den Vätern und Müttern zu beobachten sind. So bewegte sich etwa der Anteil der Arbeiter zwischen 13 und 17 Prozent, der Anteil der Angestellten belief sich konstant auf rund 40 Prozent, der der Beamten und der Selbständigen bewegte sich jeweils um die 20 Prozent.

Nach der 1982 erfolgten Änderung der Definition der sozialen Herkunftsgruppen, in die in einem starken Maße auch der ausgeübte Beruf der Eltern einfluss, gehörten zu Beginn dieser Periode 1991 28,3 Prozent der hohen Gruppe, 31,2 Prozent der gehobenen Gruppe, 27,5 Prozent der mittleren Gruppe und 12,9 Prozent der niedrigen Gruppe an.¹⁷⁷

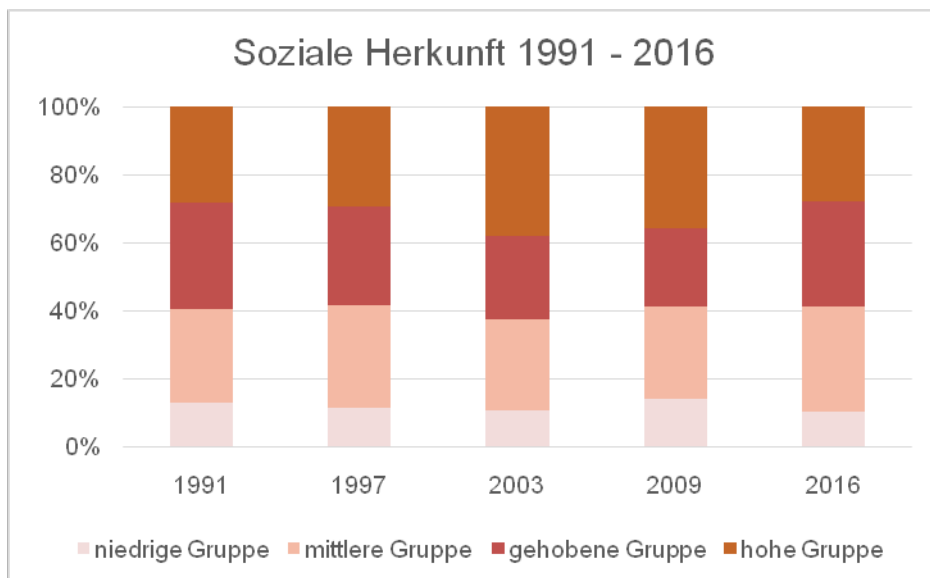


Abbildung 8

Die Studierenden aller staatlichen Hamburger Hochschulen wiesen damit einen um etwa drei Prozentpunkte höheren sozialen Status als im Bundesdurchschnitt auf. Der Anteil der hohen Gruppe stieg in den folgenden Jahren an, erreichte 2006 einen Maximalwert von 45,2 Prozent und fiel dann in den nächsten drei Jahren auf 35,9 Prozent, wobei die Werte nur für die Universitäten noch jeweils um zwei bis drei Prozentpunkte höher lagen.¹⁷⁸ Im gleichen Zeitraum 1991 bis 2009 sank der Anteil der gehobenen Gruppe kontinuierlich von 31,2 Prozent auf 22,8 Prozent. Der Anteil der mittleren Gruppe stieg von 27,5 Prozent 1991 zunächst leicht an, um dann 2009 wieder den Ausgangswert einzunehmen. Der Anteil der niedrigen Gruppe mit 12,9 Prozent 1991 war leichten Schwankungen um wenige Prozentpunkte unterworfen und erreichte 13,8 Prozent im Jahr 2009. In den Hamburger Universitäten lag der Anteil sogar noch um bis zu zwei Prozentpunkte darunter. Auch im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt war der Anteil dieser Gruppe immer um rund zwei Prozentpunkte niedriger.

Mit der Sozialerhebung 2012 auf Bundesebene und der gesonderten Hamburger Sozialerhebung 2013 erfolgte erneut eine Änderung der Kriterien zur Bestimmung der sozialen Herkunftsgruppen. Es wurde jetzt eine Differenzierung nach der Bildungsherkunft

¹⁷⁷ Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 9-11; alle folgenden Daten entstammen aus den Hamburger Sonderauswertungen der Sozialerhebungen 1994, 1997, 2000, 2003, 2006 und 2009 (siehe Anm. 162). Zur Definition der sozialen Herkunftsgruppen siehe Kapitel 5, S. 40, sowie Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 10; 2003 erfolgte eine leichte Modifizierung der Gruppen, siehe Sozialerhebung 2003 (wie Anm. 162), S. 16. Allerdings wurden die Studierenden nicht nach dem konkret ausgeübten Beruf der Eltern befragt, stattdessen mussten die Berufe einer Kategorie auf einer Metaebene zugeordnet werden. Also etwa nicht Arzt, sondern kleiner, mittlerer, größerer Selbständiger mit einer bestimmten Anzahl von Beschäftigten.

¹⁷⁸ In den Sozialerhebungen fallen die Hamburger Ergebnisse des Jahres 2006 auffällig aus dem Rahmen. Sehr wahrscheinlich liegt dies an einer unzureichenden Repräsentativität der relativ kleinen Stichprobe.

vorgenommen, wobei Hochschulabschluss und beruflicher Ausbildungsabschluss die entscheidenden Kriterien bildeten.¹⁷⁹ Es wurden zwar weiterhin vier Gruppen gebildet, die Werte sind aber mit den früheren Erhebungen nicht mehr direkt vergleichbar. Zu der hohen Gruppe, bei der beide Elternteile einen Hochschulabschluss besitzen, gehörten 2013 26,6 Prozent und 2016 28 Prozent aller Hamburger Studierenden, bei den Studierenden der Universität Hamburg waren es sogar 28,3 und 30 Prozent.¹⁸⁰ Dies waren rund vier Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. Zur gehobenen Gruppe, in der nur ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, gehörten sowohl in der Gruppe aller Hochschulen als auch nur in der Universität Hamburg 28 Prozent (2013) bzw. 31 Prozent (2016). Diese Werte lagen nur leicht um einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. Beide Gruppen zusammengerechnet, entstammten in den beiden Jahren 54,6 bzw. 59 Prozent aller Studierenden und sogar 56,3 bzw. 62 Prozent der Studierenden der Universität Hamburg einem akademisch geprägten Elternhaus. Die größte Zahl von Studierenden gehörte zur mittleren Gruppe, in der beide Elternteile einen beruflichen, nicht akademischen Abschluss besitzen. Der Anteil ging aber von 35 Prozent 2013 auf 31 Prozent 2016 zurück, außerdem war der Anteil dieser Gruppe in der Universität Hamburg mit 33 bzw. 27 Prozent deutlich niedriger. Auf bundesdeutscher Ebene spielte diese Gruppe mit 41 bzw. 36 Prozent eine wesentlich bedeutsamere Rolle. Zur niedrigen Gruppe, gekennzeichnet dadurch, dass ein oder beide Elternteile über keinen beruflichen Abschluss verfügen, gehörten nur 8,3 Prozent (2013) bzw. 10 Prozent (2016). Die Unterschiede zwischen den Studierenden aller Hamburger Hochschulen und der Universität und auch zum Bundesdurchschnitt sind in dieser Gruppe äußerst gering und können deshalb vernachlässigt werden.

Als generelles Ergebnis der Entwicklung in der sozialen Herkunft der Studierenden in den Hamburger Hochschulen lässt sich festhalten, dass die Bedeutung der hohen sozialen Gruppe weiterhin zugenommen hat. Die Bedeutung der gehobenen Gruppe hat zwar abgenommen, aber beide Gruppen zusammen umfassen nahezu 60 Prozent aller Studierenden, wobei der Anteil in den Universitäten deutlich höher und in den Fachhochschulen deutlich niedriger liegt. Der Anteil der mittleren und der niedrigen Gruppe beträgt zusammen etwa 40 Prozent, in der Verteilung auf die beiden Gruppen in einem Verhältnis von 3 : 1 kam es aber nicht zu signifikanten Änderungen. Für diese beiden Gruppen gilt, dass die Anteile in den Universitäten niedriger als in den Fachhochschulen sind. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt weisen die Hamburger Studierenden in der Summe der beiden oberen Gruppen eine um sechs Prozentpunkte höhere soziale Struktur auf. Entsprechend geringer sind die beiden unteren Bildungsherkunftsgruppen in Hamburg ausgeprägt. Dies gilt noch stärker, wenn nur die Universitäten und nicht die Gesamtheit aller staatlichen Hochschulen betrachtet wird. Im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene und auch zur vorangegangenen Periode kann bei aller Einschränkung hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Zahlen festgestellt werden, dass in den Hamburger Hochschulen und insbesondere in den Universitäten keine weitere bzw. nur eine sehr geringe soziale Öffnung in der Studierendenschaft stattgefunden hat.

Aus den in den Sozialerhebungen verwendeten Methoden zur statistischen Erfassung der wirtschaftlichen Situation der Studierenden resultieren zahlreiche Einschränkungen hinsichtlich der Interpretations- und Vergleichsmöglichkeiten. Diese Einschränkungen bestanden bereits in den 1970er und 1980er Jahren, an ihnen hat sich im Wesentlichen nichts geändert.¹⁸¹ In den neun Sozialerhebungen im Zeitraum 1991 bis 2016 wurde in einem ersten Schritt ermittelt, welche Finanzierungsquellen von wie vielen Studierenden überhaupt in

¹⁷⁹ Zur Definition der Bildungsherkunftsgruppen siehe Sozialerhebung 2012 (wie Anm. 2), S. 9 f., und Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 24.

¹⁸⁰ Diese und die folgenden Daten aus Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 24, 45 (Grundauszählung), und Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 23, 23-25 (Grundauszählung).

¹⁸¹ Siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel 5, S. 41.

Anspruch genommen werden und wie hoch der Durchschnittsbetrag der jeweiligen Finanzierungsquelle ist bezogen lediglich auf diejenigen Studierenden, die diese Finanzierungsquelle in Anspruch nehmen. Betrachtet wurden dabei nur die „Normalstudierenden“, also die Studierenden, die ledig sind, nicht bei den Eltern wohnen und sich in einem Erststudium befinden. Zu dieser Gruppe gehörten in der Regel etwas über 60 Prozent aller Studierenden. In einem zweiten Schritt wurden hieraus auf der Basis aller „Normalstudierenden“ die durchschnittlichen monatlichen Gesamteinnahmen und die durchschnittlichen Beiträge bzw. Anteile der verschiedenen Finanzierungsquellen hieran berechnet. In einem dritten Schritt erfolgte eine vertiefte Betrachtung der Zusammenhänge dieser Daten mit den Indikatoren Alter, Geschlecht und soziale Herkunftsgruppe der Studierenden.¹⁸²

Im Jahr 1991, zu Beginn der hier betrachteten drei Jahrzehnte, nannten 66,7 Prozent der Studierenden die Eltern als eine der Finanzierungsquellen mit einem durchschnittlichen Betrag von 561 DM. Wichtiger noch war die eigene Erwerbstätigkeit, die von 76,1 Prozent aller Studierenden mit einem Durchschnittsbetrag von 598 DM angeführt wurde. An dritter Stelle stand die öffentliche Förderung durch das BAföG, die von 33,3 Prozent aller Studierenden mit einem Betrag von 668 DM in Anspruch genommen wurde. Die Vielzahl anderer Finanzierungsquellen, wie (Ehe-)Partner, Verwandte, Darlehen, Waisengeld, Stipendien wurden jeweils von nur weit unter 10 Prozent der Studierenden und zugleich mit deutlich geringeren Durchschnittsbeträgen benannt. Eine gewisse Bedeutung besaßen noch die eigenen Mittel, die Studierende vor Aufnahme des Studiums erworben hatten. Diese Quelle wurde immerhin von 17,9 Prozent mit einem Durchschnittsbetrag von 214 DM aufgeführt. Auch die „unbaren“ Leistungen, also die direkte Bezahlung etwa der Miete oder von Versicherungsbeiträgen durch Dritte, insbesondere durch die Eltern, spielte bei 33,9 Prozent der Studierenden mit einem Betrag von 265 DM eine bedeutsame Rolle. An der Finanzierung des Studiums waren Stipendien (ohne BAföG) zwar nur bei 2,5 Prozent beteiligt, dies aber mit dem vergleichsweise höchsten Durchschnittsbetrag von 912 DM. In der Entwicklung über die drei Jahrzehnte nahm die Bedeutung der Eltern als Finanzierungsquelle bereits in den 1990er Jahren erheblich zu und stabilisierte sich seit 2003 bei einem Wert zwischen 81 und 84 Prozent aller („Normal“-)Studierenden. Noch etwas stärker stieg zunächst die Bedeutung der eigenen Erwerbstätigkeit der Studierenden: Von 76,1 Prozent 1991 auf über 80 Prozent 1997, um dann wieder auf Werte zwischen 70 und 76 Prozent zurückzufallen. Der Durchschnittsbetrag dieser Finanzierungsquelle war in den 1990er Jahren fast durchgängig um etwa 100 DM höher als der von den Eltern geleistete Betrag, die Differenz schrumpfte in den 2000er Jahren auf einen Betrag von etwa 30 Euro. Erst in den beiden letzten Erhebungen 2013 und 2016 kehrte sich das Verhältnis um: Nun lagen die Elternbeiträge um deutlich mehr als 100 Euro über der eigenen Erwerbstätigkeit. Die Bedeutung der öffentlichen Förderung in Form des BAföG wird durch einen klaren Niedergang gekennzeichnet. Die Inanspruchnahme als Finanzierungsquelle ging von 33,3 Prozent der Studierenden 1991 kontinuierlich auf 16 Prozent im Jahr 2006 zurück, um dann für eine kurze Zeit auf 27 bzw. 28 Prozent 2009 bzw. 2013 zu steigen und dann erneut auf 21 Prozent 2016 zu fallen. Eine etwas abweichende Entwicklung durchlief der durchschnittliche Förderbetrag. Er stieg von 668 DM 1991 langsam auf 729 DM 1997 bzw. 418 Euro 2003 und

¹⁸² Alle Zahlen in den folgenden Ausführungen zur Finanzierung des Studiums, zu den Einnahmen und Ausgaben der Studierenden entstammen den neun Sozialerhebungen dieser Periode: Sozialerhebung HH 1991 (wie Anm. 24), S. 12, 15-25, 58 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 1994 (wie Anm. 162), S. 13-25, 48 f. (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 1997 (wie Anm. 162), S. 15-19, 22-30, 53 f. (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2000 (wie Anm. 159), S. 14-18, 20-23; Sozialerhebung HH 2003 (wie Anm. 162), S. 25-30, 33-36, 38-46, 13-22 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2006 (wie Anm. 162), S. 29-34, 38-50, 18-23 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2009 (wie Anm. 162), S. 30-37, 43-48, 50-59, 12-22 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2013 (wie Anm. 162), S. 34-46, 51-52, 55-59, 12-26 (Grundauszählung); Sozialerhebung HH 2016 (wie Anm. 162), S. 31-36, 44-47, 10-13 (Grundauszählung).

nach einem Einbruch 2006 – der Förderbetrag lag bei 366 Euro – weiter auf 493 Euro 2009, um dann erneut zurückzugehen und bei 470 Euro in den 2010er Jahren zu stagnieren.¹⁸³ Die Zahlen demonstrieren eindeutig, dass die Förderbestimmungen des BAföG hinsichtlich der Einkommensgrenzen der Eltern und Höhe der Leistung nicht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung synchron liefen und Reformen immer nur sehr zeitverzögert erfolgten und damit die finanzielle Situation der Studierenden erheblich erschwerten. Auch bei den Stipendien war die Entwicklung eher rückläufig und stärkeren Schwankungen unterworfen, deren Gründe im Dunkeln liegen. Der ausgezahlte durchschnittliche Stipendienbetrag ging in den drei Jahren von 1991 auf 1994 von 912 DM auf 617 DM runter, um dann 1997 wieder auf 903 DM anzusteigen. In den 2000er Jahren schwankte der Betrag zwischen 346 und 481 Euro, im letzten Bezugsjahr 2016 betrug er 394 Euro. Angesichts der großen Bedeutung der studentischen Erwerbstätigkeit erscheint es angemessen, diese noch ein wenig näher zu beleuchten. Der Anteil der erwerbstätigen Studierenden betrug im Ausgangsjahr 1991 67,0 Prozent, stieg sehr schnell an und erreichte bereits im Jahr 2000 den Spitzenwert von 79,5 Prozent. Danach stabilisierte er sich auf Werte um die 75 Prozent.¹⁸⁴ Noch wichtiger ist die Erkenntnis, dass die Gruppe derjenigen Studierenden, die sowohl in der Vorlesungszeit als auch in der vorlesungsfreien Zeit laufend arbeitete, immer größer wurde. Ihr Anteil an allen Studierenden stieg von 29,8 Prozent 1991 auf einen Wert von über 51 Prozent im Jahr 2009. Ebenso stieg auch der wöchentliche Zeitaufwand für die Erwerbstätigkeit von 9,0 Stunden 1991 auf 12,0 Stunden 2000 und stabilisierte sich dann auf ein Ausmaß zwischen 9 und 10 Stunden. In allen drei Aspekten – Anteil der erwerbstätigen Studierenden, Intensität der Erwerbstätigkeit und wöchentlicher Zeitaufwand – lagen die Hamburger Studierenden mit großem Abstand über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Erst in den letzten Jahren fand eine leichte Annäherung statt. Diese Distanz zeigt sich auch bei der Betrachtung der Gründe für die Erwerbstätigkeit. Unter den Hamburger Studierenden war mit klarem Abstand der wichtigste Grund die Notwendigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts, an zweiter Stelle folgte das Bestreben, sich etwas mehr leisten zu können. Erst in den letzten Jahren ist eine Verschiebung eingetreten, 2013 wurden beide Gründe gleich häufig genannt und 2016 dominierte zum ersten Mal der zweite Grund. Auf Bundesebene lag fast durchgängig der zweitgenannte Grund „sich etwas mehr leisten zu können“ an erster Stelle.

Im methodisch zweiten Schritt der Sozialerhebungen werden die monatlichen Geldbeträge, die den Studierenden konkret zur Verfügung stehen, berechnet. Die Entwicklung dieser Einnahmen wird sehr stark dadurch gekennzeichnet, dass der Anstieg nur sehr langsam und meistens unterhalb der Inflationsrate verlief und nur dreimal, von 1991 auf 1994 um 243 DM, von 2006 auf 2009 um 107 Euro und von 2013 auf 2016 um 66 Euro, einen größeren Sprung aufwies. Von 2009 auf 2013 reduzierte sich sogar das durchschnittliche Einkommen um einen Betrag von vier Euro. Insgesamt standen den Studierenden in dieser Periode zu Beginn 1991 1.294 DM und am Ende 2016 1.037 Euro monatlich für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung. Die Einnahmen der Hamburger Studierenden lagen damit durchweg um rund 170 DM bzw. 115 Euro über den durchschnittlichen Einnahmen in den alten Bundesländern. Bei der Betrachtung des Aspektes, in welchem Umfang die verschiedenen Finanzierungsquellen zu diesen monatlichen Geldbeträgen beitrugen, zeigen sich mehrere Auffälligkeiten. Anfänglich

¹⁸³ Die hier aufgeführten Zahlen zu BAföG – Förderquoten und Höhe des durchschnittlichen Förderbetrages – dürfen nicht verwechselt werden mit den offiziellen BAföG-Daten. Während in den Sozialerhebungen nur die „Normalstudierenden“, etwas über 60 Prozent aller Studierenden, betrachtet werden, wird in den offiziellen Daten die Förderquote als der Anteil an der Gesamtheit der Studierenden bzw. an der Zahl der qua Gesetz überhaupt förderfähigen Studierenden definiert.

¹⁸⁴ Die Ergebnisse der letzten Sozialerhebung 2016 können hier nur teilweise herangezogen werden, weil die Fragekategorien völlig verändert worden sind.

waren die Anteile des elterlichen Zuschusses und der eigenen Erwerbstätigkeit mit 39 bzw. 37 Prozent (1994) nahezu gleich groß. Nach einer gewissen Stagnation stieg der elterliche Zuschuss in den Jahren nach 2000 auf 47 Prozent (2006), schwankte dann stark und erreichte 2016 sogar 48 Prozent. Im Vergleich dazu stieg der Anteil der eigenen Erwerbstätigkeit zunächst schnell an und erreichte 2000 einen Höchstwert von 46 Prozent. Danach fiel er kontinuierlich auf 32 Prozent 2009 und stagniert seitdem auf dieser Höhe. Beide Bereiche sind stark abhängig von der Entwicklung des BAföG. Gerade der Anteil des BAföG fiel von 13 Prozent 1994 schnell auf Werte um sieben bis acht Prozent, stieg dann 2009 wieder auf 18 Prozent und fiel erneut auf neun Prozent in 2016. Es wird deutlich, dass insbesondere das Ausmaß der eigenen Erwerbstätigkeit im hohen Maße von der BAföG-Förderung abhängt. Die sonstigen Finanzierungsquellen tragen relativ konstant mit Anteilen um die zehn Prozent zu den konkreten Einnahmebeträgen der Studierenden bei.

Auch beim dritten Schritt, bei der Analyse der Zusammenhänge zwischen der Höhe des monatlichen Einkommens, der Zusammensetzung der Finanzierungsquellen und den sozialen Herkunftsgruppen ergeben sich mehrere Erkenntnisse. Die Spannweite der Einkommen ist in Bezug auf die verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen geringer als erwartet. Sie betrug am Anfang der Periode noch 120 DM (1991), lag mehrere Jahre bei knapp unter 200 DM und verringerte sich dann in den 2000er Jahren auf einen Betrag um die 70 Euro. Meistens hatten die Studierenden aus der hohen sozialen Herkunftsgruppe die höchsten Einkommen, es gab aber auch Jahre (2003, 2006), in denen andere Herkunftsgruppen und sogar die niedrige soziale Herkunftsgruppe (2000) an der Spitze standen. In der Struktur der Finanzierungsquellen zeigt sich, dass die höchsten Anteile der eigenen Erwerbstätigkeit in der niedrigen sozialen Herkunftsgruppe zu finden sind. Sie beliefen sich auf bis zu 63 Prozent (2000). Auch in der mittleren und abgeschwächt in der gehobenen Herkunftsgruppe spielte die eigene Erwerbstätigkeit mit Werten zwischen 40 und 50 Prozent bzw. um die 40 Prozent eine ausschlaggebende Rolle. Für das BAföG lässt sich erwartungsgemäß feststellen, dass es mit Werten zwischen 20 und 30 Prozent die höchsten Anteile in der Finanzierungsstruktur der niedrigen Gruppe aufweist. Die Bedeutung des BAföG nimmt mit dem Anstieg der sozialen Herkunftsgruppe deutlich ab. Umgekehrt ist es mit der Bedeutung der Finanzierung durch die Eltern. Hier finden sich die höchsten Werte zwischen 47 und 58 Prozent in der hohen sozialen Herkunftsgruppe. Insgesamt lässt sich hinsichtlich der Bedeutung von Elternfinanzierung und BAföG-Finanzierung eine klare Beibehaltung der grundlegenden Unterschiede feststellen, in der Relevanz der eigenen Erwerbstätigkeit dagegen eine deutliche Annäherung zwischen den sozialen Herkunftsgruppen konstatieren.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich insofern, als die weiblichen Studierenden in der gesamten Periode mit Ausnahme der letzten Erhebung 2016 immer über niedrigere monatliche Einkommen verfügten als ihre männlichen Kommilitonen. Allerdings schwankte der Differenzbetrag erheblich zwischen 114 DM 1991 und 20 DM 2000, danach bewegte er sich zwischen 20 und 30 Euro.

Bezüglich des Zusammenhanges zwischen Alter der Studierenden und Höhe des monatlichen Einkommens zeigen die Sozialerhebungen eine klare positive Korrelation.

Im Vergleich mit der Situation auf Bundesebene (alte Bundesländer) ergeben sich mehrere Erkenntnisse, die für die gesamte hier betrachtete Periode seit 1991 gelten. Das monatliche Durchschnittseinkommen der Hamburger Studierenden war immer beträchtlich höher, die Differenz lag zwischen 148 und 194 DM in den 1990er Jahren und zwischen 91 und 163 Euro in den 2000er Jahren. Das Einkommen der Hamburger Studierenden gehörte immer zu der Spitzengruppe aller Bundesländer. In der Finanzierungsstruktur spielten die Zuschüsse der Eltern bei den Hamburger Studierenden um Werte zwischen drei und zehn Prozentpunkte eine geringere Rolle, allerdings weist der Unterschied eine klar abnehmende Tendenz auf. Ebenso

war auch die Bedeutung der eigenen Erwerbstätigkeit in der Finanzierungsstruktur in Hamburg immer größer als im Bundesdurchschnitt. Die Differenz lag über einen langen Zeitraum bei über zehn Prozentpunkten, hat sich im letzten Jahrzehnt allerdings auf etwa acht Prozentpunkte verringert. Der Anteil der BAföG-Förderung in der Finanzierungsstruktur bewegte sich um zwei bis drei Prozentpunkte unterhalb des Niveaus auf Bundesebene.

Die Ermittlung der Ausgabensituation und deren Entwicklung in den drei Jahrzehnten seit 1991 erweist sich als schwierig, weil es in den Sozialerhebungen mehrfach zu gravierenden Änderungen in der Fragestellung gekommen ist. So wurde zunächst versucht, die Ausgaben in ihrer Gesamtheit zu erfassen, ab 2003 dagegen wurde nur nach den Ausgaben in einigen ausgewählten Positionen gefragt. Und die Fragestellung, ob die Studierenden mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln auskommen, wurde 2000 dahingehend geändert, ob die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist. Zudem wurde die Bewertungsskala in einer Weise verändert, dass eine Vergleichbarkeit nur über Umwege und nur näherungsweise gegeben ist.

1991 betragen die monatlichen Ausgaben im statistischen Durchschnitt 1.228 DM. Sie stiegen in den drei Jahren bis 1994 auf 1.423 DM und verharrten auf diesem Niveau bis 2000, so dass sich die Kaufkraft der Studierenden real verringerte. Danach wuchsen die Ausgaben auf 838 Euro 2003 und 878 Euro 2006. In den folgenden Sozialerhebungen ab 2009 wurden keine Gesamtsummen mehr angegeben. Den größten Ausgabenblock stellten die Mietkosten dar. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben betrug 1991 33,1 Prozent und stieg dann auf Werte bis zu 38 Prozent. Der Anteil der Mietkosten lag immer um mindestens zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Hamburg gehörte zu den Standorten in Deutschland mit der höchsten Miete. In absoluten Beträgen stiegen die Mietkosten von durchschnittlich 407 DM 1991 auf 535 DM 2000, und dann stetig von 305 Euro 2003 bis auf 374 Euro im Jahr 2016. Die zweitgrößte Ausgabenposition waren die Kosten für Ernährung. Ihr Anteil lag anfangs bei 23,5 Prozent und fiel dann auf Werte um die 20 Prozent. Die dritte große Ausgabenposition umfasst die Mobilitätskosten, also für Auto und öffentlichen Nahverkehr. Diese Kosten beliefen sich anfangs auf etwa 18 Prozent der Gesamtausgaben und reduzierten sich mit der Einführung des Semestertickets 1994 auf Werte unter 10 Prozent. In diesem Bereich lagen die Hamburger Studierenden um zwei bis vier Prozentpunkte unter den bundesdeutschen Werten. Zu den regelmäßigen monatlichen Ausgaben kamen einmalige Sonderausgaben für Urlaub, größere Anschaffungen, Exkursionen etc. in einer Spannweite von rund 400 bis 2.000 DM hinzu.¹⁸⁵

Die Frage nach dem Auskommen mit den vorhandenen Geldmitteln wurde 1991 von 58,4 Prozent der Studierenden bejaht.¹⁸⁶ Dieser Anteil fiel in den 1990er Jahren auf 51,7 Prozent (1994) und 54,0 Prozent (1997), was die sehr schwierige finanzielle Lage der Studierenden in diesem Jahrzehnt signalisiert, und stieg dann auf Werte deutlich über 60 Prozent an, was auf eine Verbesserung der finanziellen Situation hinweist.¹⁸⁷ Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt wurde die finanzielle Situation in Hamburg immer signifikant schlechter bewertet, in den 1990er Jahren sogar mit Werten um die zehn Prozentpunkte, der Abstand hat sich inzwischen verringert.

¹⁸⁵ Ab 1997 wurde nicht mehr nach den Sonderausgaben gefragt.

¹⁸⁶ Dieser Wert umfasst die drei Antwortkategorien „es geht gerade so“, „ohne Probleme“ und „kann sogar Geld zurücklegen“. Zwei weitere Antwortkategorien, die zusammen zwischen 10 und 20 Prozent umfassen, drücken ein Auskommen mit starken Einschränkungen aus: „nur weil ich bei den Eltern wohne“ und „nur unter eigentlich unzumutbaren Einschränkungen“.

¹⁸⁷ Allerdings hatte sich auch die Fragestellung nach dem Auskommen mit den vorhandenen Geldmitteln dahingehend verändert, ob die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist.

7. Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass es trotz zahlreicher Unzulänglichkeiten in den beiden verwendeten empirischen Quellenkategorien „amtliche Statistiken“ und „Sozialerhebungen des Studierendenwerks“ möglich ist, eine Reihe von demographischen, sozialen und ökonomischen Aspekten, die für eine Beschreibung der Sozialstruktur der Studierenden in Hamburg konstituierend sind, auch über den langen Zeitraum eines gesamten Jahrhunderts zu verfolgen und wichtige Erkenntnisse empirisch zu unterlegen. Umfang und Tiefe der in den veröffentlichten und unveröffentlichten amtlichen Statistiken publizierten Daten variieren stark. Unter sozialgeschichtlicher Fragestellung wiesen sie ihren größten Umfang in den 1920er Jahren und in den ersten 10 bis 15 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Während der Zeit des Nationalsozialismus und dann ab den 1960er Jahren bieten die amtlichen Statistiken zunehmend weniger Informationsgehalt zu den hier behandelten Fragestellungen. Zugleich verändern sie sich zu einer zusammenfassenden Darstellung der Daten auf einer immer höheren Aggregationsebene, die eine Interpretation auf der Ebene einer Hochschule oder eines Hochschultyps praktisch nicht mehr erlaubt. Insofern treten an die Stelle der amtlichen Statistiken die seit 1951 veröffentlichten bisher 21 Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks e.V. Sie weisen in den betrachteten Bereichen zwar eine hohe Kontinuität auf, zeigen aber unter der leitenden Fragestellung, Entwicklungen über einen längeren Zeitraum zu verfolgen, dennoch einige bedauernde Mängel. Zum einen ist es der Wechsel in der Erhebungsmethodik: Zu Beginn wurden die Studierenden einer ausgewählten Gruppe von Hochschulen, zu der auch die Universität Hamburg gehörte, in Form einer Totalerhebung befragt, dann wurde nur noch eine Stichprobe von Studierenden schriftlich befragt und schließlich seit 2016 ein Online-Survey durchgeführt. Insbesondere die Stichprobenbefragungen stoßen bei einer Analyse, die auf einzelne Hochschulen herunter gebrochen werden soll, auf Grund ihrer Kleinheit an die Grenzen ihrer statistischen Aussagekraft. Als weiteres Problem für eine an der historischen Entwicklung orientierten Untersuchung haben sich mehrfache Änderungen an einzelnen Fragestellungen und an der Skalierung von Daten sowie an der textlichen Darstellungsform herausgestellt. Zur (teilweisen) Kompensation dieser Problematik leisten eine äußerst wertvolle, nahezu unverzichtbare Hilfestellung die sogenannten Grund- oder Randauszählungen, die lediglich die „nackten“ Zahlen zu den einzelnen Fragen enthalten. Wichtig sind auch die aus der bundesweiten Darstellung abgeleiteten Sonderauswertungen für einzelne Bundesländer bzw. Standorte. Leider stehen diese nicht für alle Erhebungsjahre zur Verfügung, außerdem gelten für diese Sonderauswertungen die Probleme unterschiedlicher Darstellungsformen in einem noch stärkeren Ausmaß. Auch hier können die Probleme mit Hilfe der „nackten“ Daten der Grundauszählung zumindest teilweise verringert werden.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der hundertjährigen Entwicklung wichtiger demographischer, sozialer und ökonomischer Aspekte, auch im jeweiligen Vergleich zur nationalen Ebene, für die Studierenden der Hamburger Universität bzw. aller Hamburger staatlichen Hochschulen zusammenfassend skizziert. Aus ihnen wird erkennbar, dass die Hamburger Studierenden in vielen Bereichen und zu nahezu allen Zeitpunkten von dem nationalen Durchschnitt deutlich abweichen.

Hinsichtlich ihrer Studierendenzahl ist die Entwicklung der Hamburger Universität bis auf wenige Einbrüche durch ein stetiges starkes Wachstum gekennzeichnet, von 1.729 Studierenden im SS 1919 auf 43.506 im WS 2019/20. Die Gründe für die drei Einbrüche sind unterschiedlicher Natur. Zur Zeit der Weimarer Republik waren es mit der Inflation und der Weltwirtschaftskrise insbesondere wirtschaftliche Gründe, die junge Menschen vom Studium abhielten und für einen relativ kurzen Zeitraum eine Reduktion der Studierendenzahl um 56,4 Prozent verursachten. In den 1930er Jahren waren es ideologisch motivierte Maßnahmen wie

Begrenzung und Reduzierung der Aufnahmezahlen, Einführung von Arbeitsdienst und Wehrpflicht sowie die Einberufungen zum Kriegsdienst, die zu einem starken Rückgang um 56,7 Prozent führten. Der dritte Einbruch im Wachstum der Universität fand zwischen Mitte der 1990er Jahre und zweiter Hälfte der 2000er Jahre statt. Diesmal waren es seitens der Politik auferlegte Sparmaßnahmen, die eine erhebliche Reduzierung des wissenschaftlichen Personals und damit verbunden einen Rückgang der Studienanfängerplätze und eine Verschärfung des Numerus clausus verursachten. Die Studierendenzahl ging um 18,3 Prozent zurück.

Der Anteil der weiblichen Studierenden nahm kontinuierlich zu von 12,3 Prozent im SS 1919 auf gegenwärtig 56,0 Prozent. Der Frauenanteil in Hamburg war stets deutlich höher als im Reichs- bzw. Bundesdurchschnitt. Auch in den drei Phasen des Einbruchs der Studierendenzahlen wuchs der Anteil der Frauen mit der einzigen Ausnahme im „Dritten Reich“ der 1930er Jahre. Hier war das Frauenstudium einem besonders starken ideologischen Druck ausgesetzt, zudem trug die Ausgliederung der Volksschullehrerausbildung aus der Universität im WS 1936/37 markant zum Rückgang bei.

Das Durchschnittsalter der Studierenden bzw. die Anteile einzelner Alterskohorten waren, soweit sie sich überhaupt ermitteln lassen, besonders stark äußeren Einflüssen ausgesetzt. In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg lag das Durchschnittsalter bei 24,5 Jahren, da viele Studierende infolge des Wehrdienstes am Studium gehindert worden waren und dieses erst jetzt mit mehreren Jahren Verzögerung aufnehmen konnten. Das Durchschnittsalter nahm erwartungsgemäß im Laufe der 1920er Jahre deutlich ab und betrug im SS 1931 21,9 Jahre. Für die Zeit des „Dritten Reichs“ stehen keine Daten zur Verfügung. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass infolge des dem Studium vorgeschalteten Arbeitsdienstes und der Wehrpflicht das Alter der Studienanfänger um bis zu 2,5 Jahre anstieg und damit natürlich auch das Durchschnittsalter der Gesamtmenge aller Studierenden. Nach dem „Dritten Reich“ bestand eine mit 1919 vergleichbare Situation. Die Kriegsteilnehmer bildeten das Gros der Studierenden, sie trieben das Durchschnittsalter auf 25,1 Jahre im WS 1947/48. Es reduzierte sich nur sehr langsam, da in den 1950er Jahren zahlreiche Spätheimkehrer und Flüchtlinge aus der SBZ das Studium aufnahmen. Im WS 1959/60 betrug es immer noch 23,4 Jahre. In den folgenden Jahrzehnten stieg das Durchschnittsalter sogar wieder an und erreichte 1991 einen Wert von 25,8 Jahren und 1997 das Maximum von 27,3 Jahren. Mit der Einführung des Bachelor-/Mastersystems fiel das Durchschnittsalter auf Werte um die 25 Jahre. Damit waren die Hamburger Studierenden seit den 1960er Jahren durchschnittlich um ein bis zwei Jahre älter als ihre Kommilitonen im Bundesdurchschnitt. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: längere Verweildauer an der Universität (Langzeitstudierende), größere Anzahl von Studierenden mit vorangegangener abgeschlossener Berufsausbildung, mehr Studierende mit Kindern, mehr Studierende im Promotionsstudium und im Zweitstudium, mehr Studienfachwechsler, mehr Studienunterbrechungen, höhere Erwerbstätigkeit.

Informationen über Familienstand und Zahl der Kinder wurden erst seit Wiedereröffnung der Universität nach der NS-Diktatur erhoben. In den 25 Jahren davor dürfte es vermutlich eine absolute Ausnahmerecheinung gewesen sein, wenn ein Student oder eine Studentin bereits verheiratet war oder gar bereits ein Kind zu versorgen hatte. Eine derartige Ausnahmesituation bestand nach der Wiedereröffnung der Universitäten 1945: Analog zum hohen Durchschnittsalter und zum großen Anteil ehemaliger Soldaten waren im WS 1947/48 bereits 15,9 Prozent der Studierenden verheiratet, bei den Männern sogar 19,7 Prozent, und unter den Studentinnen waren etwa vier Prozent bereits verwitwet. Zudem hatten bereits 11,1 Prozent ein oder mehrere Kinder. In den 1950er Jahren nahmen alle drei Werte deutlich ab. Der Anteil der Verheirateten fiel auf 8,1 Prozent, der Anteil der Verwitweten auf 0,1 Prozent und der Anteil der Studierenden mit Kindern auf etwa sechs Prozent. Bei allen drei

Indikatoren lagen die Hamburger Zahlen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, bei den Verheirateten anfänglich um sieben Prozentpunkte und Ende der 1950er Jahre immer noch um zwei Prozentpunkte. In den folgenden Jahren wies die Entwicklung des Familienstands eine Besonderheit auf. Der Anteil der verheirateten Studierenden stieg in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sehr stark an und erreichte 1976 einen Wert von 19,7 Prozent, um dann ebenso schnell wieder auf rund sieben Prozent in 1991 zu fallen. Der Anteil der Studierenden mit Kindern betrug in diesem Zeitraum zwischen sieben und acht Prozent. Wieder waren beide Merkmale in Hamburg häufiger vertreten als im Bundesdurchschnitt. Auch in den drei Jahrzehnten seit Anfang der 1990er Jahre unterlag der Familienstand einigen Schwankungen. Er stieg zunächst auf Werte zwischen acht und zehn Prozent an, fiel dann ab 2006 erneut und stabilisierte sich auf einen Wert etwas über sieben Prozent. Der Anteil der Studierenden mit Kindern lag in den Jahren nach 1991 zwischen acht und neun Prozent. Auch in den letzten drei Jahrzehnten waren die Hamburger Studierenden um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger verheiratet und hatten ebenfalls um bis zu zwei Prozentpunkte häufiger eigene Kinder.

Bei der Betrachtung der schulischen Vorbildung, also der Art der Hochschulzugangsberechtigung, fällt zunächst die große Vielfalt der Schultypen auf, auf denen Schüler ein Abitur erlangen konnten. Über die gesamten 100 Jahre betrachtet, gelangten immer zwischen 80 und 90 Prozent der Studierenden mit einem Abitur auf die Universität, die anderen über spezifische Prüfungsnachweise oder andere als äquivalent betrachtete Vorbildungen und Abschlüsse. Die größte Offenheit im Zugang bestand in der Weimarer Zeit vor Integration der Volksschullehrerausbildung in die Universität 1927. Bis zu 25 Prozent der Studienanfänger besaßen kein Reifezeugnis, von diesen wiederum fast Dreiviertel den Abschluss eines Lehrerseminars. Allerdings fiel dieser Wert nach Integration der Volksschullehrerausbildung sehr schnell auf etwa drei Prozent.

Bemerkenswert ist auch die schwindende Bedeutung des klassischen Gymnasiums, einer Domäne der männlichen Studierenden. Anfänglich betrug der Anteil der Studierenden mit diesem Abschluss gut 20 Prozent und sank dann auf unter 14 Prozent im SS 1933. Im „Dritten Reich“ verlief die Entwicklung wieder gegenläufig. Der Anteil der Absolventen des klassischen Gymnasiums stieg um drei Prozentpunkte auf 17 Prozent, der Anteil ohne Reifeprüfung fiel auf knapp über ein Prozent. Diese Zahlen deuten eine Umkehr der vor allem zu Beginn der Weimarer Zeit zu beobachtenden sozialen Öffnung an.

In der Zeit nach 1945 traten keine grundlegenden Änderungen hinsichtlich der schulischen Vorbildung ein. Es gab weiterhin zahlreiche Schulformen, deren Bezeichnungen und Formen sich zwar änderten, aber gleichwohl mit dem Abitur abschlossen, und zahlreiche Abschlüsse des Zweiten Bildungsweges, die als äquivalent anerkannt wurden. Bemerkenswert für die Entwicklung seit den späten 1960er Jahren ist der wachsende Anteil von Studierenden, die vor Aufnahme des Studiums bereits eine Berufsausbildung absolviert oder eine berufliche Tätigkeit ausgeübt hatten. 1976 betrug dieser Anteil bereits 26,5 Prozent und stieg weiter auf 36,7 Prozent 1991, verringerte sich dann aber wieder langsam auf 25,2 Prozent im Jahr 2016. Damit liegt der Wert jeweils um mindestens fünf Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Auffällig ist dabei auch, dass im zunehmenden Maße die Berufsausbildung erst nach dem Erwerb der Hochschulreife stattgefunden hat, inzwischen sind es deutlich über 50 Prozent dieser Gruppe. Parallel zu dieser Entwicklung verlief auch die Entwicklung des Zeitraums zwischen Abitur und Aufnahme des Studiums. Dieser stieg auf 20 Monate 1991 und sogar 22,4 Monate 1994 und fiel dann wieder langsam auf 18 Monate 2009 und 14 Monate im Jahr 2013. Die Übergangszeit war damit um rund ein halbes Jahr länger als im Bundesdurchschnitt.

Daten zu besonderen Studierendengruppen, die durch bestimmte gemeinsame Merkmale charakterisiert werden, wurden nur in der Phase zwischen Wiedereröffnung der Universität zum WS 1945/46 und den 1960er Jahren erhoben – allerdings auch nur lückenhaft. Weder vorher noch danach gab es in der amtlichen Statistik oder in den Sozialerhebungen offensichtlich eine Veranlassung, sich mit derartigen Gruppen zu beschäftigen. Für die hier aufgeführten zwei Jahrzehnte aber liegen die Gründe auf der Hand. Nach dem Zusammenbruch 1945 war die wirtschaftliche und soziale Lage der Gesellschaft derart katastrophal und durcheinander gerüttelt, dass das bis dahin geltende Grundprinzip der Studienfinanzierung durch die Eltern für einen Großteil der Studierenden nicht mehr praktiziert werden konnte und diese Studierenden auf finanzielle Unterstützung der Gesellschaft angewiesen waren. Es handelte sich um Flüchtlinge und Heimatvertriebene, Spätheimkehrer, Kriegsversehrte, Kriegswaisen und später dann Flüchtlinge aus der SBZ. Viele von ihnen wiesen mehrere Merkmale zugleich auf. Bis Anfang der 1950er Jahre betrug der Anteil all dieser Gruppen zusammen nahezu 50 Prozent. Im WS 1947/48 waren gut 25 Prozent kriegsversehrt, knapp 20 Prozent besaßen den Status eines Flüchtlings bzw. Heimatvertriebenen und rund 20 Prozent waren Waisen. Im Laufe der 1950er Jahre gingen diese Zahlen bis auf die Zahl der Flüchtlinge stark zurück. Zu Beginn der 1960er Jahre erhielten nur noch rund neun Prozent, am Ende der 1960er Jahre nur noch etwa zwei Prozent der Studierenden eine der für diese Kategorien vorgesehenen spezifischen Renten oder Zuwendungen.

Eine völlig separate, in der Forschung über die Universität Hamburg bisher nicht beachtete Gruppe bildeten die „Displaced Persons“ (DPs). Bei ihnen handelte es sich um Personen aus dem Ausland, die während des Krieges als Inhaftierte, Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene oder aber als Flüchtlinge vor den sowjetischen Truppen nach Deutschland gekommen waren und nach Kriegsende aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren konnten oder wollten. Sie stammten ganz überwiegend aus den baltischen Ländern, Polen und der Ukraine. Die höchste Zahl wurde mit 271 Studierenden im SS 1947 registriert, die letzte bekannte Zahl betrug 50 im WS 1949/50. Außer diesen Gesamtzahlen, Herkunftsländern, Geschlecht und Aufteilung auf die Fakultäten bzw. Studienfächer sind keine weiteren Daten bekannt.

Daten zur gesundheitlichen Situation der Studierenden gerieten erst seit den 1970er Jahren in das Blickfeld der Sozialerhebungen, nachdem bis dahin lediglich Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre eine Reihe von empirischen Studien aus dem Datenmaterial der medizinischen Pflichtuntersuchungen angefertigt worden war. Diese Studien verdeutlichten eindringlich die aus der Mangelernährung und der wachsenden zusätzlichen Arbeitsbelastung durch Erwerbstätigkeit resultierenden gesundheitlichen Probleme. Im Mittelpunkt der in den Sozialerhebungen ermittelten gesundheitlichen Beeinträchtigungen standen insbesondere solche psychosozialer Art. Die Gesamtzahl der gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden schwankte zwar – auch bedingt durch Änderungen in der Fragestellung – um die 15 Prozent aller Studierenden, lag aber immer deutlich über den Bundesdurchschnitt. Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil weiter angestiegen. Von den Studierenden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen wiederum bildete die Gruppe, die eine psychische Erkrankung angab, die größte Teilmenge. Seit der ersten Erhebung 1973 bis 1991 wurde eine derartige Erkrankung von etwa 11 Prozent angeführt, fiel dann in den 1990er Jahren auf rund sieben Prozent, um danach wieder stark anzusteigen. In den 2000er Jahren schoss der Anteil über 16 Prozent 2006 und 36,5 Prozent 2013 auf 55 Prozent im Jahr 2016 in die Höhe. Allerdings relativieren sich die letztgenannten Werte, weil in diesen Jahren im Gegensatz zu früher in der Sozialerhebung eine Mehrfachnennung von Erkrankungen möglich war. Der Anteil der psychisch erkrankten Studierenden lag weiterhin über dem Bundesdurchschnitt, erst in den 2010er Jahren setzte eine Annäherung ein.

Die Daten über den Herkunftsort der Studierenden, also über den Ort, an dem sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, zeigen, dass sie von Beginn an ganz überwiegend aus Hamburg und den unmittelbar angrenzenden preußischen, später schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randgemeinden kamen. Der Anteil der Studierenden aus diesem lokalen und engeren regionalen Einzugsbereich lag in der Regel zwischen 60 bis 70 Prozent, weitere rund 20 Prozent kamen aus den entfernter liegenden Teilen der umliegenden Länder sowie aus Städten wie Bremen und dem bis 1937 selbständigen Lübeck. Der Anteil der Studierenden aus den anderen Regionen Deutschlands bewegte sich zwischen zehn und knapp 20 Prozent. Nennenswerte Abweichungen von diesen Werten gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, in denen der Anteil aus Hamburg und den Randgemeinden rund 80 Prozent betrug, und dann in den 1960er Jahren, als insbesondere der Anteil der Studierenden direkt aus Hamburg auf einen Tiefstwert von 43 Prozent im WS 1969/70 sank. Eine weitere Abweichung von der generellen Verteilung setzte mit der Einführung des Bachelor-/Mastersystems Mitte der 2000er Jahre ein. Der Anteil der Studierenden aus Hamburg ging auf einen Wert um 40 Prozent zurück, damit schrumpfte der Anteil aus dem lokalen und regionalen Einzugsbereich auf geschätzt 50 bis 55 Prozent, während gleichzeitig der Anteil der Studierenden aus den anderen Bundesländern auf knapp unter 30 Prozent anstieg. Bis Ende der 1960er Jahre gab es auch geschlechtsspezifische Daten, aus denen sich klar ergibt, dass weibliche Studierende prozentual in einem größeren Ausmaß in ihrem Heimatort Hamburg und Umgebung verblieben und hier studierten als ihre männlichen Kommilitonen.

Die Wohnform der Studierenden war bis in die 1960er Jahre hinein durch eine hohe Stabilität der traditionellen Struktur gekennzeichnet, die durch den im deutschen Maßstab großen Anteil der Studierenden aus der Stadt und der umliegenden Region geprägt wurde, denn die ortsansässigen Studierenden wohnten nahezu ausschließlich bei ihren Eltern. Insofern wohnten bereits in den 1920er Jahren etwa 65 Prozent bei ihren Eltern, rund 30 Prozent zur Untermiete und lediglich ein verschwindend kleiner Anteil von wenigen Prozent in dem einzigen Studentenwohnheim. In den 1950er Jahren reduzierte sich langsam der Anteil der Kategorie „Elternwohner“ auf Werte knapp unter 50 Prozent, während der Anteil der Untermieter auf deutlich über 40 Prozent anstieg. Das Wohnheim spielte mangels Angebot weiterhin eine völlig untergeordnete Rolle, und am Ende der 1950er Jahre gab es zum ersten Mal Studierende in einer Größenordnung von rund fünf Prozent, die in einer eigenen Wohnung lebten. In den 1960er Jahren setzte ein grundlegender Wandel der Wohnform ein. Der Anteil der Elternwohner reduzierte sich deutlich und fiel bis Ende der 1970er Jahre auf einen Wert um die 25 Prozent. Noch stärker verringerte sich der Anteil der zur Untermiete wohnenden Studierenden, er fiel von 42 Prozent 1963 auf 16 Prozent 1973 und sechs Prozent 1979, stagnierte dann auf dieser Höhe. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei den Studierenden, die in einer eigenen Wohnung lebten. Ihr Anteil stieg von sieben Prozent 1963 über 28 Prozent 1973 auf den Spitzenwert von 49 Prozent im Jahr 1982. Allerdings fiel der Wert in den 1980er Jahren wieder auf rund 40 Prozent. Bemerkenswert ist auch die Zahl der Studierenden, die in einer Wohngemeinschaft (WG) leben. Seit der ersten Erfassung dieser Kategorie 1973 wohnten um die 20 Prozent der Studierenden in dieser Form. Der Anteil der Studierendenheimbewohner bewegte sich seit den 1970er Jahren um die fünf Prozent. Damit waren in Hamburg die Wohnformen „eigene Wohnung“ und „Wohngemeinschaft“ deutlich stärker, die Wohnformen „Untermiete“ und „Wohnheim“ deutlich geringer ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Der hier skizzierte Prozess setzte sich mit kleinen Schwankungen in den Jahrzehnten nach 1990 weiter fort. Der Anteil der Elternwohner ging auf 20 Prozent zurück, ebenso rückläufig war der Anteil der Untermieter, der derzeit mit etwa einem Prozent faktisch keine Rolle mehr spielt. Der Anteil der Studierenden mit einer eigenen Wohnung ging

zeitweise noch auf fast 54 Prozent hoch, fiel dann aber wieder auf 40 Prozent. Deutlich zugenommen hat die Wohnform „Wohngemeinschaft“, die inzwischen etwa 30 Prozent erreicht hat. Der Anteil der Wohnheimbewohner stieg langsam auf knapp neun Prozent. Geschlechtsspezifisch sind in Relation zu ihrer jeweiligen Gesamtzahl Männer häufiger unter den Elternwohnern und Frauen häufiger unter den Studierenden mit eigener Wohnung zu finden. Die Korrelation zwischen Alter der Studierenden und bevorzugte Wohnform hat sich verfestigt. Während unter jüngeren Studierenden der Anteil der Elternwohner merklich höher ist, gewinnt mit zunehmendem Alter das Wohnen in einer Wohngemeinschaft und dann in einer eigenen Wohnung deutlich an Bedeutung.

Bei der Betrachtung der grundlegenden Entwicklungszüge in der sozialen Herkunft der Studierenden der Universität in den vergangenen hundert Jahren stellt sich die Frage, ob die Universität dem Anspruch ihrer Gründungsväter, eine demokratische Reformuniversität für möglichst alle Schichten des Volkes zu realisieren, auch tatsächlich nachgekommen ist oder ob nicht doch im Kern die traditionellen Sozialstrukturen der Studierendenschaft perpetuiert wurden.¹⁸⁸ Hierzu wurden entscheidende Faktoren, die die soziale Herkunft definieren, wie höchster Schulabschluss und höchster Berufsausbildungsabschluss der Eltern, Beruf und Beschäftigungsstand der Eltern sowie soziale Schichtungsmodelle näher untersucht. Zu Beginn der Weimarer Zeit entsprach die Sozialstruktur der Hamburger Studierenden weitgehend dem traditionellen Bild aus der späten Kaiserzeit vor dem Ersten Weltkrieg. In einem Drei-Schichten-Modell gehörten etwa 30 Prozent der Studierenden einer oberen, stark akademisch geprägten Schicht an, nur etwa zwei bis drei Prozent einer aus Arbeitern, unteren Beamten und einfachen Angestellten gebildeten unteren Schicht und knapp 70 Prozent einer großen mittleren Schicht. Mitte der 1920er Jahre und vor allem mit der Integration der Volksschullehrerausbildung 1927 setzten zwei gegenläufige Entwicklungsprozesse ein, die deutlich stärker als im Reichsdurchschnitt ausgeprägt waren: Zum einen nahm der Anteil der Studierenden aus der oberen Schicht stark zu und erreichte 1932 einen Wert von über 37 Prozent, also ein Indikator für eine wachsende elitäre Prägung. Zum anderen wuchs der Anteil der Studierenden aus der unteren Schicht auf einen Spitzenwert von fast 14 Prozent 1930, ein Zeichen für eine soziale Öffnung, die aber zum Teil wieder rückgängig gemacht wurde, als der Anteil in der Weltwirtschaftskrise wieder auf unter zehn Prozent fiel. Insgesamt fand eine deutliche Spreizung in der Sozialstruktur der Studierenden statt, wobei das Wachstum der oberen und der unteren Schicht klar zu Lasten der mittleren Schicht ging, deren Anteil auf rund 53 Prozent fiel. Weibliche Studierende gehörten in einem signifikant größeren Ausmaß der oberen Schicht an.

Die wenigen verfügbaren Daten aus der Zeit des „Dritten Reiches“ signalisieren, dass der Spreizungsprozess der späten Weimarer Zeit sich fortsetzte, wobei der Anteil der unteren Schicht sogar leicht zurückging, sodass von einer ideologisch reklamierten weiteren sozialen Öffnung nicht gesprochen werden kann.

Unmittelbar nach dem Ende der NS-Diktatur und in den 1950er Jahren stieg der Anteil der Eltern bzw. Väter mit akademischer Ausbildung und Zugehörigkeit zur oberen Schicht im Drei-Schichten-Modell weiter an. Bereits im WS 1948/49 betrug der Anteil der oberen Schicht 47,5 Prozent, war also um zehn Prozentpunkte höher als Anfang der 1930er Jahre. Der Anteil stieg in den 1950er Jahren kontinuierlich weiter an und betrug fast 52 Prozent im WS 1959/60. Demgegenüber wuchs der Anteil der unteren Schicht sehr viel langsamer. Im WS 1948/49 lag er mit 8,6 Prozent noch unter dem Wert von Anfang der 1930er Jahre, bis zum WS 1959/60 war er auf 14,2 Prozent angestiegen. Beide Entwicklungen gingen wiederum zu Lasten der Studierenden aus der mittleren Schicht, deren Anteil von 53 Prozent Anfang der 1930er Jahre über fast 44 Prozent im WS 1948/49 auf 34 Prozent im WS 1959/60

¹⁸⁸ Zur Gründungsidee siehe zuletzt Rainer Nicolaysen, Eckart Krause, Gunnar B. Zimmermann: Einleitung. In: 100 Jahre Universität Hamburg (wie Anm. 4), S. 9-30, hier S. 13-17.

fiel. Weiterhin bestanden sowohl die gleichen geschlechtsspezifischen Unterschiede als auch die auffällig hohe Reproduktionsrate bestimmter Berufe wie Gymnasiallehrer, Arzt, Apotheker und Jurist. Es fand also in dieser Zeit eine weitere Verfestigung der traditionellen elitären Sozialstrukturen in der Hamburger Studierendenschaft statt. Eine gleichzeitige soziale Öffnung verlief sehr viel langsamer und begrenzter.

Für die drei Jahrzehnte zwischen 1960 und 1990 stehen sehr viel weniger Daten zur Verfügung. Aus ihnen lassen sich gleichwohl deutliche Tendenzen in der Entwicklung der Sozialstruktur erkennen: Die Zugehörigkeit der Studierenden zu einer oberen Schicht nahm weiter zu, ihr Anteil betrug 1976 bereits 56,5 Prozent, 1991 waren es nunmehr in einem Vier-Schichten-Modell bereits über 59 Prozent. Die Dominanz der Rekrutierung aus bestimmten Berufsgruppen blieb unverändert. Ebenso nahm auch der Anteil der Studierenden aus akademisch gebildeten Familien zu, er betrug 1976 bereits fast 47 Prozent. Ebenso wuchs auch der Anteil der Studierenden aus der unteren Schicht und erreichte 1976 bereits 27 Prozent, fiel dann aber wieder auf 13 Prozent und stagnierte auf dieser Höhe. Dieser Rückgang ist allerdings lediglich ein statistisch begründeter, da in dem Vier-Schichten-Modell eine neue Zuordnung der Berufe stattgefunden hat. Nahezu unverändert blieb auch die Erscheinung, dass weibliche Studierende um rund zehn Prozentpunkte häufiger der oberen Schicht und etwa um fünf bis sieben Prozentpunkte weniger der unteren Schicht angehören als die Männer. Diese für Hamburg typischen Entwicklungsrichtungen der Sozialstruktur in den drei Jahrzehnten waren im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt wesentlich prägnanter ausgebildet. Die obere Schicht war um drei bis fünf Prozentpunkte über, die untere Schicht mit ebenfalls drei bis fünf Prozentpunkten unter dem Durchschnitt vertreten. In den dreißig Jahren der letzten hier betrachteten Periode seit 1990 setzten sich die bereits beschriebenen Entwicklungsprozesse zunächst fort. Der Anteil der Elternhäuser mit dem höchsten Schulabschluss Abitur stieg weiterhin an und erreichte 2016 den höchsten bisher gemessenen Wert von 72 Prozent und lag damit rund sechs Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Analoges gilt für den höchsten Berufsausbildungsabschluss. Hier hatten 2016 bereits 58 Prozent aller Studierenden in Hamburg wenigstens ein Elternteil mit einem Hochschulabschluss, dies waren ebenfalls sechs Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt. Hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht lässt sich die Entwicklung nicht mehr eindeutig bestimmen und quantifizieren. Der Grund hierfür liegt darin, dass das ursprüngliche Drei-Schichten-Modell bereits 1982 durch ein Vier-Schichten-Modell der sozialen Herkunftsgruppen abgelöst wurde, in dem die Zuordnung der Berufe erheblich verändert wurde. Dieses Modell wiederum wurde in der Sozialerhebung 2012 auf Bundesebene und 2013 in Hamburg erneut verändert, indem jetzt als Hauptkriterien der Zuordnung zu einer sozialen Herkunftsgruppe verschiedene Aspekte der Bildungsherkunft gewählt wurden. Die Werte können deshalb nicht mehr miteinander verglichen werden. Sie zeigen aber, dass die Studierenden der Hamburger Hochschulen und insbesondere die der Universität Hamburg im Vergleich zum Durchschnitt auf Bundesebene weiterhin um vier Prozentpunkte in einem deutlich höheren Umfang den beiden höheren Gruppen, insbesondere aber der obersten Gruppe angehören, und in einem deutlich geringeren Umfang, um acht Prozentpunkte, der mittleren Gruppe und im etwa gleichen Umfang der niedrigen Herkunftsgruppe angehören. Damit hat in den vergangenen dreißig Jahren keine bzw. eine nur sehr geringe weitere soziale Öffnung in der Studierendenschaft stattgefunden.

Als die Hamburger Universität 1919 ihren Lehrbetrieb aufnahm, ging das Hochschulsystem in Deutschland noch von dem traditionellen Grundprinzip aus, dass die vollen Kosten des Studiums einschließlich der Kosten für den Lebensunterhalt selbstverständlich von den Eltern getragen werden. In den Genuss der vom Staat und verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen bereitgestellten Stipendien oder Gebührenerlasse kam nur ein Bruchteil der Studierenden. Dieses Grundprinzip wurde erst mit der Einführung des Honnefer Modells

1957 bzw. des BAföG 1971 angetastet, wenngleich die primäre Verantwortung für die Studienfinanzierung weiterhin bei den Eltern bzw. bei den Studierenden selber verblieb. In Anbetracht dieses Prinzips war die finanzielle Situation bis auf wenige Ausnahmen für alle Studierenden in dem hier betrachteten Zeitraum von hundert Jahren durch eine grundlegende Prekarität gekennzeichnet. Es stellt sich also die Frage, wie es den Studierenden angesichts der jeweils herrschenden realen wirtschaftlichen Situation und Herausforderungen in diesen hundert Jahren gelang, ihr Studium zu finanzieren, oder anders ausgedrückt, wie groß das jeweilige Ausmaß der Prekarität war. Allerdings stehen für die Beantwortung erforderliche fundierte statistische Daten zur Finanzierung des Studiums erst für die Zeit nach dem „Dritten Reich“ zur Verfügung, für den Zeitraum davor kann die Situation nur indirekt erschlossen werden.

Die wirtschaftliche Lage zur Zeit der Weimarer Republik war sehr schwierig, in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sogar katastrophal. Viele Eltern aus der oberen Schicht, aus der die meisten Studierenden stammten, hatten ihr Vermögen während der Inflation ganz oder erheblich eingebüßt, während der Weltwirtschaftskrise wurden viele Väter zudem arbeitslos, sodass die Eltern das Studium ihrer Kinder nur unter größten Schwierigkeiten und häufig auch nur teilweise finanzieren konnten. Auf der anderen Seite war das Studium weiterhin mit hohen Kosten verbunden, und hinsichtlich der Lebenshaltungskosten galt Hamburg als einer der teuersten Studienorte im Reich.

Die Kinder mussten entweder auf die Aufnahme eines Studiums verzichten oder aber – soweit es überhaupt möglich war – das Studium durch eigene Erwerbstätigkeit, ideologisch als „Werkstudententum“ verbrämt, zumindest teilweise selbst finanzieren. In der ersten Hälfte der 1920er Jahre waren deutlich über die Hälfte aller Studierenden neben dem Studium erwerbstätig, rund zehn Prozent sogar ständig, danach ging der Anteil leicht zurück auf Werte zwischen 25 und 35 Prozent. In Hamburg war das Ausmaß der Erwerbstätigkeit stets signifikant größer als im Reichsdurchschnitt. Trotz dieser Eigenhilfe war ein Leben am oder sogar unter dem Existenzminimum die Regel.

Für die Zeit des „Dritten Reiches“ gibt es in den statistischen Veröffentlichungen so gut wie keine Hinweise auf die finanzielle Situation der Studierenden in Hamburg. Es liegt die Vermutung nahe, dass sie im Wesentlichen unverändert schwierig blieb, bestenfalls sich analog zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage entwickelte. Auch waren vermutlich die Möglichkeiten zu einer eigenen Erwerbstätigkeit schon allein zeitlich auf Grund der zahlreichen verpflichtenden Aktivitäten neben dem Studium relativ beschränkt. Erst während des Krieges veränderte sich die Situation zumindest für die männlichen Studierenden. Zum Studium beurlaubte Soldaten oder Kriegsverwehrene erhielten einen monatlichen Studienzuschuss oder sogar eine reguläre Besoldung wie die zum Medizinstudium abkommandierten Soldaten.

Nach der NS-Diktatur war die Situation der Studierenden in vielerlei Hinsicht noch kritischer als 1919. Insbesondere die immensen Zerstörungen, die äußerst schwierige Ernährungssituation, die großen Flüchtlingsströme, die katastrophale Wohnungslage machten ein geordnetes Studium nahezu unmöglich. Die Finanzierung aus privaten Mitteln blieb bei 80 bis 90 Prozent weiterhin die dominierende Finanzierungsart. Unter diesen privaten Mitteln wiederum war die Finanzierung überwiegend durch die Eltern bei fast 60 Prozent der Studierenden ausschlaggebend. Hinzu kam die Unterstützung durch Verwandte und durch Ehepartner sowie bis zur Währungsreform 1949 durch Ersparnisse. Die zweitwichtigste private Finanzierungsquelle jedoch war die eigene Erwerbstätigkeit. Fast zwei Drittel aller Studierenden arbeiteten neben dem Studium, für über 30 Prozent war die Erwerbstätigkeit sogar die überwiegende Finanzierungsquelle. Erst mit der Einführung des Honnefer Modells ging die Relevanz der Erwerbstätigkeit deutlich zurück. Nur für einen Teil der Studierenden, schwankend zwischen 13 und 16 Prozent, war die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln von großer Bedeutung. Bei diesen Studierenden handelte es sich im Wesentlichen um Flüchtlinge

und Heimatvertriebene, Kriegsversehrte und Kriegswaisen sowie Spätheimkehrer. Sie erhielten zwar öffentliche Mittel in Form von Stipendien, Ausbildungsbeihilfen oder Renten, waren aber dennoch auch auf eigene Erwerbstätigkeit angewiesen, da die Eltern als Finanzierungsquelle weitgehend ausgefallen waren und die öffentlichen Mittel nur einen Teil der Lebenshaltungs- und Studienkosten abdeckten. Mittel nach dem Honnefer Modell, das eine Mischung aus Stipendium und später zurückzuzahlendem Darlehen darstellte, erhielten Ende der 1950er Jahre weniger als 20 Prozent der Studierenden, überwiegend aus Arbeiterfamilien. Korrespondierend zum sozialen Status wurden weibliche Studierende erheblich häufiger, um 15 bis 18 Prozentpunkte, von den Eltern finanziert und übten nahezu entsprechend weniger eine eigene Erwerbstätigkeit aus als männliche Studierende. Die dominante Bedeutung der Studienfinanzierung aus privaten Mitteln, gespeist vor allem durch die Eltern und eigene Erwerbstätigkeit, setzte sich in den nächsten Jahrzehnten nach 1960 nahezu ungebrochen fort, auch wenn es zu kleinen Rückgängen in den Anteilen kam. So verringerte sich in den 1960er Jahren die Bedeutung der privaten Mittel als dominierende Finanzierungsquelle auf Werte unter 75 Prozent und die überwiegende Finanzierung durch die Eltern auf knapp über 50 Prozent. Zweitwichtigste private überwiegende Finanzierungsquelle blieb die eigene Erwerbstätigkeit, aber auch diese reduzierte sich mit wachsender Bedeutung des Honnefer Modells auf Werte bis etwa 13 Prozent. Unter den privaten Mitteln stiegen die Anteile der Finanzierung durch den Ehepartner und durch eigene Ersparnisse und Vermögen auf zusammen fast zehn Prozent. Während sich bei den öffentlichen Mitteln als Finanzierungsquelle das Ausmaß der verschiedenen Rentenarten drastisch reduzierte und auf etwa zwei Prozent zurückging, stieg die Bedeutung der Finanzierung durch das Honnefer Modell und dann ab WS 1971/72 durch das BAföG stark an. Ende der 1960er Jahre betrug der Anteil des Honnefer Modells etwa 19 Prozent, mit der Einführung des BAföG sprang der Anteil auf über 24 Prozent.

Für die Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren stehen für die Hamburger Studierenden nur die Daten aus drei Sozialerhebungen zur Verfügung, die aber ein anderes Erhebungskriterium als vorher die amtliche Statistik verwendeten und dieses Kriterium dann noch veränderten, was einen direkten Vergleich mit früheren Zahlen erheblich erschwert. 1976 waren die Eltern bei 56 Prozent aller Studierenden als wichtigste oder zweitwichtigste Finanzierungsquelle beteiligt, die eigene Erwerbstätigkeit stand bei fast 40 Prozent der Studierenden an erster oder zweiter Stelle, öffentliche Mittel waren bei 32 Prozent an erster oder zweiter Stelle beteiligt. Bei den beiden anderen Sozialerhebungen 1985 und 1991 wurde nicht nach der vorwiegenden Finanzierungsquelle, sondern nur generell nach der Beteiligung gefragt. Zudem wurde nur eine Teilmenge der Studierenden, nämlich die „Normalstudenten“, die nicht bei den Eltern wohnten, ledig waren und sich im Erststudium befanden, in die Befragung einbezogen. Diese Gruppe umfasste etwa 60 Prozent aller Studierenden, die anderen Studierenden wie beispielsweise die Elternwohner wurden nicht berücksichtigt. Bei der so definierten Studierendengruppe waren die Eltern 1985 bei 73 Prozent beteiligt, ihr Anteil ging 1991 auf 67 Prozent zurück, die eigene Erwerbstätigkeit lag bei 64 Prozent und stieg auf 76 Prozent, öffentliche Mittel waren bei 31 Prozent beteiligt und stiegen, bedingt durch eine Reform des BAföG, auf 39 Prozent. Mehrere Grunderscheinungen früherer Jahrzehnte verfestigten sich: Die Hamburger Studierenden verfügten über deutlich mehr Geld und waren wesentlich häufiger erwerbstätig als die Studierenden im Bundesdurchschnitt, männlichen Studierenden stand deutlich mehr Geld als ihren Kommilitoninnen zur Verfügung, Studentinnen wurden stärker durch ihre Eltern unterstützt und erhielten auch höhere BAföG-Mittel als ihre Kommilitonen, sie verdienten allerdings auch weniger durch eigene Erwerbstätigkeit. Auch die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Finanzierungsquellen und sozialer Herkunft haben sich nicht verändert. Die überwiegende Finanzierung durch die Eltern war besonders stark bei den Studierenden der hohen sozialen Herkunftsgruppe verbreitet, die Finanzierung durch öffentliche Mittel besonders stark bei der

niedrigen sozialen Herkunftsgruppe und die Finanzierung durch eigene Erwerbstätigkeit bei der gehobenen sozialen Gruppe. Die Lage der Studierenden aus dieser sozialen Gruppe war insofern schwierig, als sie auf Grund der Bemessungsgrenzen beim Einkommen der Eltern nicht mehr in den Genuss einer BAföG-Förderung kamen, ihre Eltern häufig aber auch nicht in der Lage waren, größere finanzielle Beiträge zu leisten.

Die hier skizzierten Entwicklungen verfestigten sich weiter in den drei Jahrzehnten seit Anfang der 1990er Jahre. Die Bedeutung sowohl der Eltern als auch der eigenen Erwerbstätigkeit als Finanzierungsquelle des Studiums nahm weiterhin zu, die der öffentlichen Mittel, insbesondere des BAföG, nahm ab. Derzeit beteiligen sich Eltern bei deutlich über 80 Prozent der Studierenden an der Finanzierung, die eigene Erwerbstätigkeit spielt bei drei Vierteln aller Studierenden eine große Rolle, BAföG nur noch bei etwa 20 Prozent. Konstruiert man einen statistischen Durchschnittsstudierenden, so werden knapp unter 50 Prozent seines monatlich zur Verfügung stehenden Geldes von den Eltern beigesteuert, etwa ein Drittel durch eigene Erwerbstätigkeit erwirtschaftet, und knapp zehn Prozent entfallen auf BAföG. Die restlichen zehn Prozent stammen aus sonstigen Finanzierungsquellen wie eigene Ersparnisse, Ehepartner und Stipendien. Alle bereits aufgeführten Unterschiede der Hamburger Studierenden zum Bundesdurchschnitt, alle geschlechtsspezifischen Besonderheiten und alle Zusammenhänge mit der sozialen Herkunft sind weiterhin gültig, auch wenn insbesondere im letzten Jahrzehnt in allen Bereichen Angleichungsprozesse stattfinden und die Differenzen dadurch geringer werden. Zur eigenen Erwerbstätigkeit ist festzuhalten, dass über 90 Jahre, bis in die 2010er Jahre hinein, der wichtigste Grund hierfür die Notwendigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts gewesen ist. Erst 2016 wurde zum ersten Mal das Bestreben, sich etwas mehr leisten zu können, als wichtigster Grund von den Hamburger Studierenden genannt.

Bereitet schon die statistische Erfassung der Finanzierungsquellen der Studierenden erhebliche Probleme, ist die Erfassung der Ausgabenseite, bestehend aus den regelmäßig anfallenden Lebenshaltungskosten, einmaligen Ausgaben etwa für größere Anschaffungen und Reisen sowie den eigentlichen Studienkosten, mit derart komplexen Problemen behaftet, dass die amtliche Statistik weitgehend darauf verzichtet hat und lediglich in den Sozialerhebungen Daten erhoben wurden, deren Interpretation aber erheblichen methodischen Einschränkungen unterliegt. Die tatsächlichen Ausgaben der Studierenden variieren sehr stark, je nachdem ob sie zur Untermiete oder in eigener Wohnung wohnen oder bei den Eltern leben und dort versorgt werden, ob sie ein Auto unterhalten oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen, ob die Krankenkasse und die Miete von den Eltern oder von ihnen selbst bezahlt wird. Dennoch lassen sich mehrere zentrale Ergebnisse, die für alle hier betrachteten Perioden innerhalb der hundert Jahre nahezu unverändert gelten, festhalten:

Hinsichtlich der Lebenshaltungskosten war Hamburg immer ein besonders teurer Studienort und nahm im Vergleich innerhalb Deutschlands immer einen der vorderen Plätze ein. Dieser Nachteil wurde kompensiert durch deutlich bessere Möglichkeiten zur eigenen Erwerbstätigkeit.

Den größten Block auf der Ausgabenseite bildete immer die Miete mit einem Anteil von 30 bis 40 Prozent an den Ausgaben. Diesen Kosten konnte man nur entgehen, wenn man weiterhin bei den Eltern wohnen blieb. Dies erklärt auch den in Hamburg vergleichsweise hohen Anteil an Elternwohnern.

Die Kosten für Ernährung stellen die zweitgrößte Ausgabengruppe dar. Sie belaufen sich auf gut 20 Prozent. Die Ernährung bildet zugleich diejenige Kategorie, an der Studierende in der Vergangenheit am ehesten gespart haben, wenn das monatliche Geld nicht ausreichte.

An dritter Stelle standen regelmäßig die Mobilitätskosten, die aber unter den Studierenden besonders extrem variierten. Erst mit der Einführung des Semestertickets 1994 wurden diese

Kosten deutlich von fast 20 auf etwa zehn Prozent reduziert. Die restlichen 30 bis 40 Prozent der monatlichen Ausgaben verteilen sich auf Bereiche wie Sport, Freizeit und Kultur. Einmalige Kosten etwa für Reisen, größere Anschaffungen wie Computer und Möbel, studentische Exkursionen wurden in den Sozialerhebungen nur ansatzweise erfragt, konnten aber durchaus pro Jahr bis zu 2.000 DM ausmachen.

Die pro Semester anfallenden eigentlichen Studienkosten, also einmalige Gebühren für Immatrikulation und Exmatrikulation, Semesterbeitrag u. a. für Krankenkasse, AStA und Studentenwerk, dann allgemeine Studiengebühren, Kolleggelder für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, Gebühren für Materialverbrauch in bestimmten Studienfächern, Bibliotheksgebühren, Prüfungsgebühren, Kosten für Bücher und Instrumente waren in den 1920er und 1930er Jahren extrem hoch und betragen in der Summe 150 bis 250 Reichsmark, was etwa den Lebenshaltungskosten von ein bis zwei Monaten entsprach. Diese Relation zwischen Studienkosten und Lebenshaltungskosten galt bis weit in die 1960er Jahre hinein und verbesserte sich erst mit dem Wegfall der allgemeinen Studiengebühren und der Kolleggelder. Die Erhebung von Langzeitstudiengebühren bzw. allgemeinen Studiengebühren im Zeitraum 2004 bis 2012 hat die Studienkosten wieder gravierend erhöht.

Es bestanden geschlechtsspezifische Unterschiede in den Ausgaben. Frauen gaben vor allem im Bereich der Mobilität stets weniger Geld aus als die männlichen Studierenden.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Studierenden in Deutschland hatten die Hamburger Studierenden durchgängig höhere Ausgaben. Ebenso wurde ihre finanzielle Situation von den Hamburger Studierenden immer signifikant schlechter bewertet.

Die Frage nach der Auskömmlichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel wurde in den 1980er Jahren noch von zwei Dritteln der Studierenden bejaht. Dieser Anteil fiel in den 1990er Jahren auf einen Wert knapp über 50 Prozent und stieg danach wieder auf deutlich über 60 Prozent an. Dies weist zwar auf eine Verbesserung der finanziellen Situation in den letzten Jahren hin, bedeutet aber gleichzeitig, dass immer noch mindestens ein Drittel der Hamburger Studierenden trotz hoher eigener Erwerbstätigkeit mit dem Geld nicht auskommt, sich in einer sehr prekären Situation befindet und starke Abstriche an der Lebensqualität machen muss. Damit stehen die heutigen Studierenden zwar deutlich besser da als ihre Kommilitonen in der ersten Hälfte der hier betrachteten hundert Jahre, aber sie befinden sich durchaus in einer hundertjährigen Kontinuität der Prekarität und der vielfältigen Versuche, durch Steigerung der Erwerbstätigkeit die eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Die zentralen Ergebnisse der hundertjährigen Entwicklung wichtiger demographischer, sozialer und ökonomischer Aspekte zeigen für die Studierenden der Hamburger Universität bzw. aller Hamburger staatlichen Hochschulen im jeweiligen Vergleich zur deutschen Ebene, dass die Studierenden in vielen Bereichen und zu nahezu allen Zeitpunkten von dem nationalen Durchschnitt deutlich abweichen: Sie sind älter, häufiger weiblich, häufiger verheiratet, haben mehr Kinder, verfügen häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung, fangen später mit dem Studium an, sind in einem größeren Umfang gesundheitlich beeinträchtigt, wohnen weniger zur Untermiete, dafür aber häufiger in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft, stammen häufiger aus einer oberen und im geringeren Umfang aus einer unteren sozialen Schicht, die eigene Erwerbstätigkeit ist stärker ausgeprägt, angesichts der sehr hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg wird die finanzielle Situation schlechter bewertet.